

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 18. Oktober 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Bilanz der Annexion.

Aus Wien wird uns vom 14. Oktober geschrieben: Nach zweijähriger Pause sind die österreichisch-ungarischen Delegationen wieder zusammengetreten — jene Abordnungen der beiden Parlamente, denen die Feststellung des gemeinsamen Voranschlags und damit auch die Kontrolle über die auswärtige und die militärische Politik der dualistischen Monarchie zusteht. Schon daß die Delegationen zwei Jahre pausieren konnten, ist für diese Karikatur einer ernsthaften Körperlichkeit ganz bezeichnend. Denn diese zwei Jahre sind für die auswärtige Politik Österreichs ausnahmsweise sehr bewegte gewesen, und hätten geradezu eine ununterbrochene Kontrolle erfordert. Anstatt dessen hat man die Delegationen im Herbst 1908 mit der Versicherung heimgeschickt, das Annexionsabenteuer werde ganz glimpflich ablaufen und Verwicklungen beträchtlicher Art keineswegs hervorrufen. Es ist aber, wie man weiß, sehr anders gekommen, als es die Staatskunst des großen Kehrenthal vermeint hatte: die Annexion hätte beinahe einen Krieg erzeugt und jedenfalls hat sie dem Staate schwere finanzielle Opfer auferlegt. Trotzdem wurden die Delegationen nicht einberufen, man gab das Geld, und das mit vollen Händen, einfach ohne Bewilligung aus. Auch nachdem die Annexion liquidiert war — im Frühjahr 1909 — berief man die Delegation nicht, obwohl der bescheidenste Konstitutionalismus geboten hätte, um die Indemnität für die ohne Bewilligung gemachten Ausgaben — von zweihundertvierunddreißig Millionen Kronen — ohne Verzug anzufordern. Das war aber beileibe keine Unterlassung, das war die schlaue Taktik, über das lächerliche Abenteuer Gras wachsen zu lassen und die Stagenjammerstimme, die der tragikomische Verlauf der diplomatischen Kampagne so ziemlich überall ausgelöst hatte, verrauschen zu lassen, bevor die Rechnungslegung geschieht. Dann freilich kam Kehrenthal die ungarische Krise zu Hilfe, die im ungarischen Reichstag die Wahl der Delegationen verhinderte und damit die Tagung der Delegationen unmöglich machte. Ueber die „kleine“ Verletzung der Verfassung, daß man nun zehn Monate ohne bewilligtes Budget wirtschaftet, braucht man sich natürlich keine Sorgen zu machen; auf die Beobachtung dieser „Formalitäten“ haben unsere bürgerlichen Parteien schon längst verzichtet. Selbst das rührt ihren knechtischen Gleichmut nicht auf, daß die österreichische Delegation gegen Gesetz und Recht nicht neugedöhlt wurde, daß die vor fünfzehn Monaten gewählten Delegierten noch zur Tagung berufen werden, obwohl ihr Mandat nach der deutlichen Bestimmung des Gesetzes nur ein Jahr währt. Man nennt den Protest dagegen einfach einen „Verfassungstreit“ — obwohl es in Wahrheit dabei gar nichts Strittiges gibt und die ganz erhebliche Befehlsfrage ist für die österreichische Schlampe erledigt. Daß sich unter solchen Umständen der ja an sich nicht beträchtliche Respekt vor dem Delegationsinstitut noch mehr verpflichtigen muß, ist selbstverständlich. Aber das ist vielleicht das gute daran, daß die Delegationen sich selbst ruinieren. Kehrenthal hat den Delegationen ein „Rotbuch“, eine Mappe „Diplomatischer Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina“ vorgelegt, und die braven Delegierten werden wahrscheinlich sehr entzückt darüber sein, diplomatische Noten einmal im Wortlaut (sogar in französischer und in englischer Sprache) genießen zu können. In Wahrheit enthält die Sammlung nicht das geringste, was nicht schon längst bekannt gewesen wäre; was man aber bisher nicht erfahren hat, erzählt man auch aus dem Rotbuch nicht. Insbesondere nichts über die Intervention der deutschen Regierung, die das Einschwenken Russlands bewirkte und damit die Kriegsfahrer — soweit eine solche in den serbischen Kadamontaden überhaupt gesteckt hat, woran aber nachträglich große Zweifel gestattet sind — gebannt hat; das Rotbuch beanagt sich hier mit der Mitteilung der Depesche Kehrenthals an Szököny (25. März 1909): „dem Herrn Reichskanzler meine dankbare Bestrebung über das Resultat des vom Grafen Bourlakis in Petersburg unternommenen Schrittes, von welchem ich mir eine günstige Rückwirkung auf die ganze Situation erwarte, zum Ausdruck zu bringen“. Der „Schritt“ muß jedenfalls sehr entschieden gewesen sein, denn sein unmittelbares Ergebnis war, daß sich Russland, das bis dahin den schärfsten Widerstand geleistet hatte, bereit erklärte, die Annexion, nämlich die Abänderung des Artikels 25 des Berliner Vertrages, in aller Form anzuerkennen. Wird nun aus der Notensammlung die Rolle Deutschlands in jenem diplomatischen Wirrwarr, die zweifellos keine nebensächliche gewesen ist — kommt doch der Gedanke, mit dem die Sache beendet wurde, nämlich die Anerkennung der Annexion mittels Noten der Großmächte von Bülow —, nicht sehr deutlich, so tritt dafür die Gedankenlosigkeit, die Kehrenthal in der ganzen Sache gezeigt hat, sehr deutlich hervor. Auch wenn man sich auf den Standpunkt stellt, den die schwarz-gelben Patrioten einnehmen, daß nämlich die Annexion notwendig und ersprießlich war, so muß man sagen, daß die Sache von Kehrenthal mit fabelhafter Ungeschicklichkeit eingeleitet und betrieben worden ist. Vor allem täuschte sich Kehrenthal ganz beträchtlich über die Stimmung, mit der die Annexion bei den Großmächten aufgenommen wird. Anscheinend erhoffte er sich, seine juristische Argumentation (daß das türkische Souveränitätsrecht nur ein leerer Schatten war) werde auf die Mächte zwingenden

Eindruck machen, doch die Machtverhältnisse zwischen Militärfürsten regeln sich nicht nach den Normen des Bezirksamtes. Statt freundliches Wohlwollen und ein billiges Urteil machte die Annexion nur alle bösen Vorurteile lebendig, was ein voraussehender Staatsmann schon vorher hätte wissen müssen. Der große taktische Fehler in der Kehrenthalschen Rechnung war aber die Mißachtung der Türkei, die sich dann bitter gerächt und zur Komplizierung der Dinge am meisten beigetragen hat. Hätte sich Österreich-Ungarn über die Annexion vorweg mit der Türkei verständigt, so hätte niemand mehr drein zu reden gehabt; denn wenn die Türkei ihre „Souveränitätsrechte“ aufgibt, so kann sie doch niemand wahren wollen. Das hat Kehrenthal nicht bloß versäumt, er hat auch noch dann, als die Konstantinopler Lastträger mit ihrem Boykott österreichischer Waren sein diplomatisches Gespinnst empfindlich störten, der Auseinandersetzung mit der Pforte hochmütigen Widerstand entgegengekehrt. Erst hat er, bevor er weiter verhandelte, die Aufhebung des Boykotts gefordert, und als ihn die schlauen Türken mit leeren Versprechungen hinhielten, hat er wieder mit Abbruch der Verhandlungen gedroht. Die finanzielle Entschädigung hat er zuerst von oben herab abgelehnt, um dann selbst das Angebot der Zahlung von 54 Millionen Kronen zu machen. Hätte Kehrenthal den springenden Punkt, nämlich die absolute Notwendigkeit, sich vor allem mit der Türkei auszugleichen, früher erkannt, so hätte die Annexionskrise niemals so scharfe Spitzen erhalten, und den Völkern Österreich-Ungarns wären Tage banger Qual und wären viele Opfer erspart geblieben. Selbst aus dem mit so peinlicher Vorsicht ausgeführten diplomatischen Aktenstück ist die Kurzsichtigkeit dieses Diplomaten, den seine Offiziosen hirtlich nach ihrem Sinn schmückenden Beinamen des „österreichischen Bismarck“ verliehen haben, deutlich zu erkennen. Der Verstand, mit dem die Völker regiert werden, ist niemals und nirgendwo sehr groß.

Eine Koryphäe der Wissenschaft.

Es ist noch immer recht leicht, im Bereich der preussischen Kultur zu einer Koryphäe der Wissenschaft zu werden und den schönsten Lorbeerfranz für die Denkerstirn zu erhalten — man muß nur die Rache verstehen. Besonders leicht ist die Sache, wenn man es infolge irgend welcher Günst der Umstände schon zum preussischen Universitätsprofessor oder Mitglied der Akademie gebracht und dadurch bereits seine eminenten wissenschaftlichen Befähigung hinreichend erwiesen hat. Es genügt dann, daß man bei irgend einer offiziellen Feier im Kreise des privilegierten Gelehrtentums sich ostentativ als freiwilliger wissenschaftlicher Lohnarbeiter der herrschenden Klassen vorstellt und die preussische Polizeigewalt als feinste Blüte aller Geisteskultur preist — so hat man sich das Anrecht auf unbergänglichen Ruhm gesichert und kann sicher darauf rechnen, von dem Moniteur des Philosophen von Hohensinn bis herab zum „Intelligenzblatt“ des Herrn Dertel als größte Leuchte der Wissenschaft gepriesen zu werden.

Wie leicht durch solche Mittel das Verühmtwerden zu erreichen ist, hat erst in den letzten Tagen aufs neue wieder Herr Geheimrat Professor Noeche bewiesen. Durch eine einzige Rede, eine Bierrede, die er am Schluß der Jahrhundertfeier der Berliner Universität bei einem Kommerz gehalten hat, hat er sich in solchem Maße die Hochachtung der nach „Bildung, Verstand und Macht“ maßgebenden Kreise der preussischen Nation erworben, daß ihre Presse ihm diese Ruhmestranze um sein genaues Haupt schiebt, allen voran natürlich das Blatt, das täglich am deutlichsten zeigt, wie gründlich es auf allen Gebieten der Wissenschaft beschlagen ist: die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“.

Bisher war Herr Professor Noeche, Geheimrat, nur in engen akademischen Kreisen bekannt, eigentlich nur im Kreise seiner Fachgenossen. Man weiß von ihm, daß er recht gut vorträgt, wenn er auch dabei fast schauspielerisch, und daß er die Kimmlieder Reimars von Jweter kritisch untersucht, über die Reimvortreden des Sachsenspiegels geschrieben und Brentanos Ponce de Leon gründlich studiert hat; vielleicht in Ermangelung nützlicherer Aufgaben eine ganz anerkanntswürdige akademische Beschäftigung, die aber wohl auch jene, die heute den Ruhm des Herrn Noeche verkünden, nicht als irgend eine besondere Leistung eingeschätzt haben. Auch die Bierrede des Herrn Geheimrats steht nicht höher als die gewöhnlichen Kommerzreden dieser Art. Vielleicht muß sogar bei sorgfamer Prüfung konstatiert werden, daß sie noch einige Grade unter dem üblichen Niveau solcher feuchtfröhlichen Festreden zurückbleibt. Jedemfalls haben manche der Kollegen des Herrn Geheimrats Noeche von dem „Vorrecht der Aularedner“, das nach Treitschke darin besteht, an wissenschaftlicher Stelle „Gemeinplätze mit feierlicher Gespreiztheit“ zu sagen, einen weit geringeren Gebrauch gemacht. Aber dennoch hat keine ihrer Reden den tiefen Widerhall in der „gebildeten“ Presse gefunden, wie die des Herrn Noeche — und das ist begreiflich, denn Herr Noeche hat erklärt, nicht er den Studenten, der noch keinen Kommerz mitgemacht hat, nicht als rechten Studenten ansehen kann, er hat für die „grünleuchtende Kuppel des Königsstolzes an der

„Spre“ geschwärmelt und begeisterungstrunken mit theatralischer Gebärde von der „Bewunderungswürdigen Kulturarbeit des großen Herrschergeistes“ der Hohenzollern, von der Erhabenheit des preussischen Militärmarsches, dem „Geist preussischer Zucht“ und der „bezwingenden Macht des Preußengeistes“ gesprochen. Nach dem vollständigen Bericht der „Nordd. Allgem. Ztg.“ sagte er z. B.:

„Die Lieder, die wir heute sangen, sind größtenteils fast so alt wie diese Hochschule; Goethes Ergo bibamus hat sogar das gleiche Geburtsjahr. Auf dem Spandauer Berg steht ein verfallendes Denkmal Ernst Moritz Arndts: ich habe heute früh vor ihm den Hut gelüftet. In heifer Blut durchtönt seine Verse der drängende Ruf zur Freiheit. Ich weiß, Kommissionen, wie er widerhallt in Eurer Brust, dieser Ruf, wie Ihr sie hochschätzt, Eure akademische Freiheit! Und Ihr habt mächtig recht. Die Freiheit ist der Lebensatem der deutschen Universität. Aber die rechte Freiheit. Nicht die Freiheit, die sich mit Gleichheit verknüpft; das ist nicht deutsche Art. Nicht die „Freiheit“, die auf Rassenherrschaft hinausläuft; sie ist der Widerpart freien akademischen Geistes. Aber auch die Freiheit hat Ihr nicht, beliebig zu tun und zu lassen, was Euch einfällt. Die rechte akademische Freiheit ist eng verknüpft mit deutscher Treue, von der Ihr auch so gerne singt; sie ist einer ernsten hohen Pflicht. Wir gönnen Euch nicht; wir überwachen Euch nicht; wir erlegen Euch keine geistige Diät auf;

Frei steht es Euch, den dürstigen Mägen zu lehren, Wohin Natur und innerer Trieb Euch treibt. . . . Aber, Kommissionen, Ihr seid nicht einzelne: Ihr gehört dem Vaterlande. Ihr seid Preußen, seid Deutsche. Gemüß, kein Volk liebt die freie Persönlichkeit so warm wie wir Deutschen, und das Vaterland braucht zu seinen Führern eigene Geister, die sich selbst gebören. Bei denen der Druck der öffentlichen Meinung, dieses ärgsten Tyrannen, versagt. Aber derselbe Fieber, der das souveräne Ich in seiner schöpferischen Freiheit proklamierte, hat auch die Reden an die deutsche Nation gehalten.

Kommissionen! Wir haben es dank der Lage unseres Universitätsgebäudes alle oft genug erlebt, wie mitten in die eifrig angehörte Vorlesung der vorübergehende preussische Militärmarsch hereinströmte. Es hat mich nie verdrossen, wenn dann die aufmerksamsten Gesichter zerstreut wurden: redeten sich dafür doch die Leiber straff empor, fühlte ich doch, wie es rhytmisch in die Weine gackelt. In uns Preußen steht Gott sei Dank immer etwas vom preussischen Soldaten. Deutsche Freiheit und der Geist preussischer Zucht sind ein Ehepaar, das schlechterdings zusammengehört, und ich kann den Süddeutschen nur wünschen, daß sie hier von der seelenbezwingenden Macht des Preußengeistes willig einen starken Hauch in sich aufnehmen, statt sich aus den Karikaturen des „Stimplicissimus“ und leider auch der „Jugend“ über preussische Art belehren zu lassen. Steht doch etwas von jener preussischen Zucht auch in Euren Kommerzreden, liebe Kommissionen. Freie jugendlich feurige Begeisterung ist die Seele Eurer Salamander, nur im Feuer fühlt sich der Salamander wohl; Salamander soll glücken! Und doch: ohne den gebietenden Willen und die starke Stimme Eures kommandierenden Präses geht es nicht; akademische Freiheit in Ehren, die Füchse dürfen doch nicht nachklappern. Im Vaterlande, liebe Kommissionen, ist es nicht anders: die Freiheit in höchsten Ehren; aber kommt drauf an, zur rechten Stunde, da dürfen die Füchse nicht vor- oder nachklappen.“

Es hieße die Aufgabe und Bedeutung der preussischen Spezialwissenschaft völlig verkennen, wollte man diese Leistung nicht höher einschätzen, als die größten naturwissenschaftlichen Entdeckungen, sogar höher als die Vertiefung in die Lieder Reimars von Jweter. Herr Noeche weiß, was die Wissenschaft zu leisten hat. — Sicher wird er noch seinen Weg machen; denn in Preußen weiß man solche Begeisterung für echte vaterländische Wissenschaft und Kultur zu schätzen.

Im übrigen bestätigt uns dieser hehre Ausspruch der Berliner Universitätsfeier, daß wir recht daran taten, das Gerede von Kulturarbeit, Freiheit der Wissenschaft, voraussetzungsloser Forschung usw., das in den letzten Tagen die Spalten bürgerlicher Blätter füllte, völlig zu ignorieren. Die Jahrhundertfeier der Berliner Universität mußte notwendigermaßen unter den heutigen preussischen „Kulturverhältnissen“ zu einem byzantinisch-borussischen Hofest werden, auf dem in allen Tonarten die Verdienste der Hohenzollern um die Wissenschaft besungen wurde — und tatsächlich ist nichts anderes herausgekommen, als ein riesiges buntes Ausstattungsstück mit größtenteils recht minderwertigen rhetorischen Einlagen.

Der Streik der französischen Eisenbahner.

Man schreibt uns aus Paris: **Vriands Bedingungen.** Auf den Versuch der parlamentarischen Eisenbahngruppe, Verhandlungen zwischen den Streikenden und den Gesellschaften anzubahnen, hat Vriand in einer Weise reagiert, die seinen Ehrgeiz zeigt, vor der Bourgeoisie als Vändiger des organisierten Proletariats dazustehen. Seine Antwort beginnt mit der unwahren Behauptung, daß der Streik „virtuell beendet“ sei und fast alle Angestellten ihre Arbeit wieder angetreten hätten. Er versichert weiter, daß die Regierung auch weiter bereit sei, das Los der Arbeiter zu verbessern und weist auf angebliche weitere Konzessionen der Gesellschaften hin. Dann aber erklärt er,

wohl die Vertreter der legalen Organisationen der Eisenbahner empfangen zu wollen, er stellt aber dabei die Bedingung, daß die Organisationen ihre „Revolte gegen das Militärgefeß“ aufgeben und als Vertreter nicht Mitglieder des Streikkomitees aufgeführt werden, die wegen Dienstverweigerung nach der Einberufung entlassen worden und daher in der Gefahr sind, an der Türe des Ministerkabinetts auf Befehl der militärischen Autorität verhaftet zu werden.

Wie die „Zustände“ der Gesellschaften in Wirklichkeit aussehen, davon gibt das Versprechen, des Zinsfrankentagelohnes vom 1. Januar an ein charakteristisches Beispiel. Die Gesellschaften wollen nämlich diesen Lohn „für jeden Tag effektiver Arbeit“ bezahlen, also nicht für die 27 Ruhetage im Jahre! Statt der geforderten jährlichen 1800 Fr. werden den Arbeitern nur 1465 Fr. verbürgt, das heißt 3,35 Fr. täglich! Diese „Konzession“ ist einfach ein frecher Hohn!

Ist der Streit beendet?

Die offiziellen Depeschen, die schon die „Beendigung“ des Streikes gemeldet haben, bombardieren die Welt unter verdächtigem Eifer weiter mit Nachrichten über die erneute Beendigung des beendeten Streikes. Danach wären also die ersten Nachrichten über diese Beendigung erlogen gewesen. Der „Brest-Telegraph“, der sich eine Zeitlang ebenfalls täuschen ließ, meldet denn auch:

Paris, 16. Oktober. In ganz Paris fanden heute zahlreiche Versammlungen der ausländischen Eisenbahner, Bauarbeiter und Elektriker statt. Allenfalls wurde Fortsetzung des Streikes bis zum nächsten beschlossen. Man mißbilligt aufs Schärfste die Zughaltigkeit einzelner Ausführender, die sich durch die ersten Regierungsmassnahmen haben einschüchtern lassen. Die Bauarbeiter wollten in der Menage Saint Paul eine Protestversammlung abhalten; sie fanden diese aber bereits mit Eisenbahnern überfüllt und mußten daher nach den Räumen der Compagnie Generale de Travail abziehen.

Wenn auch ein Teil der Ausführenden zur Arbeit zurückgekehrt ist, so ist der Verkehr doch noch keineswegs wieder so geregelt, wie es nach offiziellen Meldungen scheinen will. Ein weiteres Anhalten des jetzigen Zustandes kann dem Verkehr und der Industrie noch bedeutenden Schaden zufügen.

Unser Pariser Korrespondent meldet uns:

Der Ausstand wächst!

„Der Streit ist virtuell beendet“ — erklärt Herr Briand den Deputierten und seine Presse druckt es in fetten Lettern. „Der Streit dehnt sich aus“, erklären die Eisenbahner und sie weisen es mit Bittern zu beweisen. Auf der Nord- und auf der Westbahn bleiben die Arbeiter handfest, das Streikkomitee der Orléansbahn hat gestern den offiziellen Ausstandsbeschluss gefaßt, die Mittelmeerbahn greift in unerwarteter Weise ein. In Lyon ist die Zahl der Streikenden von Freitag bis Sonnabend von 4000 auf 6000 gestiegen. Wie man sieht, ist das Kalat der Kapitalistenpresse noch verflücht.

Man drängt sich ja jedermann die Frage auf, wie denn die offiziellen Communiqués gar so froh darauf loslügen können. Auf allen Linien, heißt es, sei der Verkehr wieder annähernd normal. Dieser Behauptung widersprechen allerdings die Erfahrungen, die jeder Einzelne machen kann, vor allem die noch nicht befohlene Unregelmäßigkeit und Verzögerung der Post. Wichtig ist es indes, daß es den Gesellschaften gelungen ist, potentielle Dörfer aufzurichten. Man sieht Eisenbahnzüge fahren — wenn auch sehr oft nicht zur festgesetzten Stunde, und richtig ist es, daß man von London oder Berlin nach Paris kommen kann, ohne einen Aero-plan zu benötigen. Nur fährt die übergroße Zahl der Züge nicht mit dem regulären Personal. Ingenieure und pensionierte Lokomotivführer, die man für ihr Gastspiel glänzend honoriert — die Nordbahn zahlt bis 30 Fr. täglich —, führen sie. Auch hat man von den Lokalfreien fast das ganze Personal herangezogen. Auf den Nebenbahnen ist der Verkehr so gut wie eingestellt, damit auf den Hauptbahnen die „Beendigung“ des Ausstandes dem Publikum vorgeführt werden kann. Und als Hauptfache: der Güterverkehr stockt vollständig. Seit einigen Tagen haben die großen Pariser Warenhäuser ihren Export nach England auf dem Weg über — Marseille besorgen müssen. Nun verlagert auch die Mittelmeerbahn, der „P. L. M.“ Verwunderlich könnte es unter diesen Umständen erscheinen, daß sich der Ausstand auf dem Lebensmittelmärkte bisher nicht stärker geltend gemacht hat. Aber hier ist zu erwägen, daß der Verkehr auf der Seine die Eisenbahnen einigermaßen ersetzen kann. Vor allem die Fleischzufuhr aus der Normandie wird auf diesem Wege besorgt. Zugleich sind bei weiterer Fortdauer des Streikes Wirkungen auf die Nahrungsmittelpreise schon in der beginnenden Woche unvermeidlich.

Die gefällige Bombe.

Paris, 17. Oktober. Heute früh gegen 1 1/2 Uhr platzte eine Bombe vor der Wohnung des Municipalrats Massard auf dem Boulevard Poire. Der Schaden ist bedeutend.

Gausfuchungen und Verhaftungen.

Ein Herold-Telegramm meldet:

Paris, 16. Oktober. Ein Spezialkommissar der Abteilung für Anarchisten ist heute nacht gegen 12 Uhr, begleitet von 20 Beamten, in ein Haus in der Rue de Bretagne eingedrungen, wo mehrere sozialistische Gruppen ihren Sitz hatten. Ein bestimmte Anzahl von Personen wurden in dem Hause vorgefunden; 15 derselben wurden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich Deutsche, Italiener und Franzosen. Sie werden wegen unberechtigten Tragens von Waffen vor das Gericht gestellt werden.

Unser Pariser Mitarbeiter meldet uns dazu: Sonnabend Rittersnacht belegte der Kommissar Guichard mit 100 Polizisten die Bretagne Rue, um im Restaurant Nelson commune Verhaftungen vorzunehmen. Mit etwa einem Dutzend unformierten Volkstoten und vielen Geheimen drang der Kommissar in den anstehenden Saal ein, wo der deutsche sozialistische Lesestub gerade eine geschlossene Generalversammlung abhielt. Die Polizisten besetzten den Eingang, ließen niemand aus und ein, warfen die zum Verkauf anliegenden Bücher durcheinander und zogen erst nach Protest des Vorsitzenden Schreyer ab. Die Behauptung der Bourgeoisie-Presse, daß die Klubmitglieder wegen Waffentragens verhaftet wurden, ist erlogen.

Der Zweck der Hebung!

Paris, 16. Oktober. Nach einer Meldung der „Liberté“ soll die Geheimpolizei bei der Hausdurchsuchung in der Redaktion von Herold „Quarzo sociale“ eine Liste mit den Mitarbeitern der Zeitung beschlagnahmt haben. Unter ihnen befinden sich nicht nur Damischaften der verschiedensten Regimenter, sondern auch eine Anzahl Offiziere verschiedensten Ranges, die der Redaktion des „Quarzo sociale“ regelmäßige Berichte lieferten.

Die wahllose Lage.

Paris, 17. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß der Ausstand ein völliger Erfolg ist. Die Nordbahn nimmt wieder Güter an noch vorausfolgt sie solche. 1000 Waggons stehen auf der Strecke. Selbst wenn der Streik morgen beendigt sein würde, ist vor 14 Tagen ein regelmäßiger Güterverkehr ausgeschlossen. Die Ostbahn, wohin der Verkehr mit Deutschland geleitet werde, ist so überlastet, daß sie vor acht Tagen keine Güter aufnimmt. Auf der Westbahn ist der Güterverkehr total eingestellt. Alles Personal ist dem Personenverkehr zugeteilt, um des Scheines willen. Alle anderen Nachrichten sind unwahr.

Der Ausstand der Bauarbeiter ist vollständig. Auch die Elektriker harren aus. Die Beleuchtung wird durch Geniesoldaten aufrecht erhalten. Kavalleriepatrouillen durchstreifen die Stadt. Die Heranziehung von Militär aus der Provinz dauert fort.

Der Kongreß der Radikalen.

Paris, 11. Oktober. (Fig. Ver.)

Die radikale und radikalsozialistische Partei — so lautet die seltsame Firma der bürgerlichen Demokratie Frankreichs — hat in der letzten Woche in Rouen ihren Jahreskongreß abgehalten. Diese Versammlung hat nicht ganz die Wichtigkeit, die man ihr zuschreiben möchte, wenn man daran denkt, daß die radikalen Gruppen trotz ihrer Schwächung bei den letzten Wahlen noch immer nicht viel weniger als die Hälfte aller Deputierten umfassen und daß ohne Unterstützung von ihrer Seite keine Regierung eine Mehrheit finden kann. Zwischen den Provinzhonoratioren, die als Vertrauensmänner der Partei die Kongresse besuchen, und den Deputierten besteht keineswegs das Mandatsverhältnis, das auch in Frankreich die sozialistischen Deputierten unter das Gebot des Parteitag stellt. Die radikalen Kammermitglieder und Senatoren kommen als einfache Parteianhänger ohne persönliche und kollektive Verantwortlichkeit auf den Kongreß. Nur in Fällen besonders skandalöser Preisgabe der Parteitalität hat man bisher Ausschlußregeln getroffen — gegen radikale „Dissidenten“ der Doumerischen Richtung, die mit den Rechtsparteien gegen die Ministerien der antiliteralen Politik intrigierten. Diesmal allerdings ist die „reine Scheidung“ auch nach einer anderen Richtung hin beschlossen worden. Der Kongreß hat nämlich entschieden, daß die Parteimitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zu einer anderen politischen Vereinigung unvereinbar sein soll. Diese Bestimmung scheint eine Selbstverständlichkeit auszudrücken, in der radikalen Partei aber gibt es in der Tat Deputierte, die in eine der parlamentarischen Gruppen der äußersten Linken und zugleich in die „demokratische Alliance“, einen außerparlamentarischen Verband, eingeschrieben sind, der die politische Organisation der freisinnigen Bourgeoisie darstellt und auf eine ausgesprochene bürgerliche Massenpolitik mit entscheidender Kampfstellung gegen die Arbeiterbewegung und den Sozialismus hinarbeitet. Die demokratische Alliance, deren parlamentarische Repräsentanten in ihrer großen Mehrzahl in der sog. „demokratischen Linken“ vereint sind, hat bei den Wahlen die Parole ausgegeben, in keinem Fall für geeignete Sozialisten zu stimmen, wogegen das radikale Exekutivkomitee sich in einzelnen Fällen, namentlich anlässlich der Wahl in Brest, wo Gen. Soude in Stichwahl gegen einen bürgerlichen Risikowahlskandidaten stand, ausdrücklich für die Unterstützung des Sozialisten ausgesprochen hat. Diese Unstimmigkeit wäre indes noch kein Grund für eine formelle Kriegserklärung gewesen, wenn sich nicht just in der demokratischen Alliance die Tendenz kundgäbe, einen Bloß der bürgerlichen Interessen zu schaffen und in ihm die gemäßigten Elemente des Radikalismus und die konservativen „Progressiven“ aufzunehmen. Die Notwendigkeit, diesen die Versicherung zu geben, daß die antiliterale Kampfpolitik abgeschlossen sei, hat das Schlagwort von der „Verzögerungspolitik“ aufgebracht, über das nun schon seit Monaten diskutiert wird. Und die Stellung, die Briand in dieser Frage einnimmt, mußte für die Stellung des radikalen Parteitag zur Regierung entscheidend werden. Briand hat wohl in der Regierungserklärung, die er der neuen Kammer präsentierte, mit dem von ihm beliebigen Bruch der Republikanertugend bebauert, daß er nur mit einer Mehrheit der radikalen Linken regieren solle. Tatsache aber ist es, daß die Zahl seiner Freunde bei den gemäßigten Parteien immerzu wächst und daß Hoffnungen rege werden, die in ihm den Friedensstifter zwischen der Republik und dem Vatikan und den Organisator einer energiegelassen Kampfpolitik gegen das Proletariat sehen. Briand darf wohl einwenden, daß er noch kein Wort gesagt habe, daß diese Zumutungen ausdrücklich bekräftigen würde, und daß er ja die Reaktionen zur Unliebe nicht zwingen könne. Im Grunde liegt den Reformen der Radikalen nichts anderes als das wohlbegründete Mißtrauen gegen den von prinzipiellen Bedenken nicht geplagten Ministerpräsidenten das Gefühl zugrunde, daß für eine solche Konzentrationspolitik die Zeit reift. Die Radikalen sind aber in der unglücklichen Lage, daß sie die Schwankung nicht mitmachen können, ohne einen weiteren bedeutenden Teil ihrer Wählerkraft an die geeinigte sozialistische Partei zu verlieren. Sie haben keine andere Wahl, als mit aller Anstrengung auf eine Fortsetzung und Ausweitung des Kulturkampfes hinzuwirken und vorläufig wenigstens den Kristallisationsprozeß des neuen Opportunismus zu stören.

Demgemäß stand der Parteitag in Rouen im Zeichen der offenen Schilderhebung gegen Briand. Mit ungeheurer Mehrheit hat er eine Tagesordnung beschlossen, die erklärt, daß es die Gegner der weltlichen Idee und des sozialen Fortschritts seien, die sich heute zur sogenannten Verfassungsreform bekennen, und die die Parlamentarier der Partei auffordert, in Zukunft nur eine Regierung zu unterstützen, die durch Worte und insbesondere durch Taten beweise, daß sie von den Zeitgedanken des weltlichen und sozialen republikanischen Geistes inspiriert sei. Pelletan und der ehemalige Justizminister Gallé haben diese Attitude gegen Briand kommandiert und hinter ihnen stand der alte Combes als Generalstabschef. Sie war preislos ernst gemeint, aber etwas anderes ist es, ob sie ernst zu nehmen ist.

Hier kommt eben das geschilderte Verhältnis zwischen der radikalen Partei und den radikalen Deputierten in Betracht. Wären die Deputierten gezwungen, den Parteitagbeschlüssen zu folgen, so wäre Briands Fall besiegelt, denn die Radikalen haben zusammen mit den Sozialisten, die sicher keinen Grund haben, Briand zu halten, die Mehrheit in der Kammer. Aber die radikalen Deputierten hängen noch mehr als von den isolierten Honoratioren von der Präferenz und von der Gefälligkeit der Minister ab, die mit der Gewährung von Begünstigungen für ihre Schützlinge, seien es Einzelpersonen oder Körperschaften, über ihre Popularität im Wahlkreise entscheiden. Sie werden also leicht nach einem Vorwand greifen, sich durch irgendwelche Erklärungen Briands — und dieser ist ja in solchen Situationen nicht vorlegen — befriedigt zu stellen. Um so mehr als Briand einen vorzüglichen Revolver in der Hand hat — die Wahlreform. Der radikale Kongreß hat zwar mit großer Mehrheit den Proporz abgelehnt und die bloße Herbeiführung der Listenwahl gefordert, aber die Stimmung im Land ist dem Proporz sicher günstig, wie die Tatsache beweist, daß ein

großer Teil der radikalen Deputierten dem parlamentarischen Verband für die Verhältniswahl beigetreten ist. Nun hat bekanntlich Briand einen ganz abjehenden Reformentwurf eingebracht, der mit ansehenden Zugeständnissen an die Proporzidee die Uebel des bestehenden Wahlsystems noch überbietet, aber er wäre wohl, wenn sich die Radikalen mauzig machen, imstande, ihnen mit einem besseren Projekt auf den Leib zu rücken.

So werden die Kanonen, die die Radikalen aufgeföhren haben, vermutlich nicht losgehen. Briand wird die Verschärftheit der radikalen Mehrheit mit der Verschleppung der Wahlreform bezahlen. Wahrscheinlich wird nur die Auflösung der radikalen Partei, die sich seit dem Ministerium Clemenceau bei allen entscheidenden Abstimmungen gezeigt hat, noch schärfer hervortreten. Die „Petite République“, Briands publizistischer Reichshand, hat die doktrinen Radikalen in jüngster Zeit wiederholt angeklagt, weil sie für die Arbeiterbewegung kein Verständnis hätten. Das Reg dieser Intrige ist zu groß geflochten, als daß sich die Arbeiterschaft darin fangen ließe. Briands Versuch, wieder Interesse für die Gewerkschaftsbewegung zu markieren, ist überdies ein durchsichtiges Konkurrenzmanöver gegen seinen gefährlichsten Rivalen Millerand, der unstrittig ein fachliches volkswirtschaftliches Wissen und gewisse Erkenntnisse von sozialpolitischen Notwendigkeiten besitzt. Für die Arzneligkeit des bürgerlichen Radikalismus aber ist es bezeichnend, daß er diesem demagogischen Kniff nichts anderes entgegenzusetzen kann, als die abgeleitete antiliterale Phrase und die „republikanische Solidarität“, die heute keine Kraft, keinen Willen und keine Aufgabe mehr repräsentiert.

Die Prügelknaben.

Zum Rücktritt Jzwolskis vom Posten des Ministers des Auswärtigen und seiner Abchiebung auf einen Botschafterposten wird uns von russischer Seite geschrieben:

Das Schicksal Jzwolskis erinnert lebhaft an das Auropatkins. Dort der Held der allergrößten Niederlagen auf dem Schlachtfelde und hier der Held der allergrößten diplomatischen Mißerfolge. Beide waren die außerordentlichen Männer der patriotischen Elite, beide waren berufen, die Macht bezu. das Ansehen Russlands „in vollem Glanze“ wiederherzustellen. Denn im vollen Glanz der militärischen Macht und des diplomatischen Ansehens denken sich die russischen Patrioten vom „inneren Feind“ gesichert. Auch der Sturz beider großen Männer hat eine gewisse Verantwortlichkeit: einstimmige, schärfste Verurteilung im Inlande wie im Auslande, in den Kreisen der Konservativen wie in den Kreisen der Liberalen. Bei den Konservativen ist die Erbitterung noch größer als bei den Liberalen, denn durch die Wahl dieser Männer haben die Konservativen sich selbst, ihre Sache vor der ganzen Welt furchtbar kompromittiert. Nur der Jar fand ein paar Anerkennungsworte für Jzwolski, wie er seinerzeit auch für Auropatkin ein paar Worte der Dankbarkeit gefunden hatte. Durch einen kaiserlichen Erlaß wurde Jzwolski ein hoher Orden verliehen und seine „Energie“ gepriesen, seine „Kernte“ der wirklichen Interessen Russlands, die in den erfolgreich erzielten Uebereinkommen mit Großbritannien und mit Japan ihren Ausdruck gefunden“ habe. Wenigstens könnte man diese Worte als Ironie, als Hohn auffassen, wären sie nicht in einem feierlichen Erlaß ausgesprochen, wäre es nicht Hohn über die russische Regierung selbst, über das ganze offizielle zarische Russland. Das Uebereinkommen mit Japan hat die Annexion Koreas durch Japan wenn nicht ermöglicht, so doch zweifellos erleichtert. Durch die Annexion hat sich Japan zu einem wirklichen Großmacht erhoben: es besitzt jetzt ein Territorium von über 600 000 Quadratkilometer (vor der Annexion 350 000) mit einer Bevölkerung von ungefähr 60 Millionen (vor der Annexion 48 Millionen). Demgegenüber beträgt die sämtliche Bevölkerung Russlands in Sibirien nicht volle 7 Millionen. So ist der Einfluß Russlands im fernen Osten gleich Null geworden. Allerdings ist sehr fraglich, ob Jzwolski die Annexion zu verhindern imstande war, aber daß die Mitwirkung an dem Unternehmen kein großes Verdienst um das Vaterland (im bürgerlichen Sinne) ist, das ist klar. Was für Vorteile das Uebereinkommen mit Großbritannien Russland gebracht hat, ist noch unbekannt. Höchstens die Möglichkeit neuer Abenteuer in der Mongolei und in Persien, die jedoch nie zu wirklichen Siegen führen werden. Dafür werden schon Deutschland mit Oesterreich-Ungarn im Verein mit der Türkei sorgen. Den „Uebereinkommen“ Jzwolskis verdankt jetzt Russland die Annäherung zwischen den drei genannten Staaten, die tatsächlich den Einfluß Russlands in Europa und namentlich auf dem Balkan ebenso gleich Null macht, wie im fernen Osten. Wahrscheinlich, die russische Regierung hätte diese Verdienste Jzwolskis nicht in einem Parenerlasse loben sollen. Andere Verdienste kann man ihm freilich nicht nachweisen. Aber das ist ja nicht seine Schuld. Von Staatsmännern muß man eben noch etwas anderes verlangen als nur „patriotische Gesinnung“ und Abenteuerlust. Nichts anderes hatte man aber von Jzwolski wie auch von Auropatkin verlangt. Uebrigens tut man beiden unrecht, wenn man alle Schuld nur auf deren Unfähigkeit zurückführt. Selbstverständlich hätte ein befähigter Kriegsführer nicht so schmachvolle Niederlagen erlitten wie Auropatkin, ein befähigter Diplomat hätte sich nie so blamiert, so lächerlich gemacht wie Jzwolski, aber auch Genies hätten nicht die Niederlagen auf dem Schlachtfelde wie in den diplomatischen Verhandlungen verhindern können. Alle Niederlagen sind die Folgen des zarischen Regimes, Auropatkin und Jzwolski sind nur Prügelknaben für dieses Regime, und so lange dieses existiert, gibt es für Russland keine Wiederherstellung des Ansehens nach außen hin, wer auch an die Stelle der Auropatkin und Jzwolski berufen sein mag.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Oktober 1910.

Für ein neues, verschärftes Sozialistengesetz.

Die konservativen Presse kann sich noch immer nicht daren finden, daß die Roabiter Polizeikrawalle nicht den reaktionären Parteien ein neues Sozialistengesetz oder wenigstens ein Streikbrecher-Schutzgesetz eintragen sollen. War zu gern würde sie sehen, wenn die Regierung sich bewegen ließe, alsbald nach der Wiedereröffnung des Reichstages diesem ein verschärftes Gesetz gegen die sogenannten „gemeingefährlichen“ Bestrebungen der Sozialdemokratie vorzulegen, das die Agitationskraft unserer Partei bei den nächsten Reichstagswahlen lähmt. Um dieses schöne Ziel zu erreichen, schecken die konservativen Mütter vor keinem Mittel zurück. Neuerdings muß vornehmlich der maßlos aufgebauscht französische Eisenbahnerstreik herhalten, um der Regierung den Beweis zu liefern, daß nur durch „Energie“, d. h. durch strenge gesetzliche Maßnahmen Deutschland vor dem Schicksal

Frankreich bewahrt werden kann. Besonders ist das Blatt der Hammersteinlinge bemüht, diesen Beweis zu erbringen. In seiner gestrigen Wochenschau erzählt es wieder:

Die Sozialdemokratie ist sich ihrer Stärke und ihrer Erfolge in Deutschland bis zum Uebermaße bewußt. Der gewerbliche Mittelstand ruft immer lauter, immer angstervoller nach staatlichem Schutze, und gewisse Mittelstandsschichten kapitulieren bereits, wie die Wahlen beweisen, vor der Sozialdemokratie, da sie an diesem Schutze verzweifeln. Selbständige Gewerbetreibende im Westen, die selbst mitten in diesem Kampfe stehen, schreiben uns: „Dah es in diesem Hinsicht keine Revolutionspartei keine Aufenthalt- oder Zwischenstationen gibt, zeigt die Erfahrung, und die Leute, die man eines besseren belehren möchte, erwidern einfach, daß, nachdem die Staatshilfe versage, schließlich ein Ende mit Schrecken besser sei, als der Schrecken ohne Ende.“ Solche Stimmungsbilder können wir unjener Lesern nicht mehr vorenthalten.

In Frankreich ist die Staatsgewalt dem organisierten Proletariat am langmütigsten ausgewichen. Der Staat hat dort den Arbeitern gegenüber ja auch kein gutes Gewissen. Die Republik ist auf die Wahlstimmen der revolutionären Massen angewiesen und hat sie durch leere Versprechungen, durch Anstellung sozialdemokratischer Minister und durch fremdliche Behandlung meuternder Soldaten, streikender Beamten und räuberischer Spähen bisher zu gewinnen gesucht. Dieses Spiel muß einmal zu einem bösen Ende führen. In Deutschland hat man das Sozialistengesetz aufgehoben, das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen zurückgezogen, ein liberales Vereinsgesetz erlassen, bei den Wahlen hat das Bürgertum vielfach mit der Revolutionspartei gegen die monarchischen und christlichen Parteien gemeinsame Sache gemacht, und die „neue Moral“ der Revolutionspartei hat bis tief hinein in die bürgerliche Gesellschaft zahlreiche Anhänger gefunden. Wenn Deutschland trotzdem der sozialrevolutionären Bewegung stärker gerüstet gegenübersteht, so verdanken wir das lediglich der Festigkeit der Monarchie, der Beamtenhaft und der staats- und kirchentreuen Parteien.

Nationalliberale Reichstagskandidaturen.

Die Nationalliberalen nehmen bei der Aufstellung ihrer Reichstagskandidaten in Schleswig-Holstein auf ihre Freunde vom linksliberalen Flügel nicht die geringsten Rücksichten. So haben sie z. B. auch in den drei gegenwärtig von den fortschrittlichen Abgeordneten Spehmann, Leonhart und Strube vertretenen Wahlkreisen Schleswig-Flensburger, Tonnen-Ostsum und Oldenburg eigene Kandidaten aufgestellt. Im ersten Wahlkreis Sanderleben-Sonderburg, der seit 1871 stets im Besitz der Dänen ist, soll wegen des Kampfes gegen die Dänen zugunsten einer rechtsstehenden Kandidatur auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet werden. Ueber die übrigen Wahlkreise ist noch nicht entschieden. In Lübeck scheinen die Nationalliberalen geneigt zu sein, einen linksliberalen Kandidaten zu unterstützen.

Die Fortschrittler sind aufgebracht über diese Liebenswürdigkeit der Nationalliberalen und fürchten noch „schlimmeres“. Die „Vossische Zeitung“ sagt tiefbetäubt:

„Direkt auf eine Unterstüßung der Sozialdemokratie aber würde das Vorgehen gegen die fortschrittliche Volkspartei in den Wahlkreisen Pinneberg-Segeberg und Herzogtum Lauenburg hinauslaufen, wo die fortschrittlichen Abgeordneten Carstens und Hefcher in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie gewählt sind.“

Die Münchener Handelskammer und die Fleischsteuerung.

In ihrer letzten Plenarsitzung beschäftigte sich die Münchener Handelskammer auch mit der herrschenden Fleischsteuerung. Der Syndikus der Kammer, Justizrat Dr. Cahn, wies als Referent darauf hin, daß sich die Verhältnisse in Bezug auf die Fleischsteuerung in den letzten Jahren noch bedeutend verschlechtert hätten, so daß jetzt ernstliche Gefahren für die wirtschaftliche Wohlfahrt des arbeitenden Volkes beständen. Die von der bayerischen Regierung jüngst beschlossenen Maßnahmen seien angesichts der Verhältnisse wenig Erfolg versprechend. Wegen notwendiger veterinärer Maßnahmen sei nichts einzuwenden, aber es geschehe in dieser Beziehung zu viel aus rein protektionistischen Erwägungen.

Einmütig billigte die Handelskammer folgende sofort zu ergreifende Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot: Zulassung möglichst ungehinderter Einfuhr lebender Vieh- aus dem Ausland unter voller Wahrung veterinärpolizeilicher Schutzmaßregeln; Zulassung der Einfuhr geschlachteten Fleisches aus dem Ausland unter Befreiung aller die Einfuhr erschwerenden Maßnahmen; Zulassung der Einfuhr von Wachsenfleisch usw.; Ermäßigung der Zölle und der Eisenbahntarife für Futtermittel.

Folgen der Fleischnot.

Einem Landwirt in der Altendörfer-Obereder Gemeinde bei Dorfmund war vor einigen Tagen auf der Weide eine Kuh gestohlen. Der Kadaver wurde nach der Abhäutung vergraben. Es dauerte aber gar nicht lange, so stellte sich heraus, daß das verendete Tier nächsther wieder ausgegraben worden war. Die Polizei stellte fest, daß mehrere Einwohner das auf diese Weise erlangte Fleisch unter sich verteilten und den größten Teil bereits gegessen hatten!! Der noch vorhandene Rest wurde beschlagnahmt.

Das sind die Folgen der agrarischen Wirtschaftspolitik. Was hier nicht die Folgen der agrarischen Wirtschaftspolitik, was nicht die Folgen der agrarischen Wirtschaftspolitik, wenn die Not nicht höchste gestiegen, vorkommt, das geschieht jetzt im tiefsten Frieden: Hungerige arme Leute scharen sich bei Nacht ein Käs aus, um Fleisch essen zu können.

Schlimmer aber noch als diese Tatsache ist der freche Poß, mit dem die ultramonarchische Dorinmüder „Tremorita“ das Vorkommnis glorifiziert. Sie wünscht „den Konsumenten nachträglich noch ein „Wohl bekomm's!“

Aus dem Braunsberger Gefängnis.

Gegen den sonstigen Brauch muß Genosse Markwald von der „Königsberger Volkszeitung“ seine viermonatliche Gefängnisstrafe, die er wegen angeblicher Beleidigung „der Majestät des königlichen Hauses“ erhalten hat, im Braunsberger Gefängnis verbüßen. Der Genosse wird dort in einer Weise behandelt, gegen die nicht scharf genug protestiert werden kann. Man hat ihn weder vom Reinigen der Zelle entbunden, noch gewährt man ihm Selbstbefristung. Dabei ist sein körperliches Befinden derart, daß sein Gesundheitszustand unter der Gefängnisstrafe schwer leidet. Bevor Genosse Markwald seine Strafe antat, ließ er sich von dem Königsberger Gefängnisarzt, Medizinalrat Professor Dr. Puppe, untersuchen. Nach einer gründlichen Untersuchung befandigte dieser, daß er vom medizinischen Standpunkt und unter seinem Diensteid die Selbstbefristung bescheinigen müsse. Professor Dr. Puppe gilt der Justiz sonst als Autorität. In diesem Falle aber scheint man seinem Gutachten keine Bedeutung beizumessen, denn Markwald erhält seine

Selbstbefristung. Diese wurde ihm sogar im Altensteiner Gefängnis gewährt. In den 14 Tagen, die Genosse Markwald im Gefängnis zugebracht hat, hat er an Gewicht bedeutend verloren. Seine Frau besuchte am Sonnabend den Braunsberger Gefängnisarzt, und dieser erklärte, er hätte über die Selbstbefristung nicht zu entscheiden, das sei Sache des Staatsanwalts. Er könne nur das beantworten, was er gefragt werde. Als nun Genossin Markwald den Ersten Staatsanwalt aufsuchte, erklärte dieser, der Gefängnisarzt hätte sich dahin geäußert, daß Selbstbefristung nicht nötig sei. Als der Herr auf das Gutachten des Professors Dr. Puppe aufmerksam gemacht wurde, meinte der Staatsanwalt, für ihn sei nur das Gutachten seines Gefängnisarztes maßgebend.

Oberschlesien und kein Ende.

Außer anderen Amtsvorstehern in Oberschlesien ist es namentlich der von Reudorf bei Antonienhütte, der alle Mittel in Bewegung setzt, um Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten. Erst kürzlich wurde dieser durch den Regierungspräsidenten befehlet, daß ein von ihm ergangenes Versammlungsverbot zu Unrecht erfolgt sei; doch jetzt hat der betreffende Amtsvorsteher schon wieder eine solche Versammlung mit nachfolgender „Begründung“ verboten:

„Die Genehmigung zu der für den 18. Oktober 1910, nachmittags 3 Uhr, angemeldeten Versammlung wird hiermit versagt, weil aus der Abhaltung der Versammlung wird hiermit versagt, weil aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Am Sonnabend, den 15. Oktober 1910, findet auf allen in der Nähe belegenen Werken die Lohnzahlung statt. An diesen Tagen sind von 4 Uhr nachmittags ab die Schranken geschlossen. Erfahrungsgemäß entwickelt sich daher am nächstfolgenden Tage gewöhnlich der Betrieb, den man an Lohnzahlungstagen gewöhnt und der jedesmal mit erheblichen Ausschreitungen trunkenen Leute verbunden ist. Da nun Sonntag die Gelegenheit zum Alkoholgenuß größer als sonst ist, so sind auch an solchen Tagen die Ausschreitungen erheblicher. Durch die Abhaltung der Versammlung würde für Trunkene viel Anlaß gegeben sein, öffentlich ausfällig zu werden. Die allgemeine Sicherheit ist somit gefährdet.“

Anßerdem habe ich schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Besitzer der Stachowidna sich bei mir beschwert haben, daß durch Versammlungsbesuch ihre Grundstücke beschädigt werden. Ferner hat auch die Bürgerschaft ihren Unwillen in einer von mehreren Personen gezeichneten Eingabe kund gegeben, in welcher über das friböse Verhalten der Versammlungsteilnehmer und über die Gefahren der Versammlungen usw. gesprochen und gebeten wird, derartige Versammlungen speziell Sonntags nicht mehr zu genehmigen, anderenfalls die Bürgerschaft ihrerseits zur Selbsthilfe greifen wird. Diese Eingaben geben der Vermutung Raum, daß Versammlungen unter freiem Himmel nicht mehr ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vor sich geben würden. Da mir die Pflicht obliegt, für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen, so kann ich im öffentlichen Sicherheitsinteresse die nachgeforderte Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung nicht erteilen.“

Nach diesem amtsvorstehereigenen Erguß ist in Zukunft jede Versammlung unter freiem Himmel in Reudorf unmöglich. Immer werden sich einige Personen finden, die Anstoß an sozialdemokratischen Zusammenkünften nehmen. Geradezu lächerlich ist aber der Hinweis auf die „Selbsthilfe“, die angeblich die Bürgerschaft anzuwenden droht; denn diese sogenannte Selbsthilfe ist ungeschicklich, ist eine zwangswise Behinderung der sozialdemokratischen Einwohner an der Ausübung eines ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechts. Greifen die wohlgestitete Bürger zu solcher „Selbsthilfe“, dann machen sie sich einer Gesetzesverletzung schuldig, und der Amtsvorsteher hat gegen sie einzuschreiten, nicht aber sie in ihrem Vorgehen zu unterstützen. Statt dessen scheint sich der Amtsvorsteher von Reudorf für berechtigt zu halten, auf Grund einer solchen Drohung mit einer offenkundigen Gesetzesverletzung den Bedrohten die Ausübung ihres Rechts zu verweigern.

Seht preussisch!

Wieder eine Polizeiheldentat.

Die Polizeiverwaltung der Stadt Hagen i. W., die unter dem Regime des freisinnigen Reichstagsabgeordneten und Oberbürgermeisters Cuno schon so oft den Beweis erbracht hat, daß, was die Knebelung des politischen Gegners anbelangt, zwischen einem Stöckreaktionär und einem „entschiedenen“ Liberalen kein Unterschied ist, hat abermals ein Blatt in den Ruhmeskranz ihrer feilheitlichen Taten geflochten.

Die Partei und das Gewerkschaftsblatt für Hagen hatten zum 18. d. M. eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen das Verlangen der Reaktion nach Ausnahmegeetzen gegen die Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu protestieren. Als Referent war Genosse Dittmann-Solingen bestellt. Durch Handzettel, die im wesentlichen den Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission enthielten, sollte auf die Versammlung aufmerksam gemacht werden. Die Verteilung der Handzettel wurde jedoch von der Polizeiverwaltung der „freisinnigen“ Stadt Hagen „wegen des aufreizenden Inhaltes der Druckschrift“ verboten und zwar auf Grund der §§ 10 und 41 des Pr. Presgesetzes vom 12. Mai 1881.

Das Verbot wirkt geradezu lächerlich, wenn man in Betracht zieht, daß doch der „aufreizende“ Inhalt der Druckchrift einem Aufruf entnommen ist, den sämtliche Partei- und Gewerkschaftszeitungen ohne Ausnahme veröffentlicht haben. Nur in laum zehn Heften war auf den Handzetteln mit Rücksicht auf die polizeiliche Überwachung einer Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, in der Genossin Luremburg referiert hatte, darauf hingewiesen worden, daß die angeblich „liberal“ genannte Obrigkeit der Stadt Hagen auch schon Ausnahmegeetze gegen die Gewerkschaften schaffe. Ob in diesen wenigen Zeilen der „aufreizende“ Inhalt zu suchen ist, bleibt vorläufig — da das Verbotungsverbot jeder näheren Begründung entbehrt — noch das Geheimnis der Polizei.

Sandrats-Absolutismus.

Die Hanauer Strafkammer bestätigte in dem Beleidigungsprozeß des Gerfelder Sandrates gegen Direktor Schneider das Urteil des Schöffengerichts, das über Schneider 500 Mark Geldstrafe verhängt.

Wieder einer.

Der Eheleibeweibel und Fabrikmeister Aspirant Graupe vom 109. Inf.-Regt. in Panitzsch wurde vom Oberkriegsgericht in Dresden wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Das Kriegsgericht hatte auf dieselbe Strafe erkannt, G. aber dagegen Berufung eingelegt. Im Laufe des Berufungsverfahrens wurde er auf seinen Geisteszustand untersucht, aber für völlig normal befunden. Deshalb hatte das Rechtsmittel keinen Erfolg.

Militärjustiz.

Der Unteroffizier Heng von der 6. Kompanie des Infanterieregiments 88 in Kall hatte, weil ihm der Urlaub verweigert worden war, die Anzeigung getan: „Jetzt bin ich noch kein Sozialdemokrat, aber ich kann noch einer werden.“ Das Oberkriegsgericht verurteilte den Unteroffizier zu 7 Wochen Gefängnis und zur Degradation.

Dätte der Unteroffizier jahrelang Rekruten schikanieren, er würde wahrscheinlich billiger davon gekommen sein.

Oesterreich.

Schwarzgelbe Ferrerangst.

Die Prager Polizei, denen die Geschworenen schon im Vorjahr die Klage anboten, einen von ihr angeklagten Ferrer-Nedner freizusprechen, hat den dortigen Freidenkern und der tschechischen Realistenpartei, deren Führer Abg. Prof. Dr. Moravetz ist, die für Sonntag geplanten Ferrer-Versammlungen verboten, weil das Programm eine Verherrlichung „strafbarer Handlungen“ enthalte. Sogar eine musikalisch-dramatische Ferrer wurde verboten und dem veranstaltenden Verein mit der Ausfüßung gedroht.

Wien, 17. Oktober. Zehn Ferrer-Feiern wurden gestern in Oesterreich polizeilich aufgelöst. In Wien kam es auf der Alserstraße vor dem Gasthaus zum „Goldenen Hirs“ auf eine Ferrer-Gedächtnisfeier angelegt war, zu polizeilichem Eingreifen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Auch in Pilsen, Prag, Graz und Triest wurden Ferrer-Versammlungen gesprengt.

Die Bauernbewegung in Bosnien.

Wien, 18. Oktober. Der „Reichspost“ wird aus Serajewo telegraphiert: Die Bewegung unter den serbischen Bauern nimmt einen gefährlichen Charakter an. Bis jetzt begnügten sie sich mit Demonstrationen, wo sie in Haufen von mehreren Tausenden von Ort zu Ort zogen und die Bewohner aufsuchten, den Pachtzins an die mohammedanischen Gutsherrn zu verweigern. Jetzt kommt es aber schon zu Vorkäufen. So erschlugen in Gagin die Bauern den Gutsherrn Djeterovic mit Holzmitteln, bezogen in Posavina den Gutsherrn Bagdalo. Da die Lage immer bedrohlicher wird, wird Militär in Bereitschaft gehalten.

Portugal.

Die Beisetzung Bombardas und Reis.

Lissabon, 18. Oktober. Heute fand unter großer Beteiligung die Beisetzung des Admirals Reis und Dr. Bombardas statt. Unter den Klängen der portugiesischen Hymne setzte sich der Zug, in dem sich viele Korporationen, Lehrer und Schüler, Angehörige der Armee und Marine und alle Freimaurerlogen befanden, von der Praça do Commercio aus in Bewegung. Auch zahlreiche Frauen und Kinder hatten sich in den Zug gemischt, dagegen sah man keine Angehörigen von Religionsgesellschaften und es fehlte jedes religiöse Emblem. Die Särge waren auf Lafetten gestellt. Hinter dem Sarge des Admirals Reis gingen außer den Angehörigen der Armee und der Marine auch die Frauen, welche an dem Kampfe teilgenommen hatten, und die Vertreter der Regierung und der Stadtverwaltung. An einem freien Platze hielten der Ministerpräsident und der Präsident der Municipalität Gedächtnisreden für die beiden Toten, worauf der Trauerzug den Weg nach dem Friedhof fortsetzte, wo die Beisetzung stattfand.

Unser Lissaboner F. R.-Korrespondent telegraphiert uns über die Trauerfeier:

Die Beteiligung am Trauerzuge war imposant. Er zählte wohl 200 000 Personen und 400 Banner. Die Menge beobachtete ein eindrucksvolles Stillschweigen. Die Ordnung war bewunderungswürdig.

Manuels Abreise nach England.

Oliven, 18. Oktober. Heute nachmittag schifften sich König Manuel und die Königin-Mutter Amelia auf der englischen Königsjacht „Victoria and Albert“ ein, die dann in See ging. Die Königin-Witwe Maria Pia begab sich, begleitet vom Herzog von Oporto, an Bord des italienischen Kreuzers „Regina Elena“, welcher darauf nach Spezia in See ging.

Spanien.

Regierung und Republikaner.

In der Deputiertenkammer machte am Sonnabend Ministerpräsident Canalejas Mitteilung von einer lebhaften „antipatriotischen“ Propaganda, die in den Kasernen betrieben werde, wo umstürzlerische, im Auslande gedruckte Schriften verbreitet würden. Canalejas erklärte, er werde alle gesetzlichen Mittel zur Unterdrückung dieser Bestrebungen anwenden, sobald er bestimmte Beweise in Händen habe. Ein Republikaner erwiderte, die Revolution werde ausbrechen, sobald sie kommen müsse. Die Regierung werde nichts gegen die Souveränität des Volkes vermögen. (Lebhafter Widerspruch bei der Majorität.)

Republikanische Demonstration.

Madrid, 18. Oktober. Heute haben die Republikaner durch einen Strahenumzug die Einführung der republikanischen Staatsform in Portugal gefeiert. Nach der Rede eines republikanischen Deputierten, der dazu aufforderte, das Beispiel Portugal nachzuahmen, gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

Zwischen einem Zuge katholischer Pilger, die von einer Wallfahrt nach dem bei Madrid gelegenen Engelhügel zurückkehrten, und Republikanern, die an der Kundgebung teilgenommen hatten, kam es zu einem Zusammenstoß. Die Polizei schritt ein und gestreute die Kämpfenden.

Balkan.

Türkisch-griechischer Konflikt in Sicht?

Wie man der Londoner „Times“ aus Konstantinopel meldet, glaubt man dort allgemein, daß, wenn Benizelos den Posten eines Ministerpräsidenten übernimmt, der türkische Geschäftsträger aus Athen abberufen und alle diplomatischen Verbindungen mit Griechenland abgebrochen werden.

Aus Athen wird gleichzeitig gemeldet: Gestern nachmittag legte Benizelos dem König die Ministerliste vor, deren sofortige Genehmigung zweifellos ist.

Persien.

Englische Drohungen.

Teheran, 17. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Angesichts der Schädigungen, die der Handel infolge der fortgesetzten Aufrührungen im Süden Persiens erleidet, hat die englische Regierung eine energische Note an die persische Regierung gerichtet. Die Note enthält die bestimmte Ankündigung von entschlossenen, weitreichenden Maßnahmen, die England bei gewissen bedauerlichen Eventualitäten ergreifen werde. Diese Maßnahmen würden das Ende der Politik der Nicht-Einmischung bedeuten, und die Russen würden dann wahrscheinlich im Norden dem Beispiel folgen. Die englische Regierung würde es natürlich vorziehen, bei der bisherigen Politik zu bleiben, aber sie hege zugleich den Wunsch, die Lage in möglichst vollkommener Harmonie mit der russischen Regierung zu behandeln.

Unruhen.

Teheran, 18. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Teheran sind starke Unruhen ausgebrochen. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei wurden mehrere Mann getötet oder verwundet. Der Polizeichef ist geflohen. Bei Kaschan ist es zu einem Gefecht gekommen, bei dem die Kascharen mehrfach zurückgeworfen wurden. Aus Isfahan ist ihnen gestern ein Heer zur Hilfe gesandt worden.

Die badische Schulnovelle.

Von Fritz Kunert.

I.

Motto: Wer die Schule hat, hat das Land. Altes Sprichwort.

Die Novelle vom 18. Juni 1910, deren Inhalt wiederholt in der Tagespresse der Partei, auch in der „Neuen Zeit“ sowie in den Berichten über die Offenburger und Magdeburger Parteitage usw. gestreift wurde, gewann dadurch nicht an plastischer Deutlichkeit für die Leser. Es fehlten für ein leidlich klares Bild — natürlich abgesehen von den Details — die wesentlichen, charakteristischen Züge. Es kommt doch wohl darauf an, eine sichere Unterlage für die grundsätzliche Bewertung der Novelle zu finden.

Nun verweise die sozialdemokratische Mehrheit in Baden mit Vorliebe auf ihre positive, erfolgreiche, eigenartige Landespolitik. Die Erfolge wären geeignet, Budgetbewilligung und Disziplinbruch zu rechtfertigen, das war die Meinung vor und auch nach Magdeburg in revisionistischen Kreisen, besonders in Süddeutschland. So hob auch der Mannheimer Delegierte in Offenburg stark hervor: „Bei uns ist es gelungen, Gesetze zu verabschieden, die von liberal-fortschrittlichem Geist erfüllt sind.“ („Vorwärts“, Nr. 196.) — Und der Abgeordnete für Mannheim verweist auf das Brunkstück unter diesen Gesetzen in Nr. 49 der „Neuen Zeit“: die Schulnovelle. Sie hätte eine Erhöhung der Lehrergehälter gebracht, das achte Schuljahr für die Mädchen, die obligatorische Einführung der Schulärzte und die gesetzliche Bestimmung, daß Kinder von Dissidenten gegen den Willen ihrer Eltern nicht zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden könnten.

Dazu kamen noch andere Vorzüge: der Lehrer hatte Sitz und Stimme in der Schulkommission gewonnen usw.; der § 114 sicherte die staatliche Kirche- und Schulhoheit usw. (Protokoll der 81. Sitzung 3418.)

Es sei dabei nicht über Gebühr hervorgehoben, daß neben dem Lehrer und dem Arzte nicht auch der Lehrerin und der Ärztin gesetzlich Platz eingeräumt ist, während der Pastor und der Kaplan nicht vergessen sind. Das kann aber nicht hindern, das Gute der parlamentarischen Leistung voll anzuerkennen, dem ist auch auf dem Magdeburger Parteitag rückhaltlos durch den Delegierten für Frankfurt a. M. Ausdruck gegeben worden: „Ich weiß, mit welcher Freude, mit

*) Innerhalb der Rührberger sozialdemokratischen Organisation wurde das erst kürzlich mit großer Deutlichkeit ausgesprochen. Der „Vorwärts“ vom 9. Oktober 1910, Nr. 237, berichtet darüber in der 1. Beilage:

Man müsse die in Baden errungenen Erfolge in Betracht ziehen. Wenn einmal im preussischen Landtage solche Errungenschaften zu verzeichnen wären, würden die Berliner Genossen glauben, schon mit einem Fuß im Zukunftsstaat zu stehen. Der Budgetfrage werde viel zu viel Bedeutung beigelegt und gerade von den Genossen, die von dem Budgetrecht keine blasse Ahnung haben. Die Budgetbewilligung in Baden ist durch die erreichten Erfolge gerechtfertigt. Wenn man den Badenern einen Vorwurf machen könne, so nur deshalb, weil sie zuerst gegen das Budget stimmen wollten und sich erst im letzten Moment anders entschieden; die Vorteile waren groß genug, daß schon im Vorhinein das Budget angenommen werden konnte. In Bayern könnte man froh sein, wenn hier dieselben Erfolge aufzuweisen wären, wie in Baden, noch mehr froh müßte man in Preußen sein, wenn man einmal so weit wäre.

Man vergleiche auch Nr. 40 „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“. Der Leitartikel „Magdeburg“, der in massivem Vorgehen den Budgetbeschluss angreift, bezieht sich u. a. gleichfalls „auf die mancherlei praktischen Erfolge der Badener Sozialdemokratie, auf ihre sich vorteilhaft ausnehmenden Reformen“ usw. Natürlich wird hierbei in erster Linie die badische Schulnovelle ins Treffen geführt. Vergleiche auch „Vorwärts“ vom 13. Oktober, Nr. 240, 2. Beilage: „Die Gewerkschaftspressen über Magdeburg.“

Kleines feuilleton.

Theater.

Berliner Theater: „Die törichte Jungfrau“. Schauspiel von Henry Bataille. Bataille, der in seinem vom Gebel-Theater gespielten „Standal“ einen einfachen Konflikt mit sicherer Konsequenz entwickelt, hat in dem neuen Drama wieder alle logisch-psychologischen Stempel gründlich abgedruckt. Die Mähdicht auf momentane Blühenwirkung drängt alles andere in den Hintergrund. Er sucht, die Trübsal, die Spannungen und Sensationen, mit denen Henry Bernstein als anerkannter Meister arbeitet, weiterführend nach zu überbrücken. Und er führt die Kunststücke mit einer Eleganz aus, er versteht es, die brüchigen Stellen in der Anlage so lange zu verschleiern, daß man dem Spiel eine Zeitlang neugierig, so vernachlässigt die Bewunderung zusieht. Der zweite Akt war, an dem Höhepunkte des Genres gemessen, eine Leistung von ungewöhnlichem Raffinement. So mangelhaft die Psychologie der handelnden Personen, so gut versteht der Verfasser sich hier auf die Psychologie des Publikums. Das bewies der Beifall.

Die törichte Jungfrau, ein verdichtetes hochadeliges Fräulein, das die entrüsteten Eltern wegen der Liebhaft mit einem verheirateten Mann, einem Advokaten, zur Verachtung ein paar Jahre ins Kloster schicken wollen, flüchtet im letzten Augenblick zu dem betagten Erbhaber auf das Bureau. Er soll sie entführen! Was dem Advokaten auch durchaus einleuchtet. Das Auto ist schon bestellt. Da klingelt es, und er versteht die Klingelbeim im Nebenzimmer. Es ist seine Frau, die von dem Plan durch einen anonymen Brief erfahren hat. Sie schickt ihn zu ihrem Anwalt herüber, erpricht die Nebenhablerin und schlüßte sie ein. Große Szene zwischen den Göttern. Sie weigert sich den Schlüssel herzugeben. Neues Klingeln. Der Bruder, durch dieselbe anonyme Briefschreiberin benachrichtigt, tritt mit verärgerten Mienen ein. Wabam, die nun gleich wieder die Partei des ungetreuen Gatten ergreift, gelingt es, durch eine Klau von Sägen den Argwohn des jungen Menschen zu zerstreuen. Das Mädchen unbemerkt herauszulassen, drückt sie ihrem Manne heimlich den Schlüssel in die Hand. Man hört das Tuten eines Autos, in dem die beiden Verliebten fliehen. Und von rasender Empörung geschüttelt, schreibt die Betrogene dem betrogenen Bruder die Wahrheit ins Gesicht. Zum Schluss führt der Autor großmelodramatisches Geschick auf. Frau und Geliebte überschlagen sich an Olympos. Damit der rachsüchtige Bruder nicht den Entführer niedersticht, schießt sich die törichte Jungfrau selber eine Kugel in die Brust!

Die Vorstellung litt darunter, daß die Schauspieler im Bemühen um Intimität vielfach zu leise sprachen. Der Advokat wurde von Ludwig Haslau, das vergäbe Mädchen von Käthe Ehren

welchem Ueberchwang und mit welcher prächtiger Arbeitswut Ihr Euch auf die Arbeit gestürzt habt. Ihr habt des Guten nicht zuviel in der Aufklärungsarbeit, sondern im rein Parlamentarischen getan usw.“ („Vorwärts“, Nr. 222.) Damit nicht die Leser „herauf, herab und quer und krumm“ an der Nase herumgeführt werden, ist es nunmehr dringend erforderlich, die Sache von ihrer Rehrseite, und zwar prinzipiell zu betrachten.

Die Schulfrage hat für unsere Partei drei große Prinzipalforderungen: die Durchsetzung der Weltlichkeit, die Erringung der vollen Unentgeltlichkeit und die Organisierung umfassender Einheitlichkeit.

Wie steht nun die Novelle zur Weltlichkeit?

Hierzu behauptete der Korreferent über die Budgetfrage in Magdeburg allgemein, daß auf dem Gebiete des Schulwesens erhebliche Verbesserungen durchgeführt seien, denen die Preisgabe von sozialdemokratischen Grundrissen nicht gegenüberstehe; viellecht seien die ersten Schritte zur Erfüllung „unseres Schulideals“ erreicht. Er wurde auf die Unhaltbarkeit einer solchen Auffassung durch Zwischenruf sofort aufmerksam gemacht. Im Anschluß daran, ohne den geringsten Widerspruch bei seinen badischen Fraktionskollegen und Parteigenossen zu finden, konnte er die absolut unwahre, ja groteske Publikation machen („Vorwärts“, Nr. 221): Man habe sozialdemokratischerseits in der Zweiten Kammer die Abschaffung des Religionsunterrichts — die Weltlichkeit der Schule — gefordert; ja wohl — aber dieser Antrag sei niedergestimmt worden.

Was in Baden nicht alles möglich ist: ein niemals gestellter Antrag wird von den böartigen Gegnern in der Kammer dennoch niedergestimmt.

Ebenso irrtümlich ist es, wenn ein Delegierter von Frankfurt a. M. die Ansicht in Magdeburg vertrat: „Ihr Badenler habt dann, soweit ich weiß, erst in der dritten Lesung den Antrag auf Abschaffung des Religionsunterrichts nachgeholt — also zu spät.“ („Vorwärts“, Nr. 222.) Es steht vielmehr dokumentarisch fest, daß ein solcher sozialdemokratischer Antrag überhaupt zur Novelle niemals gestellt worden ist.

Die Parlamentsakten sind hierfür zum Glück genügender Beweis. Entscheidend allein ist schon die Drucksache Nr. 33, Seite 19, eine Anlage zum Protokoll der 77. Sitzung vom Jahre 1910. Danach ist Religion als Unterrichtsgegenstand — und zwar als der bevorzugteste — in den Lehr- und Lektionsplan der badischen Elementarschule aufgenommen worden. Gegen die ausdrückliche und inhaltsschwere Aufnahme ist — wie das Dokument scharf hervorhebt — von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Auch nicht der schüchternste sozialdemokratische Protest wurde laut, als Schüler, Lehrer und Aufsichtsbeamte zu Tausenden der Kirche für unabsehbare Zeit unterstellt wurden.

Also kein Antrag, kein flammender Protest, nicht einmal das zahnste Wort des Widerpruchs; stumm wie die — Fische, so hält man seine programmatischen Forderungen hoch, so verfiert man „die Abschaffung“ des Religionsunterrichts, — die Schulweltlichkeit.

Nur so versteht man die blutige Ironie, mit der der Abgeordnete Nehrenbach gegenüber den Kammer-Sozialdemokraten nicht kargte. In der 81. Sitzung 1910, Protokoll Seite 3401, sprach der gerissene Zentrumsführer seinen sozialdemokratischen Kollegen seine volle Anerkennung darüber aus, daß sie zwar im Programm die Weltlichkeit der Schule verzeichnet haben, daß sie aber trotzdem brave Leute seien, die in bezug auf die Einführung der weltlichen Schule keinerlei Anstrengungen oder Schwierigkeiten gemacht hätten.

In der Tat haben die badischen Parlamentarier nicht die Weltlichkeit der Schule beantragt, sondern sie haben als Ersatz dafür — man vergleiche Landtagsdrucksache Nr. 33, B II, und Gesetzentwurf § 20, Abs. 2, sowie Protokoll der 83. Plenarsitzung — auf den alten Toleranzantrag des Reichstags zurückgegriffen. — Wie wenig dieser neuaugelegte Antrag ein wirklicher Ersatz, eine Art Rettungsring sein konnte, erkannten die führenden sozialdemokratischen Politiker

eindrucksvoll skizziert. Ausgezeichnet war Herr Clewing in der Figur des blind sanatisierten jungen Herrn und Rosa Vertens als die zwischen demütiger Liebe und eifersüchtigem Besitztrieb hin und hergeworfene Gattin.

Schiller-Theater: „Sodoms Ende“ von Hermann Sudermann. Die Aufführung des Schiller-Theaters verdient Dank. Sie setzte alle Qualitäten des Sudermannschen Schauspiels — und die sind trotz der obkühleren Manier, mit der heute von diesem früher so gelehrten Dramatiker gesprochen wird, geringfügig — in helles Licht. Während in der „Ehre“, des Dichters Erstling, nur die Leute vom Hinterhaus plastisch hervortreten, Graf Traut und Anhang in unbestimmten banalen Phrasen stecken bleiben, zeigen in „Sodoms Ende“ die beiden miteinander kontrastierten Gruppen gleichmäßig individuelle Färbung. Das schlichte Heim der beiden alten Janikons und ihres Märchens wird dem Zuschauer ebenso lebendig, wie die verlogenen ästhetisierenden Scheinwelt in Frau Adas prunkenden Gemächern. Wie viel gut gezeichnetes Detail auf beiden Seiten! Wie viel epigrammatische Schlagkraft allein in der episodischen Gestalt des melancholisch wüthigen, vom Poeten zum Salonidmarocher herabgekommenen Dr. Weibe! Wenn gegen Schluss hin im ähneren Apparat der Handlung mancherlei erhebliche Grammatiken mit unterlaufen und das Streben, die Tendenz symbolisierend durchzuführen, den Dialog zuweilen ins Gefühlslose entgleiten läßt, können solche Mängel doch, was sonst an positiver Kraft und an dramatischem Bühnentelephant in der Stille steckt, unmöglich auslöschen. Zumal da Sudermann in der Hauptrolle, in der Schilderung des feilschen Krankheitsprozesses, der lähmenden Genußsucht und des ausgeblähten Eitelkeitswesens, an der Willi Jarnitzow zugrunde gehen muß, der Wahrheit treu geblieben ist.

Das Spiel war durchgängig ein überraschend gutes. Man hätte für den innerlich Entgleiten, von Angst, Regier und Neue gepöbelten Künstler, dessen Weize die Frauen bestreift, gar keinen besseren Repräsentanten als den schlau geschmeidigen Herrn Gerhard finden können. Von den übrigen sei hier nur noch der äußerst markante Dr. Weibe Legals und Fräulein Webers stührendes Märchen namentlich erwähnt.

Im Thalia-Theater hat das „Wiener Kunst-Theater“ sein vorläufig auf vierzehn Tage berechnetes Gastspiel mit Ludwig Angenraders Gouvernante „Doppelselbstmord“ eröffnet. Dies Unternehmen ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Einmal, weil es vorwiegend in den Dienst der dramatischen Muse des unbestritten größten Volksdichters Oesterreichs gestellt ist; und zweitens um Karl Langkammer, seines künstlerischen Leiters willen, dem ein bedeutender Ruf als eminenten Bühnenpraktiker vorausgeht. Was sofort bei der Aufführung dieser nicht gar tief schürfenden und silberhell gefalteten nichts desto

in Baden nicht. Der eine von ihnen war vielmehr überzeugt, daß damit — mit dem Toleranzantrag — und der Befugnis der Erziehungsberechtigten, sich für oder gegen den Religionsunterricht zu erklären — „allem vorgebeugt wäre“, nämlich aller pfläffischen und amtlichen Intoleranz. (83. Sitzung, Protokoll Seite 3461.) Nicht weiter blickte sein Kollege nach dem Protokoll der 83. Sitzung, Seite 3472: „Die religiöse Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten entscheidet“ in der Schulfrage. Beide Auffassungen der badischen Diskursen decken sich; sie sind völlig unzutreffend. Wäre der Antrag Gesetz, so liegt das Entscheidende nicht in der „Ueberzeugung“, sondern in der kommunalen, politischen, insbesondere ökonomischen Stellung und Abhängigkeit der Erziehungsberechtigten.

Da aber die Mehrzahl aller Menschen sich in wirtschaftlicher oder moralischer Not, in Mangel und Abhängigkeit aller Art befindet, so muß ein derartiger Antrag oder ein solches Gesetz für die ungeheure Volksmehrheit unwirksam und zwecklos bleiben; ebenso wie die simultane oder rein paritätische Schule der Gewissensfreiheit und der religiösen Ueberzeugung der Eltern nicht zum Siege verhelfen können. — Die wahre Duldsamkeit, die höchste und ideale Toleranz liegt eben in dem verleugneten Grundsatze der Weltlichkeit; denn er umschließt mit unfehlbarer Wirkung alle, ohne jede Kleinlichkeit, ohne jedes Markten, alle ohne Unterschied ihrer Klassenzugehörigkeit.

Der kritisierte Toleranzantrag steht tatsächlich inhaltlich nicht hoch; aber politisch tiefer befindet sich noch eine sozialdemokratische Aeußerung aus der 83. Sitzung, Protokoll Seite 3465. Damit beteuert ein führender Mann: daß die Schüler nicht gezwungen werden sollen, den Religionsunterricht zu besuchen, wenn die Eltern geeigneten Ersatz nachweisen. „Das ist im Prinzip genau die Forderung, die wir hier in Baden jetzt für die Volksschule durchsetzen wollen.“

Kurz, gegenüber dem alten unzulänglichen Toleranzantrag ist diese neue Weisheit von dem „geeigneten Ersatz“ direkt inkonsequent, unlogisch und reaktionär. Das kommt davon, wenn man sich scheut, grundsätzliche Schulpolitik zu machen.

Der sogenannte Toleranzantrag wurde schließlich abgelehnt und der vorher erwähnte Dissidentenantrag stark verfaulterte, gesetzliche Bestimmung, von der eine winzige Minderheit profitieren soll. Wohl, eine positive, ja eine kolossale Leistung der spezifisch badischen Schulpolitik.

Eine „gelbe“ Reichskonferenz.

Etwa 200 Delegierte aller gelben Organisationen, die sich befaßten bald „vaterländisch“, bald „national“ oder „reichstreu“, bald „Berbervereine“ oder wohl noch anders nennen, traten am Sonntag, den 18. Oktober, in Magdeburg zu einer sogenannten Verständigungskonferenz zusammen. Einberufen war der Konferenzauschuß der Magdeburger nationalen Arbeitervereine, in dem Vertreter von zwölf dieser Organisationen des Arbeiterberrats saßen. Auch zwei evangelische Arbeitervereine waren dabei beteiligt, obwohl der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine dagegen Einspruch erhoben hatte. Die beiden dissentierenden Vereine begründeten ihr Verhalten mit lokalen Gründen. Alleine könnten sie keine politische Rolle spielen und im Kampfe gegen die Sozialdemokratie mitwirken.

Am Sonnabend fand zunächst ein Begrüßungskommers statt, auf dem ungezählte Ansprachen gehalten wurden.

Der Magdeburger Polizeipräsident

6. Alken erinnerte an die kaiserliche Botschaft von 1881 und sprach von den unerfüllbaren Forderungen der Sozialdemokratie. Der

Oberpräsident der Provinz Sachsen

gab seiner Ueberzeugung über die große Zahl der Delegierten Ausdruck. Er erkenne an, daß die Bestrebungen der Arbeiter zur Hebung ihres Standes berechtigt seien, und er begreife es, daß sie das Hand in Hand mit den Unternehmern tun wollten. Für den Arbeiterstand werde und müsse weiter gesorgt werden, aber so leicht sei das nicht. Was in seinen Kräften stehe, werde er tun, um die nationale Arbeiterbewegung zu fördern. Zur Einigkeit maßten

weniger doch an köstlichen Schönheiten reichen Pöffe wohlthuend auffällt, ist die Kätheit des Vauerntums. Bei allem Realismus, der keinerlei Netoude erfährt, ihrer freilich auch nicht bedingt, treten gerade die verborgenen poetischen Werte voll in ihre Erscheinung. Ueberall verrät sich eine meisterhafte Inszenierungslust. Trefflich gelang der zweite Akt. Ein besonderes Glanzstück war das Reichstheater-Quartett. Es steht nicht bei Angenrader. Was er einer Person in den Mund gelegt, hat Langkammer hier so ungemein komisch wie dramatisch wirksam drei Dörflerinnen zugeteilt. Im Ensemble treten meist gute Typen hervor. Unter den Hauptdarstellern stehen Joseph Pelza als Quaderer und Karl Heinrich (Sentner) voran. Philippine Thienel wird der Agel ganz gewiß gerecht; ein Weniger an aufgetragener Einfaltigkeit wäre freilich mehr. Rudolf Friedl (Jangl) soll nicht vergessen sein. Erfreulich war vor allem, daß das satirische Element in der Darstellung sich der drastischen Komik gefielte.

Notizen.

— Kurd Sahwiy ist am Montag im Alter von 62 Jahren in Göttingen gestorben, wo er lange Jahre als Gymnasialprofessor tätig war. Als Darsteller der kantischen Ideen über Raum und Zeit, als Geschichtsschreiber der Lehre von den Atomen, als Biograph und Herausgeber des ihm wesenverwandten Naturphilosophen Hegner, der in seiner „Kanna“ die Besetzung der Pflanze gelehrt hatte, ist er nicht allzuweit bekannt geworden. Aber als eine Art deutscher Jules Verne hat er in weiteren Kreise gewirkt. Seine naturwissenschaftlich-technischen Romane und Märchen, in denen er läßt weiterbaute auf der Basis des Erreichten, als Abner des Künstigen, gewähren einen tiefen Einblick in Reiche der Möglichkeiten, die er als Forscher und Dichter zugleich erschloß. Längst hätten wir unsere Leser mit Sahwiy's „Wald-Erde-Roman“ auf zwei Planeten bekannt machen wollen, in der die Eroberung und Zivilisierung der Erde durch die fortgeschrittenen Marsbewohner geschildert wird. Aber uns unbekannt gebliebene Verleger oder Autorenbedenken verhinderten unser Vorhaben, das sicherlich Sahwiy die dankbarsten und verständnisvollsten Leser zugeführt hätte.

— Vorträge. Anleitung zum Betrachten von Bildern ist das Thema eines Vortragsabends, den Professor P. Schüring am Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Schiller-Saal, Charlottenburg, beginnt. — Ueber Wetter und Weltgeschichte spricht Dr. Hennig im „Verein von Freunden der Treptow-Stenwarte“ am Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr. Vor und nach dem Vortrag wird der Saturn beobachtet.

— Eine französische Gemäldeausstellung, besonders von Meistern des 18. Jahrhunderts, wurde in Leipzig eröffnet.

der Amtsgerichtsrat Lewin, ein Pastor und der Rechtsanwält Viktorius, wozu, wie die Konferenzverhandlungen lehren sollten, auch reichlich Ursache vorlag. Ein Hamburger Delegierter sprach über den Werksarbeiterstreik und stellte dabei die Behauptung auf — die gerne in die Presse kommen, weil er sie angeblich beweisen könne —, daß bei der Beschäftigung über den Streik von einzelnen abstimmen Arbeiter nicht nur einer, sondern eine ganze Anzahl Stimmzettel abgegeben worden sei. (1)

Dann schied man an Wilhelm II. den „Arbeiterkaiser“, ein Telegramm, das mit den präherlichen Worten begann:

In Magdeburg war Feindeshochmut groß —
In Magdeburg ward ihm der erste Stoß!

Der Zutritt zu der eigentlichen Konferenz am Sonntag wurde nur ausserlichen Leuten gestattet. Man hatte die strengsten Maßregeln getroffen, um zu verhindern, daß Sozialdemokraten oder gar ein sozialdemokratischer Pressevertreter Zutritt erhielten. Nach einer herzlich schlichten Begrüßung des schon recht alten Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins Magdeburg Sie m s nahm der

Regierungspräsident v. Nostitz

das Wort. Es sei sonst sein Grundgesetz, sich am Sonntag morgen von aller Arbeit fernzuhalten. Aber davon sei er heute gern abgewichen, weil es sich um ein Volk wohlgefälliges Werk handele, das die Herren Delegierten vorhätten. Er hoffe, manches mitnehmen zu können, was er am Arbeitstisch gebrauchen könne.

Nach dem obligaten Kaiserhoch folgte dann ein Vortrag des Schlossers Max Warnede vom Arbeiterverein des Krupp-Grusonwerkes über „Die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Ziele“. Er führte etwa aus: Wenig unser herrliches deutsches Reich auch manche und große Fortschritte zu verzeichnen hat, so doch auch einen schweren Rückschritt, nämlich in dem Entziehen der freien Gewerkschaften. Wenn wir bedenken, wie durch diese Gewerkschaften den Arbeitern das Koalitionsrecht eingeschränkt und die Industrie gebremst wird, dann müssen wir uns fragen, was ist dagegen zu tun? Wir wissen genau, daß und verschiedene nationale Arbeitervereine nicht bekannt sind. Einer weiß vom anderen nichts und in den verschiedenen Vereinen herrschen die verschiedensten Ansichten, obwohl wir alle auf vaterländischem Boden stehen. Als uns zur Gewissheit wurde, daß alle Vorschläge in Zeitungen und Briefen nichts Ersprießliches bringen, entschlossen wir uns zu dieser Konferenz, um durch eine Aussprache den Weg der Verständigung und die Basis zu finden, auf der alle nationalen Arbeitervereine, ob christlich-sozial, ob evangelisch oder sonst was, sich zusammenschließen könnten. Ich schlage vor:

„Alle nationalen Berl. und Arbeitervereine schließen sich in den größeren Städten bzw. Bezirken zu Ausschüssen zusammen. Diese Ausschüsse unterstehen der Leitung eines Hauptausschusses. Dieser Hauptausschuss wird gebildet aus den Vorstandsmitgliedern der angeschlossenen Verbände, Arbeitervereinsvereinigungen, Schriftst. usw., welche ihre Mitarbeit erklärt haben. Jeder Verband usw. kann auf je 5000 Mitglieder ein Vorstandsmitglied in den Hauptausschuss beordern.

Die Aufgaben dieser Haupt- und Unterausschüsse sind folgende: 1. Statistiken über die gesamte nationale Arbeiterbewegung aufzunehmen; 2. Stellung zu nehmen zu a) allen Arbeiterschicksalen, b) Streiks und Aussperrungen, c) allen Arbeiterwahlen; 3. durch Zusammenfassung der nationalen Arbeiter gegen gewerkschaftlichen Terror zu schützen; 4. die Interessen der Arbeiter zu vertreten a) in den Gemeinden, b) in den einzelnen Landtagen, c) im Reichstage; 5. zu diesem Zweck bei allen diesen Wahlen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen, wenn sie mit den von den Ausschüssen aufgestellten Zielen sich einverstanden erklären; 6. sollte dies letztere nicht der Fall sein, besondere Kandidaten aufzustellen; 7. Mittelungen herauszugeben, die alle angeschlossenen Verbände und Vereinigungen sowie deren Fachblätter und Zeitungen von dem jeweiligen Stand unserer Bewegung unterrichten.

Wir müssen zu allen Dingen geschlossenen Stellung nehmen wie die freien Gewerkschaften. Dabei ist nicht nötig, daß wir und strengen gewerkschaftlichen Bestimmungen unterwerfen. Auch auf lofer Basis läßt sich etwas erreichen und das ist vor allen Dingen kostlos. Der Hauptzweck ist, daß wir eine größere Stützkraft bekommen. Jeder Verein soll seine Selbstständigkeit behalten. Der Ausschuss nimmt sich nicht das Recht, in die wirtschaftlichen Interessen der Vereine einzugreifen. Er soll nur allgemeine Fragen erörtern. Ich ersuche Sie, in allen Städten solche Ausschüsse zu bilden, besonders dort, wo die sozialdemokratische Gegnerschaft die nationalen Vereine zu erschüttern droht.

Vorsitzender Hoffmeister teilt mit, daß am Tage vorher der Bund deutscher Werkvereine gegründet worden sei. Ein Delegierter aus dem Saarrevier verliest unter allgemeiner Anruhe eine lange Rede mit dem Schlußrefrain, daß auch die christlichen Gewerkschaften so beurteilt werden müßten, wie die toten.

Unter allseitiger Zustimmung verlangen mehrere Delegierte Auskunft über den neuen Werkereinsbund und seine Ziele. Vorsitzender Hoffmeister: Die Werkvereine haben sich zusammenschlossen, weil sie besondere Interessen haben. (Widerspruch.) In allgemeinen Fragen will der neue Bund mit den anderen Verbänden Hand in Hand gehen.

Bahland-Berlin (Stemens-Schneiderwerke): Wir haben uns anfangs gegen die Einladung zu der Konferenz ablehnend verhalten. Unsere drei Zeitungen, der „Bund“, die „Wahr“ und die „Deutsche Revue“ liegen sich täglich in den Haaren. (Anruhe.) Wenn die Presse nicht einig ist, werden wir auch nicht einig werden. Auf uns Berliner wird immer herum gelaßt. (Wärm.) Wir sind aber eben so patriotisch wie Sie. Solche begeisterte Versammlungen wie am gestrigen Abend hier können wir in Berlin nicht machen. Es ist ein Wunder, daß wir soweit, wie geschah, Fuß fassen konnten, denn in Berlin ist alles rot. Was uns der Referent vorschlägt, das können und dürfen wir heute noch nicht in Berlin tun. Die Furcht nach außen läßt das nicht zu. Sonst sind wir mit allem einverstanden, nur wollen wir nicht so offen hervortreten.

Hilwig-Rannheim will „Einigung um jeden Preis“, während Wadonius-Saarhau die Bildung eines ständigen Konferenzausschusses vorschlägt.

Ermerz-Berlin: Ich kann alle die Ansichten nicht teilen. Wenn ich mich verheiraten will, dann muß ich erst meine Ehehälfte kennen lernen. Das Programm ist die geistige Gründung des Werkereinsbundes nicht vor. Ich will nicht sagen, daß ich dagegen bin. Wir vom Bunde vaterländischer Arbeitervereine haben aber eine engere Verbindung nicht nötig, eher sogar Nachteil davon. Was soll aus dem Gebilde, das Sie schaffen wollen, in der Zukunft werden? Wenn wir nichts wissen über den Werkereinsbund, können Sie uns es nicht übel nehmen, daß wir eine abwartende Stellung einnehmen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß uns, wenn wir unsere politischen Ziele erreichen, die wirtschaftlichen von selbst in den Schoß fallen. Wenn die Werkvereine dasselbe wollen wie wir, dann sehe ich auch nicht ein, warum gestern die Gründung vorgenommen wurde. Ehe wir mit dem neuen Bunde zusammengehen, müssen wir wissen, was er will. (Demonstrativer Beifall bei den „Nationalen“.)

Bähler-Berlin: Wir Werkereinsvereine wollen zunächst unsere wirtschaftlichen Interessen pflegen und die politischen nicht außer acht lassen. Es ist umgekehrt dasselbe, was Herr Ermerz will, und im Erfolg ganz dasselbe. Er hat uns ja eine gewisse Abfolge gegeben. Wenn wir denn auch getrennt marschieren, so müssen wir doch vereint schlagen. Wir waren auch gestern bei der Gründung nicht ganz einig, denn wir Berliner nehmen ja einen wesentlich anderen Standpunkt ein, weil wir den Streik immer noch als legitimes Mittel betrachten. Aber dadurch, daß wir und die Unternehmer und mit Vertrauen entgegenkommen, haben wir den Boden des Klassenkampfes verlassen und wir empfinden es als Scham, wenn wir uns von Cohen und Genossen führen oder von Adolf Hoffmann die Gebote vorschreiben lassen sollen. Legen Sie uns die „Richtschnur nicht zu stramm auf den Leib“ (2), sonst können wir sie nicht tragen!

Da ein Anruf der Versammlung wächst, wird schließlich eine Kommission zur Vorbereitung der Einigungsfrage

gewählt. Ueber den Vorsitzenden entstehen Auseinandersetzungen. Ermerz schlägt den Baron v. Reibnitz vor, während die Werkereinsvereine Warnede vorschlagen. Obwohl die Gegenseite ihn als nicht unparteiisch bezeichnen, wird Warnede mit 74 gegen 61 Stimmen gewählt.

Es folgt nun zunächst ein Referat des Vorsitzenden des gelben Badergesellenbundes, Wischnowski, über „Das Koalitionsrecht und der Schutz der Arbeitswilligen“. Er zitiert über den „sozialdemokratischen Terrorismus“ und verlangt, wenn das Recht, zu streiken, beziehe, auch die Anerkennung des Rechts, zu arbeiten. Wie komme die Regierung dazu, den Arbeiter, der arbeiten will, schuldlos zu lassen? Redner tist die unsinnigen Behauptungen über die Sozialdemokratie auf, was ihm offenbar um so leichter gelingt, als er vom Wissen nicht allzu sehr beschränkt scheint. Verlässliche Arbeitsmethode nennt er Brutalität der Sozialdemokratie. Die Schmutzereien in den Bädereien würden meistens von den Genossen angerührt und dann den Meistern in die Schuhe geschoben, um diese boykottieren zu können. Alle Modifikationen liegen auf die Verstaffung der Betriebe, die Ausmerzung der Kleinbetriebe und die Ausmerzung des zufriedenen Mannes hinaus. Die gelben Badergesellen seien um 100 Proz. intelligenter als die freien, weil sie in die Zukunft zu schauen vermöchten. Sie besäßen auch vielmehr Mut und Rückgrat als ihre Gegner. Viele hunderttausende Zwangssozialdemokraten würden aufstehen, wenn die nationalen Arbeitervereine sie aus ihrem Gefängnis befreiten. An die Regierung müsse ein scharfer Appell gerichtet werden. Petitionen der gelben Bäder seien einfach in den Papierkorb gewandert. Als er, Redner, an die Spitze des gelben Baderbundes getreten sei, habe er 43 Drohbriefe (1) erhalten; sogar mit Totschlag sei er bedroht worden. Die Regierung müsse er sucht werden — bitten sei nicht genug —, um dringenden Schutz der Arbeitswilligen und gegen den Unfug des Boykotts. Man tue nichts am grünen Tisch; es scheine, als fürchte man sich auch dort schon.

Hoyer-Berlin fand den Mut, allen sozialdemokratischen Redakteuren die Ehre abzuspochen. Von der Regierung müsse man verlangen, daß sie den Staatsbürger schütze und nicht bloß bitten und ersuchen. Die nationalen Arbeiter seien jederzeit bereit, ihr Herzblut für ihre Ideale hinzugeben. (1) Er beantragt eine Resolution, in der die Vertreter von angeblich über 100 000 nationalen Arbeitern „auf das schärfste protestieren gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts und gegen das Boykottwesen und weiter geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen verlangen, insbesondere auch ein Verbot des Streikpostenstehens, das gerade in erster Linie den Anstoß zum Koalitionszwang gebe.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Dann folgte man die Diskussion weiter fort! Es ist daraus noch zu ersehen, daß ein Delegierter mehr Entgegenkommen der Arbeitgeber verlangte, ein anderer dagegen meinte, man solle sich selber helfen und nicht jeden Augenblick nach der Polizei rufen.

Ueber „staatliche und private Fürsorge“ sprach dann Rupp-Wöllingen. Er pries die Wohlfahrtsvereinigungen der Unternehmner und hob diese selbst in den Himmel, weil sie uneigennützig freiwillig ungezählte Millionen für das Wohlergehen der Arbeiter geopfert hätten. Es sei Lüge und Schwindel, daß die Abhängigkeit der Arbeiter durch die Wohlfahrtsvereinigungen gefördert werde. Sogar die ideale Kruppische Sparlotterie hätten die mit Blindheit geschlagenen Arbeiter befangen! Auch um die staatliche Sozialpolitik hätten die Unternehmer große Verdienste. Dankbar müsse man besonders dem verstorbenen Freiherrn v. Stumm gedenken. An den Versicherungsgeheimen und auch anderen sozialen Gesetzen hatte der Redner besonders auszusetzen, daß durch sie der Einfluß der Sozialdemokratie vergrößert wird. Der sozialdemokratischen Herrschaft in den Krankenkassen werde die Reichsversicherungsordnung hoffentlich ein Ende bereiten. Einige soziale Gesetze müten wie Dampfwalzen an, wie z. B. das über die Sicherheitsmänner im Bergbau. Man habe nicht zu verhindern gewußt, daß die Gewerkschaften durch eine wüste Agitation das Gesetz ihren Zwecken dienstbar gemacht hätten.

So besprach der Redner noch weitere soziale Gesetze und kam schließlich zu dem Schluß, daß man sich hüten solle, dem Staat noch weitere Lasten auf der sozialen Gesetzgebung aufzubürden. Dadurch leide die Industrie und werde zurückgedrängt infolge der nicht mehr erschwirlichen Kosten, die sie dazu beizutragen habe. Trotzdem wolle er sich nicht gegen die Sozialreform wenden (1), sondern nur zur Vorsicht raten.

Inzwischen war die Kommission wieder erschienen. Den Bericht erstattete

Warnede: Mit tiefem Bedauern muß ich mitteilen, daß die Einigung nicht zustande gekommen

ist zwischen dem Werkereinsbund und dem Bunde vaterländischer Arbeitervereine, obwohl ziemlich festgesetzt war, daß die Interessen ziemlich gleiche sind und obwohl beide Teile auch geneigt waren zur Bildung eines Ausschusses. Die Einigung scheiterte an der Frage: wer übernimmt die Führung? (Anruhe.) In der Kommission legte Ermerz eine vorher gelagte Resolution vor, daß die vaterländischen nicht einverstanden seien, wenn ihnen nicht die Führung zulege. Ich bedaure, wenn die Einigung an einer Nachtfrage scheitern soll. Wir haben auch vergeblich versucht, das, was sich nicht genau bestimmen läßt, auf einige Zeit hinauszuschieben, um die Entscheidung dieser Fragen in etwa zwei Monaten durch den Hauptausschuss vorbereiten zu lassen.

Hilwig beantragt zu beschließen, daß die nationalen Arbeitervereine in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen und den Kampf in der Presse vermeiden sollen, ferner ein Kartell nationaler und Werkereinsvereine zu gründen zur Lösung der gemeinschaftlichen Fragen, das bis zur nächsten Konferenz die Leitung vorzuschlagen hat. An persönlichen Fragen dürfe die Einigung nicht scheitern.

Wischnowski schlägt vor, eine neue Kommission zu wählen. (Widerspruch.)

König: Als Werkereinsbund haben wir besonders unseren wirtschaftlichen Standpunkt betont und nur nebenher unseren minimal politischen. Diesen Standpunkt können wir auch nicht aufgeben. Unseren Vorschlag, daß die stärkste Organisation die Leitung übernimmt, hat man abgelehnt und verlangt, daß die Älteste die Leitung bekomme. Da machen wir unter keinen Umständen mit. Als Ermerz seinen Standpunkt aufrecht erhielt, haben wir die Kommission verlassen. (Wärmende Zustimmung.)

Hef-Essen beantragt, im Antrag Hilwig nicht zu sagen Kartell, sondern Hauptausschuss. Ermerz: Ich erkläre, daß wir auf unserer heute morgen gestrichen Resolution bestehen bleiben. (Anruhe, Zustimmung.) Hilwig ist nicht befugt, einen anderen Vorschlag zu machen. Wir lehnen ihn rundweg ab. (Wärm.)

Es folgt die Abstimmung. Die Mehrheit, die aus Werkereinsvereinen besteht, erhebt sich für den Antrag Hilwig mit der Forderung „Hauptausschuss“. (Händeklatschen und Beifall.)

Ein Delegierter verlangt die Wegeprobe. Es erhebt sich aber niemand, weil der Vorsitzende sie mit folgenden Worten verlangt:

„Wer es fertig bringt, dagegen zu stimmen, soll sich erheben.“

Zusolgedessen wird die einstimmige Annahme der Resolution konstatiert, worauf die „vaterländischen“ Delegierten zum großen Teil ihre Plätze verlassen.

Es wird dann beschlossen, daß der neu eingefetzte Hauptausschuss seinen Sitz in Magdeburg haben und die nächste Konferenz am 11. Dezember wiederum in Magdeburg stattfinden soll.

Am „Verschiedenen“ erhält das Wort

Baron v. Reibnitz: Das wichtigste ist nicht die Form, sondern der Geist. Ich verstehe sehr wohl meines Freundes Ermerz Standpunkt. Ich denke aber, daß er ihn noch aufgeben wird. Heute, wo parteipolitisch ein Durcheinander herrscht, wo die Sozialdemokratie beginnt, an ihre Kräfte zu kommen, ist Einigkeit dringend nötig. Ich bitte Sie, eine Resolution zu fassen, daß die Entwid-

lung der nationalen Arbeiterbewegung steht und fällt mit der Größe und der Macht des deutschen Reiches.

Einer solchen Resolution wird nach einigen Schwierigkeiten, sie richtig abzufassen, zugestimmt.

Nachdem noch ein Hamburger Seemann mitgeteilt hat, daß 2200 Hamburger Seeleute sich zusammengefunden haben, um in nächster Zeit einen nationalen Bund zu gründen, wird die in jeder Beziehung „erhebende“ Konferenz mit einem Hoch auf die gelbe „Arbeiterbewegung“ geschlossen.

Sechster österreichischer Gewerkschaftskongreß.

Telegraphischer Bericht.

Wien, 17. Oktober 1910.

Im großen Saale des ältesten der Wiener Arbeiterheime des Fabrikanten Arbeiterheime, trat heute morgen der 6. österreichische Gewerkschaftskongreß zusammen. Noch nie war ein österreichischer Gewerkschaftskongreß so stark besucht wie dieser, der in eine Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung des vielsprachigen Staates fällt. 430 Delegierte, 100 mehr als auf dem letzten vor drei Jahren abgehaltenen Kongreß sind anwesend; sie vertreten weit über 400 000 Arbeiter deutscher, tschechischer, polnischer, italienischer, slowenischer, russischer und rumänischer Nationalität. 140 000 tschechische Arbeiter gehören den Zentralverbänden an.

Als Gäste nehmen an den Verhandlungen teil: Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureaus Huns-mans-Brüssel, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Reichstagsabg. Genosse G. Regien; in Vertretung des sozialdemokratischen Verbandes im österreichischen Abgeordnetenhaus Dr. Adler, Seib und Dr. Diamand-Remberg, für die Parteivertretung der deutschösterreichischen Sozialdemokratie Neumann und Scharf; für die niederösterreichische sozialdemokratische Landesorganisation Dreischneider und Fölzger; für die ungarische Gewerkschaftszentrale die Genossen Jaszai und Tarsai-Budapest und für den Landesverband der Arbeiterorganisationen Bosniens Genosse Rauscher-Serajewo.

Ramens der Gewerkschaftskommission eröffnet ihr Sekretär Genosse Hueber den Kongreß mit einer Ansprache, in der er erklärt: „In einer ungemein kurzen Zeit tritt der Kongreß zu seinen bedeutungsvollen Beratungen zusammen; in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not und des inneren Konfliktes in den Gewerkschaften nehmen wir unsere Beratungen auf und hoffen, daß sie den Interessen des Proletariats nützlich sein werden. Zum ersten Male, seitdem es eine moderne Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich gibt, steht auf einem Gewerkschaftskongreß ein Vertreter der Gewerkschaftskommission in Prag, und schon das ist ein Zeichen des schweren und bedauerlichen Konflikts, in dem wir uns befinden. Ein großer Teil unserer tschechischen Freunde und Genossen sind der Meinung, durch die Zerstückelung der Gewerkschaften das Heil ihrer Partei begründen zu können. Wir sind der Meinung, daß der Aufstieg der gesamten österreichischen Arbeiterklasse nur durch machtvolle Kampforganisationen der österreichischen Arbeiterbewegung gesichert werden kann, daß nur einheitliche Organisationen die immer schwerer werdenden Kämpfe gegen das Unternehmertum, das sich ohne Unterschied der Nation organisiert, bestehen können. (Lebhafte Zustimmung.) Redner begrüßt hierauf die Gäste und besonders den Genossen Dr. Viktor Adler, dem wir, so fährt Hueber fort, gegenüber den beherrschten und ungeehrten Angriffen, denen ihn die tschechische Parteipresse aussetzt, unsere Verehrung aussprechen. (Stürmischer Beifall.)

Bevor der Kongreß in seine Verhandlungen eintritt, wird eine scharfe

Resolution gegen die Teuerung

und gegen die Untätigkeit der Regierung vorgelegt, die Hueber mit folgenden Worten begründet hatte: Kein Arbeiter würde es verstehen, wenn wir nicht in der ersten Stunde unseres gemeinsamen Stellung nehmen würden in dem Kampf des gesamten arbeitenden Volkes gegen die Teuerung und insbesondere die Preisnot. Es scheint, daß die Herren da oben die Wohnungen des Volkes, die auf der Straße im ganzen Reiche laut geworden sind, nicht verstehen wollen. Sie meinen vielleicht, mit jenen Demonstrationen sei es schon abgetan. Die Faktoren da oben können sich aber irren! Es würde dahin kommen, daß das Volk in Oesterreich noch etwas deutlicher sprechen würde als bis zur Stunde und das sei als Warnung hinaufgesetzt, nicht die Geduld des Volkes allzu lang in Anspruch zu nehmen! (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution wird darauf einstimmig angenommen. Der Kongreß konstituiert sich nun. Zu Vorsitzenden werden gewählt Beer und Danusch-Wien, Jura-Brünn, Julawski-Aralan und Oliva-Triest.

Hueber: Wir haben vorher Adler unser Vertrauen ausgedrückt. Wir wollen aber auch jenen haben Männern aus Schweden und Mähren, die von der tschecho-slavischen Sozialdemokratie ungerade und brutal aus der Partei hinausgestoßen wurden wegen ihres Festhaltens an ihrer zentralistischen Ueberzeugung. Gemütigung geben, indem wir sie herzlich willkommen heißen als Brüder in der Internationale. (Stürmischer Beifall.)

Es folgen nun die

Begrüßungsansprachen.

Huns-mans (Internationales Sozialistisches Bureau): Die Mitglieder des Internationalen Bureaus sind sehr höfliche Leute, wie Sie ja auch. (Heiterkeit.) Ich bin deshalb Ihrer Einladung gefolgt und bin nach Wien gereist über Prag. Ich begrüße Sie herzlich im Namen meiner hohen Auftraggeber, die mir gesagt haben: Oesterreich scheint ein Balkanstaat werden zu wollen, gelte hin und gude! (Heiterkeit.) Du bist ein unverbesserlicher Optimist und ganz unlegbar ein Friedensapostel. (Heiterkeit.) ... Wir wissen nicht, ob die Einigung im Sinne des Kopenhagener Beschlusses angestrebt werden wird und ob von beiden Seiten, aber wenn ja, dann gull! (Heiterkeit und Beifall.) Ich bin also herumgegangen und habe herumgefragt, und ich bin endlich überzeugt, daß wenn nicht neuer Konfliktstoff geschaffen wird und wenn keine allzu heftigen Worte fallen, in Friedensverhandlungen eingetreten werden kann, und ich bin überzeugt, daß unser großer Friedensstifter Adler die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Nationen in Oesterreich erhalten wird und erhalten wird. Das wünschen alle unsere ausländischen Genossen ohne Ausnahme im Sinne der internationalen Solidarität, in deren Namen ich Sie begrüße und Ihrem Kongreß die besten Ergebnisse wünsche. (Großer Beifall.)

Adler (mit brausendem Beifall begrüßt): Im Auftrage des Vorstandes des Verbandes der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten begrüße ich Sie auf das herzlichste. Das Verhältnis der Gewerkschaft zur Parlamentarisation ist durchaus einfach: Die Abgeordneten betrachten sich nicht nur als die Vertretungsmänner der sozialdemokratischen Partei, sondern auch als Funktionäre und als das parlamentarische Organ der österreichischen Gewerkschaften. (Beifall.) Die eine Funktion ist so wichtig wie die andere, die eine Funktion ergänzt die andere und in den meisten Dingen sind beide identisch. — Beim Zusammentritt dieses Kongresses, schon in den ersten Worten, haben sich Aussichten eröffnet, die durchaus erfreulich sind. Wir aber wissen, daß es noch keinen Gewerkschaftskongreß gegeben hat, der in so kurzer Zeit zusammengetreten ist. Die augenblickliche, so schwierige Situation ist eine Folge der außerordentlichen und mannigfachen Verurteilungen, die die nationalen Wirren dieses Landes dem Proletariat bringen. — Redner bespricht dann die vielen Vorzüge, die die Reichstagsfraktion gemacht hat, um die sozialpolitische Gesetzgebung vorwärts zu bringen und den Widerstand, dem die Abgeordneten auf allen Wegen begegnen; besonders gefährlich ist die passive Resistenz des Herrenhauses. Die Sozialpolitik in Oesterreich, die eine Zeitlang vorbildlich war und lange im Ausland ziemlichen Auf hatte, droht jetzt reaktionär zu werden. Die stärkste Waffe, die wir haben, um den Arbeiterschutz zu vergrößern, ist die Einheit der Arbeiter selbst. Alle die Geset-

entwürfe, die wir zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, zur Herabsetzung der Arbeitszeit usw. eingebracht haben, werden wir nur mit größter Anstrengung fördern und nur durchsetzen können, wenn nicht nur die politischen Organisationen hinter uns stehen, sondern nur, wenn auch die Gewerkschaften in der Lage sind, uns tatkräftig zu unterstützen. (Lebhafte Beifall.) — Ich will nun auch im Namen der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs einige Worte sagen: Was wir leisten konnten, wurde uns zu jeder Zeit, in jeder Bewegung vom ersten Moment an ermöglicht durch die wachsende Kraft der Gewerkschaften. Schlecht wäre es, wenn wir glauben, von der Schwäche unserer Gegner leben zu können. Unsere Gegner haben von uns gelernt, das Unternehmertum hat sich konsolidiert und es ist durch die wirtschaftliche Entwicklung kräftig geworden. Wie sehen das Unternehmertum nicht nur als eine gewalttätige Macht, sondern als bewußt einseitlich und geschlossen gegen die Arbeiterschaft operierende Macht. Wir müssen also unsere Pflicht tun nach außen; ich darf es aber auch sagen und Sie fühlen es alle hier, daß wir nicht nur die äußeren Feinde zu fürchten haben. Mit den Feinden des Proletariats wird das Proletariat fertig werden. Alle Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung sind mit uns, und die Kraft des österreichischen Proletariats wird im Kampfe täglich wachsen. Aus dem Kampfe mit den Gegnern ziehen wir unsere Kraft. Wir haben aber nicht nur unsere Gegner zu bekämpfen, sondern auch unsere eigenen Schwächen und darum sage ich es, daß die Gewerkschaftsbewegung, die der Ausgangspunkt des österreichischen Proletariats ist, von schwerer Gefahr bedroht wird. Sie werden von mir nicht heftige Worte der Verurteilung erwarten. Ich habe niemals, so lange ich in der Partei stehe, in der Verurteilung von Freunden und in der Erregung gegen Freunde etwas Günstiges erblickt. Wenn es aber sein muß, dann muß auch der Kampf gegen Freunde geführt werden. Aber darüber vergessen wir niemals, daß wir alle zum gleichen Ziele gelangen wollen (Beifall), daß wir die Zersplitterung bekämpfen, aber sie bekämpfen, um zur Einheit zu kommen. Diese Einheit ist uns wirklich notwendig. All das Leid, von dem wir sprechen, entspringt aus unseren nationalen Verschiedenheiten. Wir wissen, daß das tschechische Volk am meisten von allen Völkern unter Oesterreich gelitten hat, und daß das tschechische Volk der eigentliche Märtyrer Oesterreichs ist. Aber das ist keine Entschuldigung. Lassen Sie mich immerhin hoffen, daß das Werk, das begonnen wurde und das angeregt wurde von der ganzen Internationale, die sozialdemokratische Partei stärken wird, daß sie noch besser als bisher an ihren Aufgaben schaffen kann. Wir müssen hören, was man eigentlich will, wie weit man sich abspalten möchte und welche Notwendigkeit und welche Möglichkeit man für die drohende Zersplitterung der Partei glaubt anzuführen zu müssen. Die gesamte Internationale will uns mit ganzer Kraft unterstützen, um eine Verständigung zu erlangen. Hoffen wir, daß dieser Kongreß das Werk fördern wird. Wenn auch die Herzen von Bitterkeit erfüllt sind, so soll er doch die Verständigung nicht hindern, sondern vorbereiten. Möge er den Weg zeigen, um die gewerkschaftliche Einheit und die gewerkschaftliche Stärke gegenüber dem Ausbeutertum zu kräftigen. Führen wir den Kampf gegen diejenigen, die aus welchen Gründen immer die gewerkschaftliche Aktion beeinträchtigen. Kampf, wenn es sein muß, wenn Sie nicht anders können, aber ein Kampf unter jenen Formen und Bedingungen, die den Frieden berechtigen. Zum Frieden, zur Einheit und zur Kräftigung der Gewerkschaften soll dieser Kongreß beitragen, dem die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs den besten Erfolg wünscht. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Für die ungarische Gewerkschaftszentrale überbringt Jozsa Budapest, für die bosnische Arbeiterbewegung Kauscher Sarajewo herzliche Grüße. Beide Redner versichern, daß ein Streik der Tod ihrer Gewerkschaften sein würde.

Dann tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein.

Haus der Partei.

Eine erwünschte „Invasion“.

New York, 3. Oktober. Wiederholt wurde in Parteilreisen Klage geführt über die Vernachlässigung der Agitation unter den in den Vereinigten Staaten lebenden Arbeitern deutscher Junge. Die Verdrängung dieser Klagen veranlaßte den amerikanischen Parteivorstand, sich an verschiedene parteigenössliche Parlamentarier in Deutschland zu wenden, um Zwecke einer Agitationstour durch die Vereinigten Staaten. Von den Befragten sagte Genosse Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht zu, und in den nächsten Tagen schon wird er in New York eintreffen. (Mit inzwischen am 9. Oktober geschähen. D. Red.) Für seine auf vier Wochen (bis zu den Wahlen) berechnete Tour durch die Oststaaten und die mittleren Weststaaten gibt sich jetzt schon allenthalben das größte Interesse kund, so daß der Erfolg der Reise gesichert scheint. Auch den Genossen Regien hatte der Parteivorstand für eine Agitationsreise zu gewinnen gesucht, die hauptsächlich für die noch allzu sehr vom konservativen Geiste beherrschten Gewerkschaften berechnet war. Bedauerlicherweise lehnte Genosse Regien im letzten Augenblick ab, nachdem er vorher eine ziemlich bestimmte Zusage gemacht hatte.

Gleichzeitig mit Genossen Dr. Liebknecht kommt der Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum, der einer Einladung des „Civic Forum“ folgend eine Reihe von Vorträgen halten wird. Zwei andere in der deutschen Arbeiterbewegung tätige Genossen, der bayerische Landtagsabgeordnete Genosse Simon, der der Vorsitzende des Deutschen Schuhmacherverbandes ist, und sein Kollege Höllermann, weilen bereits seit zwei Wochen in den Vereinigten Staaten. Sie sind im Auftrage des Schuhmacherverbandes hierher gekommen, um die Verhältnisse der amerikanischen Schuhindustrie und der in diesem Industriezweig beschäftigten Arbeiter zu studieren. In den Versammlungen, in denen die zwei Genossen bisher sprachen, behandelten sie die gewerkschaftliche und politische Bewegung in Deutschland und wiesen die amerikanischen Arbeiter auf die Notwendigkeit hin, es den deutschen in bezug auf politische Aktion gleichzutun.

Auch Oesterreich hat uns in der Person des Genossen Reichstagsabgeordneten Ignaz Daszynski wertvolle Hilfe für den Wahlkampf geschickt. Genosse Daszynski, der auf Veranlassung des amerikanischen Zweiges der polnischen sozialistischen Allianz gekommen ist, spricht nicht nur in polnischen, sondern auch in deutschen Versammlungen; seine bisherigen Vorträge erfreuten sich eines ausgezeichneten Besuchs und wirkten agitatorisch ganz vorzüglich. Um alle Zweifel betreffs des Zweckes seines Kommens zu zerstreuen, erklärte der Genosse bei seinem ersten öffentlichen Auftreten in New York, daß die ihm von mancher Seite untergeschobene Bekämpfung der sozialistischen Partei Amerikas durchaus nicht in seiner Absicht liege. Im Gegenteil: er werde der sozialistischen Partei neue Kämpfer zuzuführen suchen und hoffe, daß sich die polnische sozialistische Allianz noch vor seiner Rückkehr nach Oesterreich mit der Partei vereinigen werde.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß auch ein München-Gladbacher seit kurzem in den Vereinigten Staaten „tätig“ ist, nämlich der Abgeordnete Johannes Sieberts. Der deutsche römisch-katholische Zentralverein hatte sich Sieberts verschrieben, auf daß er auf seiner Generalversammlung, die kürzlich in Newark stattfand, über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und geistigen Hebung der arbeitenden Klassen spreche. Er tat dies unter den üblichen Ausfüßen auf die Sozialdemokratie in der München-Gladbacher Manier. Seit jener Tagung reist er im Lande umher, um für die Schaffung einer amerikanischen Lagen-Zentralstelle nach Gladbacher Muster Propaganda zu machen. Wie er in einer Ver-

sammlung in Brooklyn erklärte, sieht er auch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der American Federation of Labor und den christlichen Gewerkschaften Deutschlands an.

Jugendbewegung.

Eine Massenkundgebung der arbeitenden Jugend Berlin.

Zu einer gewaltigen Demonstration versammelten sich die am Sonntag in Stellers Festhallen tagende Jugendversammlung, die zu dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen die Freie Jugendorganisation Stellung nahm. Der große Saal war dicht gefüllt, ebenso die Galerien. An 3000 Jugendliche und einige Erwachsene waren erschienen. Die Polizei hatte ihr Möglichstes getan, um das Zustandekommen dieser imposanten Versammlung zu verhindern. Erst wurde der Wirt des Lokales bearbeitet. Vom Polizeirevier wurde am Vormittag mitgeteilt, daß die Jugendversammlung eine politische sei und alle Jugendlichen verhaftet werden würden, falls die Versammlung stattfindet. Dieselbe „Warnung“ wurde dem Einberufer zuteil. Als dieser die Absicht der Polizei der Versammlung mitteilte, durchbrauste ein Sturm der Entrüstung den Saal und nicht ein Jugendlicher verließ das Lokal.

Genosse W. Scholz als Einberufer protestierte gegen die Anwesenheit der zwei überwachen Polizeibeamten, da die Versammlung nicht als eine politische einkerben worden sei. Inzwischen hat er unter großer Heiterkeit den Beamten die Gastfreundschaft an, und gab der Erwartung Ausdruck, daß sie das Wahrecht nicht mißbrauchen werden.

Darauf schilderte Genosse Max Peters den sechsjährigen Kampf, den die Jugendorganisation seit ihrer Gründung (am 10. Oktober 1904) mit den christlichen Jünglingsvereinen, dem Unternehmertum, den Handwerksmeistern, der Polizei und dem Staatsanwalt zu führen gezwungen wurde. Anfangs verhöhnt und verspottet, war sie nach dreimonatlichem Alter schon so gefürchtet, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ wimmerte: „Es scheint, daß man in unseren regierenden Kreisen erst dann zur Einsicht kommen werde, wenn es zu spät ist, wenn die Ministerstühle umgestürzt sind, wenn die Throne wanken und tragen.“ Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts sei nur das letzte Glied in einer langen Kette von Heiden und Kämpfen. Immer hätten es die herrschenden Klassen verstanden, die Niederhaltung einer aufsteigenden Klasse mit dem Schein des Rechts zu umgeben. Der Redner schilderte sodann, oft von stürmischen Entrüstungsrufen unterbrochen, die Verfolgungen der Arbeiter zur Zeit des Sozialistengesetzes. Eine ähnliche Periode von Verfolgungen stehe jetzt den Jugendlichen bevor. Die rund 5 Millionen erwerbstätigen Jugendlichen in Deutschland brauchen das Koalitionsrecht so notwendig wie das Brot zum Leben. Die Jugendbewegung sei nicht tot; der Tanz gehe jetzt erst los. (Stürmische Zustimmung.) Die Jugendlichen dürften vor keinem Opfer zurückschrecken. Redner schloß unter stürmischem, andauerndem Beifall:

Denn sehet Ihr nicht das Leben ein.

Nie wird Euch das Leben genommen sein.

Der Vorsitzende der aufgelösten Jugendorganisation, Genosse W. Scholz, gab ein anschauliches Bild von der Arbeit des Vereins. Durch die Pflege des praktischen Jugendschulwesens, durch Bekämpfung der Schundliteratur und des Alkoholenusses, durch Schaffung einer guten fackten Bibliothek habe die Jugendorganisation die arbeitende Jugend materiell, geistig und sittlich gehoben. Durch die Heranziehung der Jugendlichen zur verantwortlichen Mitarbeit seien sie zum selbständigen Denken und Handeln erzogen worden. Die Jugendorganisation habe eine Kulturarbeit geleistet. Ihre Erfolge auf einzelnen Gebieten werden selbst von ihren Gegnern anerkannt. Im Gegensatz zur Jugendorganisation kümmerten sich die christlichen Jünglingsvereine, die freisinnigen und katholischen Jugendvereine und die Deutsche Turnerschaft nicht um die materielle Lage der Jugend. Diese Vereine trieben und trieben politische Tätigkeit, was sogar einzelne Vereine in ihren Statuten ungenügend ausgesprochen. Trotzdem werden diese Vereine nicht für politisch erklärt, im Gegenteil: sie werden von der Behörde und der Regierung moralisch und materiell unterstützt. Der Redner ermahnte die Jugendlichen, in den kommenden Kämpfen ihren Mann zu stehen. (Großer Beifall.) — Mit einem brausenden Hoch auf die selbständige Jugendbewegung wurde die Versammlung geschlossen. Unter dem kräftigen Gesange mehrerer Arbeiterlieder leerte sich der Saal. Man war gespannt, ob die Polizei ihre Drohung ausführen werde. Tatsächlich wurden an 20 Jugendliche sistiert. — Die freie Jugend in Köln hatte der Versammlung telegraphisch mitgeteilt, daß sie sich dem Protest einmütig anschließe.

Haus aller Welt.

Grubenkatastrophe auf Zeche Shamrock.

Der deutsche Bergbau ist wieder einmal von einem schweren Unglück betroffen worden, bei dem mehrere Bergleute ihr Leben einbühten, andere aber so schwere Verletzungen davontrugen, daß sie Zeit ihres Lebens arbeitsunfähige Krüppel bleiben werden. Auf Schacht I der Zeche Shamrock bei Herne in Westfalen rih gestern Mittag abermals ein bereits am Freitag bei der Kohlenförderung gerissenes Seil eines Förderkorbes, der nach der Reparatur zur Leuteförderung benutzt wurde. Der eine der beiden Körbe sauste, mit etwa 30 bis 35 Bergleuten besetzt, in den Schacht hinab, wo er sich in der Schachtverjüngung festklemmte. Der auswärts gehende vollbesetzte Korb fuhr gegen die Seilscheibe.

Gleich nach Bekanntwerden des Unglücks wurden die Rettungsarbeiten in Angriff genommen. Es gelang, alle Verunglückten ans Tageslicht zu fördern. Drei von ihnen sind tot, neun wurden schwer verletzt. Einer der Verunglückten starb später auf dem Transport nach dem Hospital. Die Zahl der Leichtverletzten beträgt 44. Bei mehreren der Schwerverletzten ist zu befürchten, daß sie noch ihr Leben einbühen werden, da die Verletzungen meist in Brüchen der Wirbelsäule und schwereren inneren Kontusionen bestehen. Am schwersten betroffen von dem Unglück wurden die Insassen des nach oben gehenden Förderkorbes. Aus ihm wurden auch die drei Toten geborgen. Sie sind am Kopfe schwer verletzt und die Schädeldecke ist ihnen zertrümmert. Die Drei befanden sich in der ersten Etage des Förderkorbes und hatten den schwersten Anprall auszuhalten.

Als Vertreter des königlichen Bergreviers sind Bergrat Werne und königlicher Berginspektor Tonies auf der Besuche anwesend. Eine Kommission des kgl. Oberbergamtes in Dortmund wird zur dringlichen Befähigung erwartet. Bis zu deren Eintreffen werden die Förderkörbe unverändert in ihrer Lage gelassen.

Vor dem Bedenklage spielen sich erschütternde Szenen ab. Das Unglück hatte sich in vergrößerter Umiänge sehr schnell herumgesprochen, die Angehörigen eilten zur Grube und erwarteten mit bangen Gesichtern Näheres über das Unglück.

Ein späteres Telegramm meldet, daß das Unglück nicht auf einen Seilbruch zurückzuführen sei. Es soll aus bisher nicht bekannten Ursachen die Antriebs-

maschine versagt haben. Jedenfalls ist eine eingehende Untersuchung der Entstehungsurachen dringend am Platze, damit festgestellt werden kann, ob ein fahrlässiges Verschulden von irgendeiner Seite vorliegt.

Ueberlandflug Paris—Brüssel und zurück.

Der Aviatiker Dymalen, der kürzlich den von Chavez aufgestellten Höhenrekord von 2700 Metern noch um 100 Meter überbot, hat nunmehr auch einen sehr bemerkenswerten Ueberlandflug gemacht. Am Sonntag früh 7 Uhr 45 Min. stieg er mit einem Passagier auf seinem Farman-Apparat auf und landete um 1 Uhr 16 Min. in Brüssel. Um 2 Uhr 25 Min. begab er sich wieder auf den Rückflug. Er mußte jedoch in St. Quentin landen, nachdem er an diesem Tage 400 Kilometer zurückgelegt hatte. Am Montag früh 9 Uhr setzte er alsdann die Rückfahrt nach Paris fort, wo er um 12 Uhr 13 Min. eintraf. Dymalen hat also 27 Stunden und 15 Minuten gebraucht, um den Weg Paris—Brüssel und zurück mit dem Aeroplan zurückzulegen, eine Strecke, die in der Luftlinie 530 Kilometer beträgt.

Auch der Biériotpilot Vegagneuz flog am Sonntag mit Passagier von Paris nach Brüssel, um am Montag nach Paris zurückzukehren. Auch er war auf der Rückfahrt zu einer Zwischenlandung gezwungen und hat bis jetzt Paris noch nicht wieder erreicht.

Schweres Automobilunglück.

Auf der böhmischen Staatsstraße Gmünd—Jungstadt konnte am Sonntag vormittag bei Pietenfeld ein Automobil infolge Achsenbruchs die steile Straße hinunter und überschlug sich. Die sechs aus Nürnberg stammenden Insassen wurden unter dem Trümmern des Kraftwagens begraben. Unhalter Neumann war sofort tot, Dampfwaßereibesther Scholl, dessen Frau und Schwiegertochter wurden sehr schwer verletzt. Der Chauffeur erlitt Hautabrisse, ein Sohn Scholls blieb unverletzt.

Wellmans Fahrt über den Ozean.

Das kleine Unternehmen des Amerikaners Wellman, im Zenballon von Amerika nach Europa zu fahren, erregt begrifflich-rweise allgemeines Aufsehen. Es erscheint noch sehr fraglich, ob das Unternehmen gelingen wird, denn augenblicklich weiß niemand, in welcher Gegend sich der Luftschiff befindet. Während eine am Sonntag in Amerika eingetroffene Drahtlose Depesche lautete: „Alles geht gut, wir haben eine nördlichere Richtung eingeschlagen, um auf die Route der transatlantischen Dampfer zu kommen. Wir müssen 800 bis 800 Meilen von der Küste entfernt sein. Die genaue Position kennen wir nicht.“ Klingt ein später ausgegangenes drahtloses Telegramm weniger zuversichtlich. Es heißt darin: „Unsere Lage ist weniger günstig, aber wir kämpfen weiter.“ Ein anderes Telegramm besagt: „Wir haben unseren Motor abgestellt und steuern in die Richtung Ost-Nord-Ost mit einer Geschwindigkeit von 25 Knoten ohne Motor. Es herrscht dichter Nebel. Beobachtung ist unmöglich.“

Offenbar hat sich Wellman auf seiner Fahrt so weit vom Lande entfernt, daß von ihm abgesandte drahtlose Telegramme die Empfangestation nicht mehr erreichen. Man glaubt jedoch, daß das Luftschiff die Route der transatlantischen Dampfer verfolgt. Die Station für drahtlose Telegraphie in Gastonset im Staate Massachusetts hat sich am Montag mit mehreren Dampfern durch drahtlose Telegramme in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, ob sie auf ihrer Fahrt etwas von Wellman gesehen hätten. Die Antworten von allen Dampfern lauten verneinend. Der Dampfer „Finland“ meldete, daß am Sonntagabend stundenlang ein schwerer Sturm gewütet habe, der mit starken Bligen und Regenfällen verbunden gewesen sei.

Der Zenballon „America“, mit dem Wellman in Begleitung von fünf Herren die Fahrt unternahm, ist mit Proviant für 60 Tage versehen. Auch hat der Ballon einen Gasolinvorrat, der für 60 Tage reicht. Sollte der Ballon in die Nähe des Meerespiegels herabsinken, so wirkt ein 100 Meter langes Kabel, an dem 80 kleine Gasolinkübel mit je 70 Pfund Inhalt und 40 Holzbocke hängen, als Schwimmer.

Im Zenballon von Paris nach London.

Der französische Zenballon Clement Bahard, der von der Londoner „Daily Mail“ erworben ist, stieg am Sonntag vormittag um 7 Uhr 18 Minuten zur Fahrt nach London auf. Um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr hatte er bereits Boulogne erreicht. Um 11 Uhr wurde er über Dover geföhrt und um 1 Uhr 33 Minuten ging er in London nieder. Der Zenballon hatte also in etwa 6 Stunden die circa 400 Kilometer betragende Entfernung zurückgelegt, wobei er offenbar durch den Wind besonders begünstigt wurde. Immerhin hat die Reise in England berechtigtes Aufsehen erregt. Wie es heißt, wird das englische Kriegsamt in den nächsten Wochen mit dem Luftschiff Versuchsfahrten unternehmen, um es eventuell anzukaufen.

Kleine Notizen.

Eine bestialische Tat. In Grabau in Bayern wurde ein vierjähriger Knabe, der aus einem Garten einen Apfel unrechtmäßig an sich genommen hatte, von den Wächterseuten derart mißhandelt, daß das bedauerliche Kind unter den Schlägen der Kohlinge verstarb.

Bei Rettungsarbeiten verunglückt. Auf dem Gehöft eines Posthalters in Solingen brach gestern nach Feuer aus. Ein Eisenbahnbeamter, der drei Männer, die in der Wohnung des Posthalters schliefen, retten wollte, stürzte von der Leiter und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Als die drei Männer erwachten, sprangen sie aus den Fenstern. Zwei von ihnen wurden schwer verletzt und blieben benommen liegen.

Durch den Reichthum eines Fliegers getödtet. Der Aviatiker Vaillod stieg zu einem Fluge mit einem Eindecker mitten in der Stadt Limoges in Frankreich auf. Der Apparat verfang sich in einem Baume und krachte dann in die Zuschauermenge. Einem vierzehnjährigen Mädchen wurde dabei die Schädeldecke zertrümmert. Zwei andere Kinder erlitten erhebliche Verletzungen. Der leichtsinnige Flieger wurde verhaftet.

Während eines Schauslages bei Stamps in Frankreich stießen am Sonntag die Flugzeuge der Aviatiker Dreyf und Behat zusammen. Beide Aviatiker erlitten schwere Verletzungen. Besonders bedenklich ist Behats Zustand, der beide Beine gebrochen hat.

Im Harz abgehört. Am Sonntag abend ist der Ingenieur Wedekind aus Hannover von einer 80 Meter hohen Klippe im Oetel abgehört. Wedekind war sofort tot.

Eisenbahnunglück in Ungarn. Die Lokomotive eines Wudaapest-Demberger Zuges entgleiste am Sonntag infolge falscher Weichenstellung. Ein Oberkonduktor wurde getödtet, ein anderer Konduktor lebensgefährlich verletzt.

Wodwasser in Italien. Wie ein Telegramm aus Mailand meldet, richtete ein Wodwasser im nördlichen Teil der Provinz Piemont großen Schaden an. Im Kantonale sind sämtliche Brücken weggerissen worden. 70 Passagiere eines Zuges, der weder vor- noch rückwärts konnte, mußten ihren Weg in der Nacht auf fast unwegbaren Gebirgspfaden fortsetzen.

Dauer bis 22. Oktober

Großer

Dauer bis 22. Oktober

Joppen-Verkauf

Sehr billige Angebote

Pos. 1: Winter-Joppen **6.50 M.**
grauer oder grünlicher Loden mit warmem Futter

Pos. 2: Winter-Joppen **12 M.**
Spezial-Loden-Marke, grau und grün, durchweg warm gefüttert ..

Pos. 3: Winter-Joppen **15 M.**
kräftiger Loden, grau und grün, durchweg warm gefüttert

Pos. 4: Winter-Joppen **21 M.**
Loden-Marke. »Kern und Kraft« Unverwüstlich im Tragen

Pelz-Joppen **sehr preiswert.** In großer Spezial-Abteilung

Knaben-Loden-Joppen

Pos. 5. Warm gefüttert. Alter 5-8 Jahre. Durchweg M. **3.50** | Pos. 6. Warm gefüttert. Alter 9-15 Jahre. Durchweg M. **4.50**



BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 kostenfrei.



JOSETTI JUNO
Cigaretten sind diejenigen Cigaretten, die in Geschmack und Aroma alle Merkmale feinsten Qualität aufweisen. Die besten Rohtabake, in richtiger Weise zusammengestellt, haben verbunden mit sorgfältigster, fabriktechnischer Bearbeitung in ihnen ein Fabrikat geschaffen, dessen Ueberlegenheit jeder Raucher anerkennt.

Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.



Ohne Anzahlung 5 Tage zur Probe



Liefere wir 1 Luxus-Apparat mit echter Pathé-Schallid. sowie **80 Stücke für 6 Mark** pro Monat. Kleinere Plattenserien von 7 M. an. Pat-6-Platten sind 29 cm groß u. doppel-eilig bespielt. Kein Nadelwechsel - Keine Plattenabnutzung!
Lieferung zum Original-Fabrikpreis ohne Kaufverpflichtung 5 Tage zur Probe. - Ebenso: Musikinstrumente aller Art, Cam-ras, Ferngläser, Waifen etc. Verlangen Sie p. Postkarte Katalog 00.

Bial & Freund Breslau II

Seit zirka einem Jahre sind über meine Firma verschiedene unwahre Gerüchte in Umlauf gesetzt worden, die mich schon einige Male veranlaßten, diese zu dementieren. In den letzten 14 Tagen ist wieder von einer mir feindlich gesinnten Seite behauptet worden, daß ich große Summen zu politischen Zwecken und für Unterstützungskassen hergegeben hätte.

Wie bereits früher, so erkläre ich auch heute aufs bestimmteste, daß auch diese Gerüchte wieder vollständig erfunden sind und verbreitet werden, um mich zu schädigen.

Ich bitte alle, die von den unwahren Behauptungen Kenntnis erlangt haben, mir ihre Gewährsleute mitzuteilen, damit ich durch Sammlung von Material in der Lage bin, den Urheber zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen.

Berlin W.
Lützowstr. 94.

Johannes Gerold

Inh.: H. Kortkamp.

1417b

Das finanzielle Ergebnis des Rotzinger Hüttenvereins Kanne-
 Friede. Mit Hinweis auf die 10,9 Millionen Mark Ueber-
 schüsse... in Nr. 238 des "Vorwärts" macht uns die Direktion
 des genannten Unternehmens darauf aufmerksam, daß die unserer
 Berechnung zugrunde gelegte Lohnsumme sich nicht auf die Beleg-
 schaft des Gesamtunternehmens beziehe, die Löhne für die Beleg-
 schaften der Erzgrube Wurtville, des Hüttenwerkes Dompcevin und
 der Kohlenzechen General seien im Geschäftsbericht nicht mit auf-
 geführt. Das müssen wir allerdings für einen groben Mangel
 des Berichtes bezeichnen. Trotzdem wäre der Jertum wohl
 nicht passiert, wenn die industriellen Unternehmen es aus
 gewissen Gründen nicht vorzögen, uns ihre Berichte nicht zu
 gehen zu lassen. So sind wir auf die Auszüge in der bürgerlichen
 Presse angewiesen; aus diesen war der Mangel im Geschäftsbericht
 nicht zu erkennen. Bemerkenswert sei dabei noch, daß wir den Bericht
 in der "Unternehmerzeitung", "Stahl und Eisen" benutzten. Nach der
 Berichtigung würde demnach das finanzielle Ergebnis pro Kopf der
 Arbeiter, soweit hier die Lohnaufzeichnungen vorliegen, folgendes
 sein: 1932 M. Betriebsüberschuss, 1763,85 M. Lohn, 1097 M. Reingewinn,
 560 M. Dividende, 101 M. Zanteme. Unser Urteil: "Eine
 nette Geschäftsordnung... für die Kapitalisten" wird durch die
 Berichtigung nicht irritiert.

Steigende Gewinne der Aktiengesellschaften.

Bei 3611 gewerblichen Aktiengesellschaften, die während der
 ersten drei Quartale ihre Geschäftsergebnisse für 1909 resp. 1909/10
 veröffentlicht haben, sind die Ueberüberschüsse im Vergleich zu denen
 des Vorjahres kräftig in die Höhe gegangen. Mit Reingewinn schlossen im
 letzten Geschäftsjahre 3046 Ge-
 sellschaften mit einem Aktienkapital von 10,20 Milliarden Mark ab
 gegen 3037 mit einem Kapital von 9,63 Milliarden im Jahre vor-
 her. Einen Verlust verzeichneten 1908/09 574 Gesellschaften mit
 882,19 Millionen, 1909/10 565 Gesellschaften mit 648,93 Millionen
 Mark Aktienkapital. Gewinne und Verluste gestalteten sich in
 1000 Mark, wie folgt:

| | | |
|------------------|-----------|-----------|
| | 1908/09 | 1909/10 |
| Gewinne . . . | 1 119 790 | 1 328 217 |
| Verluste . . . | 116 507 | 105 166 |
| Ueberschuß . . . | 1 003 283 | 1 223 051 |

Die Summe der Gewinne ist von 1908/09 auf 1909/10 um
 198,44 Millionen Mark oder um 10,7 Proz. in die Höhe gegangen.
 Die Summe der Verluste nahm um 9,9 Proz. ab, so daß sich der
 Ueberschuß um 13 Proz. heben konnte. Das Glas beläuft sich
 auf rund 140 Millionen Mark. Unterscheidet man nun die
 3611 Aktiengesellschaften nach den Zwecken, denen sie dienen, so er-
 geben sich vier Hauptgruppen: die Gesellschaften für Waren-
 herstellung, für Handel, für Verkehr und die
 übrigen. Von den 3611 Gesellschaften gehören 2308, also die
 Mehrzahl, mit einem Aktienkapital von 5374,08 Millionen Mark der
 Warenherstellung an, 610 mit 5887,20 Millionen Aktienkapital zählen
 zum Handelsgewerbe einschließlich der Banken und 304 mit einem
 Kapital von 1425,23 Millionen Mark waren Verkehrsgesellschaften.
 Bei den Aktiengesellschaften der Warenherstellung stellt sich der
 Gewinnüberschuss auf 613,49 Millionen Mark gegen 559,64 Millionen
 im Jahre zuvor, bei den Banken und Warenhandlungsgesellschaften ist
 er von 457,45 auf 532,24 und bei den Verkehrsgesellschaften von
 34,13 auf 72,98 Millionen Mark hinausgegangen. In der Gruppe
 Bergbau, Hütten und Salinen ergibt sich für das letzte
 Geschäftsjahr ein Ueberschuß von 138,81 Millionen Mark gegen
 129,99 Millionen im Jahre zuvor. Das Textilgewerbe er-
 zielte eine Zunahme des Ueberschusses von 61,47 Millionen auf
 76,82 Millionen Mark. In der chemischen Industrie
 endlich ist der Gewinn von 82,97 auf 96,73 Millionen Mark ge-
 stiegen.

Rentable Schweinezucht.

Für ihre Koloniewohnner hat die Harpener Bergwerksgesell-
 schaft schon vor zwei Jahren die Fleischversorgung in Angriff ge-
 nommen. Ihre Mastställe waren zu Ende des Geschäftsjahres mit
 1085 Schweinen belegt. Mit Freude wird konstatiert, daß die
 Schweinezucht auch die Anstalten der übrigen Abteilungen des land-
 wirtschaftlichen Betriebes, der erst teilweise voll ausgenutzt werden
 konnte, gedeckt haben. Die Umwandlung seltener Weiden in ertrag-
 reiche Gelände ist weiter gefördert worden. Die Entwässerung wurde
 ausgebaut und ungefähr 300 Morgen Land neu kultiviert. Die Gesell-
 schaft hat sich entschlossen, zur regelmäßigen Lieferung von Fleisch an
 Konsumkolonien und an Weinger ein eigenes Schlachthaus
 nebst Abflanzung zu erbauen. Ursprünglich war geplant, die Tiere
 lebend zu verschicken. Die Fütterung eigener Schweine an Stelle ge-
 kauften Materials hat sich nach dem Bericht bisher gut bewährt.
 Die Gesellschaft hofft, den Koloniewohnern demnächst tadelloser
 Fleisch erheblich unter Marktpreis liefern zu können und dabei doch
 die Kosten des Betriebes und die Verzinsung des Anlagekapitals zu decken.

So revolutioniert die Wirtschaftstechnik nach allen Rich-
 tungen hin.

Eine eigene Schweinemastanstalt beabsichtigt demnächst auch der
 große Arbeiter- und Bürgerfondverein in Offen anzulegen.

Deutschlands Außenhandel. Der Wert der Einfuhr im Spezial-
 handel belief sich ohne Edelmetalle im September d. J. auf
 698,7 Millionen Mark, in den neun Monaten Januar bis September
 d. J. auf 6291,6 Millionen Mark gegen 6258,5 Millionen Mark im
 Vorjahre, der Wert der Ausfuhr im September auf 664,9, in den
 neun Monaten Januar bis September d. J. auf 5448,9 gegen
 4706,2 Millionen Mark im Vorjahre.

Aus der Frauenbewegung.

Das schwebende Band.

In der "Deutschen Tageszeitung", dem Organ für Kaiser
 und Reich, "für Deutsche Art", "für Deutsche Arbeit in Stadt
 und Land", beschäftigt sich Pfarrer Sell mit dem Zug der Land-
 mädchen nach der Großstadt. Zuerst erörtert die in agrarischen
 Kreisen übliche Klage über die Landflucht der jungen Mädchen.
 Es wird statistisch nachgewiesen, daß z. B. aus dem Saalkreise,
 einem Kreise mit hochentwickelter Landwirtschaft, 75 Proz. aller
 jungen Mädchen bis zum 20. Lebensjahre abwandern, die heimati-
 sche Scholle verlassen, um sich in der Stadt einem Beruf zu
 zuwenden. Der Herr Pfarrer behauptet, daß weibliche Personen
 hauptsächlich solche Berufe bevorzugen, die eine nicht zu unter-
 schätzende Gefahr in ständlicher Beziehung mit sich bringen. Damit
 sind natürlich die freien Berufe, Industrie und Handel usw. gemeint.
 Der Pastor leiert da eine in agrarischen Kreisen sehr be-
 liebte Melodie. Jeder unbefangene Beobachter bemerkt aber,
 daß diese Verhältnisse gerade umgekehrt liegen. Wenn man über-
 haupt von einer ständlichen Gefahr, die ein bestimmter Beruf mit sich
 bringt, sprechen darf, so trifft dies viel eher auf die sogenannten
 ländlichen, als auf die freien Berufe zu. Gerade der Logizwang
 unserer Dienstboten, verbunden mit der Dummheit und Leicht-
 gläubigkeit vieler dieser jungen Mädchen, ist Schuld an der großen
 Zahl unehelicher Mütter unter den Dienstboten. Nach der amt-
 lichen Statistik kamen in Preußen im Jahre 1908: 21 000 uneheliche
 Geburten auf in häuslichen Diensten Beschäftigte (ohne ländliches
 Gesinde). Man forsche einmal nach den Gründen für diese hohe
 Zahl, und es wird sich zeigen, daß gerade die häusliche Gemein-
 schaft und die soziale Wechsellage der Dienstmädchen den Ge-
 legenheitsmacher darstellt. Viele, sehr viele dieser jungen ver-
 traute Mädchen fallen den Söhnen oder gar dem Herrn des
 Hauses zum Opfer. Derselben Gefahr sind Erzieherinnen,
 Stützen und bernischen aufgesetzt. Sehr oft stößt die wirtschaft-
 liche Abhängigkeit die Bedauernswerten auch in die gefährliche
 Gläuberei hinein. Und das in Berufen, die von konservativen
 Kreisen, von den lautesten Schreibern für Ordnung und Sitte, als
 die "der Natur der Frauentsprechenden Berufe" bezeichnet

werden. Bei Würdigung der obigen Zahl darf man jedoch nicht
 vergessen, daß ein Teil der Schwangeren in die Stadt zieht, um
 hier heimlich zu entbinden. Auf dem Lande, dem Reiche der
 Junger und ihrer Sippen, waren ihrer Jugend erfolgreich Stride
 gelobt. Die Enttäuschung über die große Unfruchtbarkeit in den
 Städten ist unerbötlich und meistens erschreckend. Auch hierüber
 gibt die Statistik interessante Aufklärung. Von den 100 000 im
 Jahre 1908 in Preußen unehelich geborenen Kindern entfallen
 über 30 000 auf die Land- und Fortwirtschaft. Die Industrie ist
 mit circa 12 000, der Handel und Verkehr sogar nur mit circa 2000
 unehelichen Geburten beteiligt. Dabei sind in der letzten Ver-
 fassung ungefähr ein Siebentel sozial weibliche Personen beschäf-
 tigt als in der Land- und Fortwirtschaft. Diese hat jedoch eine
 fünfzehnfach größere Zahl unehelicher Geburten. Die Zahlen be-
 weisen die Sinnlosigkeit der Argumente, mit denen die Gegner
 der Frauenarbeit den Handel als einen Beruf mit besonders großen
 sittlichen Gefahren bezeichnen. Die Statistik reklamiert als die
 größte Quelle sittlicher Gefahren für die Frau, wenn überhaupt
 von einer solchen gesprochen werden kann, die vielgepriesene Land-
 wirtschaft und die häuslichen Berufe. Wenn es richtig wäre, daß
 weibliche Personen gerade solche Berufe bevorzugen, die eine nicht
 zu unterschätzende ständliche Gefahr mit sich bringen, so müßten sie
 ja gerade in der Landwirtschaft bleiben. Manche Mädchen stehen
 diese gerade wegen der hier offenbaren ständlichen Gefahren; die
 meisten Abwandernden wenden ihr jedoch aus allgemeinen wirt-
 schaftlichen und sozialen Gründen den Rücken. Die Zahl der in
 landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen hat von
 1895 bis 1907 um 138 000 abgenommen. Die Gründe der Land-
 flucht liegen in den miserablen landwirtschaftlichen Arbeitsver-
 hältnissen, in der übermäßig langen Arbeitszeit, der schlechten
 Entlohnung, der rohen Behandlung, in der persönlichen Abhängig-
 keit und Rechtlosigkeit der Landarbeiter. Man behandelte die Land-
 arbeiter als Menschen, lasse die Gefährdung fallen, stelle die
 ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in jeder Beziehung den
 freien Arbeitern gleich, und man wird über Landflucht zu klagen
 nicht mehr nötig haben. Die Mittel, die der erwähnte Verfasser in
 petto hat, werden die Landflucht nicht verhindern. Er empfiehlt:
 Erziehlige und unterrichtliche Beeinflussung der weiblichen Dorf-
 jugend; im Unterricht solle stets das Landleben in heimatischer
 Färbung im Mittelpunkt stehen und die jungen Mädchen sollen in
 ihren Freistunden so mit ernster Arbeit und gemüthlicher Erholung,
 Unterhaltung und edlen Genüssen beschäftigt werden, daß sie sich
 gegen ihre Altersgenossen in der Stadt nicht zurückgesetzt fühlen.
 — Was mit einer derartigen Erziehung und Erholung gemeint ist,
 kann man sich vorstellen. Wenn mit solchen Mitteln die weibliche
 Dorfjugend einguldet werden kann, nicht aber die junge Arbeiter-
 rin. Die Zustände auf dem Lande werden ihnen bald die Augen
 öffnen und sie in die Reihen ihrer städtischen Geschlechtsgenossinnen
 führen. Die Landarbeiterin leidet unter den heutigen Verhält-
 nissen viel mehr noch als der Mann. Sie muß ebenso schaffen wie
 er, für geringere Bezahlung sich abrackern, und sie muß oft genug
 dazu noch ihren Körper preisgeben. Trotz der fleißigen Arbeit
 der ganzen Familie ist es oft nicht möglich, ein menschenwürdiges
 Leben zu führen. Wehe aber, wenn Krankheiten eintreten. Nicht
 einmal der Arzt ist in dringenden Fällen immer zur Hand. Der
 gnädige Herr braucht seine Pferde zu anderen Dingen; für eine
 erkrankte Arbeiterin den Arzt holen zu lassen, das preßiert nicht.
 Wenn sie stirbt, was tut's? Eine mehr oder weniger, darauf
 kommt's nicht an! Dieser Grundfah ist in der Hebammenpflege
 auf dem Lande vielfach vorherrschend. Haben wir doch in Preußen
 noch Kreise, in denen 70 Proz. aller Gebärenden die Hilfe einer
 Hebamme entbehren müssen! Welche Unsumme von Angst, Elend
 und Siedtum brüden diese Zahlen aus! Darum ist auch die Sterb-
 lichkeit der Gebärenden Frauen in ländlichen Kreisen fünfmal so
 groß als im Durchschnitt in ganz Preußen. Wegen dieses Mar-
 tyriums hilft nur die Ausdehnung der Krankenversicherung auch auf
 die weiblichen ländlichen Arbeiter und ein genügender Mutter-
 schaftsschutz für alle Frauen. Für diese Forderungen zu kämpfen
 und auch die Landarbeiterinnen dafür zu interessieren, ist Sache
 der städtischen Proletarierinnen.

Zur Aufklärung.

Dem weiblichen Geschlecht ist von der Natur eine Funktion
 (Beruf) als spezifisch weibliche zuertheilt worden, die grundsätz-
 lich eine spezifisch soziale ist. Arbeit an und für den anderen
 Menschen ist es, die die Frau leistet, wenn sie in ihrem Schoße
 und an ihrer Brust das Kind entwickelt und pflegt, Arbeit für
 und im Interesse der Gesellschaft. Wie die Gesellschaft sich ent-
 wickelt, welchen Grad der körperlichen und geistigen Spann-
 und Leistungskraft sie erreicht, das bereitet sich grundsätzlich im
 Schoße der Frau vor, wird dort im Zusammenhang mit der
 ganzen späteren körperlichen und geistigen Erziehung- und
 Pflegearbeit der Frau und Mutter am Kinde nach der Geburt
 grundsätzlich entschieden innerhalb der von den Vererbungs-
 faktoren und den wirtschaftlichen Einflüssen gezogenen Grenzen.
 Deshalb ist es so ungeheuer wichtig, wie die Frauen ihre soziale
 Aufgabe, die Mutterchaft erfüllen und erfüllen. Gewiß ver-
 mag die einzelne Frau und Mutter die im Kind durch den Ver-
 erbungsprozeß einmal gegebenen Anlagen nicht zu ändern. Aber
 in ihre Hand, in ihre Kraft ist es gegeben, die Anlagen des
 Kindes durch eine sinnvolle Erfassung und Erfüllung ihrer weib-
 lichen Aufgabe zur möglichst vollen Stärke zu entfalten, in ihre
 Kraft ist es gegeben, das Kind in ihrem Schoße zur möglichststen
 Gesundheit zu entwickeln und in ihre Kraft ist es gegeben, durch
 sinnvolle Pflege der moralischen und intellektuellen Instanzen und
 Eigenschaften, namentlich auch des sozialen Instinktes, diese mög-
 lichst stark und zielbewußt zu machen. Aber in ihre Kraft auch
 ist es gegeben, diese Anlagen des Kindes mehr oder weniger in
 der vollen Entwicklung zu hemmen und zur Verkrüppelung zu
 bringen, kurz, des Weibes Kraft und seine Art der Erfassung und
 Erfüllung der mütterlichen oder sozialen Aufgabe entscheidet mehr
 oder weniger über die Gesundheit des Kindes, entscheidet inner-
 halb bestimmter Grenzen über den Grad der moralischen und
 geistigen Entwicklung des Kindes und seine Leistungskraft und
 damit über die Entwicklung der Gesellschaft. In der Kraft der
 Frau und Mutter liegt es, die körperliche, geistige und moralische
 Kultur der Menschheit ungemein zu fördern, während durch eine
 sinnlose Erfassung und Erfüllung der mütterlichen Aufgabe
 natürlich das Gegenteil hervorgerufen wird.

Aber gerade die sinnvolle Erfassung und Erfüllung der be-
 deutenden sozialen Aufgabe des Weibes ist es, welche die Mehr-
 zahl der Frauen nicht besitzen und nicht ausüben. Schon im
 Mutterchoße wird das Kind durch sinnlose Kleidung (Korsett)
 und sinnlose Lebensweise, namentlich auch durch Alkoholgenuß, in
 seiner gesunden Entwicklung stark gehemmt. Nach der Geburt
 wird am Kinde weiter gesündigt durch total falsche Körper- und
 Geistespflege, durch total verkehrte Erziehung und durch ver-
 kehrtes, schlechtes Beispiel.

Von dieser sinnlosen, schädlichen, sozialfeindlichen Erfassung
 und Erfüllung der mütterlichen Aufgaben möchten wir die Frau,
 soweit die gegebenen biologischen und wirtschaftlichen Verhältnisse
 das er ermöglichen, wegweisen, hin zu einer sinnvollen, edel sozialen
 Erfassung und Erfüllung, ihr selbst, ihrem Geschlecht, dem Volk
 zum Segen.

Und gerade den proletarischen Frauen, den Frauen der
 Arbeit, tut diese Aufklärung am bittersten not. Ihr Geschick, das
 Geschick ihrer Kinder und ihrer Männer ist am bittersten, härtesten.
 Aber in ihre Kraft ist es gegeben, das harte Schicksal des Prole-
 tariats zu lindern durch sinnvolle Erfassung und Erfüllung ihrer
 mütterlichen Aufgabe; in ihre Kraft ist es gegeben, den Prole-
 tarien, den weiblichen und männlichen, die Menschen der Arbeit
 durch sinnvolle Pflege und Erziehung gesünder und stärker zu
 machen, die körperliche und geistige Kraft der ziel- und klassen-
 bewußten Kämpfer und Kämpferinnen der Arbeiterbewegung zu
 steigern und dadurch den ewigen Sieg des Proletariats über
 Kapitalismus und Absolutismus schneller herbeizuführen.

Gewiß, die sinnvolle Erfüllung ihrer Aufgabe wird der prole-
 tarien Frau und Mutter am schwersten gemacht. Aber das

darf sie nicht abhalten. Immer sei ihr Blick auf das große Ziel
 der proletarischen Erlösung gerichtet und auf die ungeheure Be-
 deutung ihrer weltumfassenden sozialen Aufgabe als Frau und
 Mutter. Das wird ihr Mut und Kraft geben zum schweren An-
 fang. Und was an uns liegt, wollen wir tun, ihr die schwere
 Aufgabe durch unsere Ratschläge zu erleichtern.

Leserabende.

Potsdam, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelm-
 straße.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

2. Kreis-Süd, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Rabe, Nichte 29:
 Öffentliche Frauenversammlung, Vortrag, Frau Clara Schuch:
 "Der Kampf der Frauen gegen den Lebensmittelwucher im
 Spiegel der Kaiserreden".

Sächler Wahlkreis, Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
 Öffentliche Frauenversammlungen in folgenden Lokalen:
 Döbigeles Festsäle, Schwedter Straße 23/24; Verolinda-Festsäle,
 Schönhäuser Allee 28; Borussia-Säle, Ackerstraße 6/7; Schwe-
 münder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42; Frankes
 Festsäle, Badstraße 19; Vordranerei (Abteilung II), Gausse-
 straße 64; Wobau-Säle, Müllerstraße 142; Stadt-Theater
 Noabit, Alt-Noabit 47/49. Tagesordnung: 1. "Der Kampf
 um Mutter- und Säuglingschutz im Spiegel der Kaiserrede."
 2. Diskussion. Referentinnen: Ottilie Vaader, Regina Frie-
 länder, Marie Greifenberg, Gertrud Hanna, Anna Ratschke,
 Klara Beyl, Mathilde Barm, Luise Zieg.

Potsdam, Dienstag 8 1/2 Uhr im Lokal von Kozhcki, Kreuz-
 straße 3/4, öffentliche Frauenversammlung, Vortrag der
 Genossin Frida Wulff: "Junckerpolitik, Kaiser-
 reden und die Reinigung der Frau".

Unsern allen Freund und
 Mitstreiter
August Hallner nebst Frau
 zur silbernen Hochzeit die
 herzlichsten Glückwünsche!
 Auf der Bank geht's doch
 noch gut,
 Wenn es dreißig auch rum-
 pelt tut.
 Deine Kolleg der Turbino.

Allen Freunden und Bekannten
 die traurige Nachricht, daß mein
 lieber Mann, unser guter Vater,
 Sohn, Bruder, Schwager und
 Onkel, der Dreher
August Raatz
 am 15. Oktober an den Folgen
 einer Operation im 39. Jahre
 plötzlich verstorben ist.
 Um stille Beileid bitten
Martha Raatz geb. Kühling
 und Kinder.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch nachmittags 4 Uhr von
 der Leichenhalle des Kranen-
 hauses Westend, Büstenbrunner
 Weg, aus statt. 14186

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsbüro Berlin.
Todes-Anzeige.
 Dem Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Dreher
August Raatz
 am 15. Oktober an Blinderarm-
 operation gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 19. Oktober, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Krankenhaus Westend,
 Büstenbrunner Weg, aus statt.
 Regr Beerdigung erwartet
 129/14 Die Gräberverwaltung.

**Deutscher
 Transportarbeiter-Verband.**
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin,
 Nachruf!
 Dem Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Dreher-
 führer
Friedrich Neumann
 am 18. Oktober im Alter von
 69 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Bezirksverwaltung.

Am 18. Oktober verstarb nach
 längerem Leiden mein geliebter
 Mann, unser guter Vater und
 Großvater
Wilhelm Stengerl
 im Alter von 76 Jahren. 14190
 Dies zeigen hierdurch
 die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 19. d. M., nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Friedhofes der Heiliggeistigen Ge-
 meinde, Doppelallee, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten
 zur Nachricht, daß unsere liebe
 Tochter **Kerna** am Sonnabend-
 nachmittags 3 Uhr gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, den 19. d. M., nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Friedhofes der Heiliggeistigen Ge-
 meinde, Doppelallee, aus statt. 14292
 Die Hinterbliebenen
Richard Brennsack und Frau.
 Ulmerstraße 66.

Am Sonnabend, den 18. Ok-
 tober, verschied nach langem
 schweren Leiden meine innig-
 geliebte Frau, unsere gute Mutter,
 Großmutter und Schwiegermutter
Emilie Mewes
 geb. **Lochmann**
 im 70. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten die
 Hinterbliebenen. 14166
Friedrich Mewes,
 Schmaler Str. 26.
 Die Beerdigung findet heute,
 17. Uhr, von der Leichenhalle des
 Sigmund-Kirchhofes in Dölln aus
 statt.

Beerdigung.
 Für die vielen Beweise herzlichster
 Teilnahme bei dem Begräbnis unserer
 lieben Tochter und Schwester
Frida Buchmeier
 wie für die zahlreichen Kranzpenden
 von Ihren Verwandten und dem Ehe-
 Mann **Herrn Felix** Lande, den Redaktionen
 der **Zeitung** für die **Wahl** und die
 Redaktionen der **Wahl** und die
 sowie allen, die ihr die letzte Ehre
 erwiesen, sprechen wir unseren herz-
 lichsten Dank aus. 14293
 Die tiefbetrübten Eltern u. Bruder
Zauschner.

Nachruf.

Durch den leider so unfagbaren folgenschweren
 Brand unseres Geschäftlokales haben zu unserem
 aufrichtigen Schmerze folgende sieben bewährte
 und geschätzte Arbeiterinnen
 Frau **Helene Amann**, Albauer Str. 8
 „ **Marie Rechner**, Wälsingstr. 13
 „ **Anna Czof**, Jablonskistr. 10
 „ **Anna Kooß**, Pflanzberg, Botanische
 „ **Fräulein Helene Wenda**, Mühlhausener Str. 3/4
 „ **Agnes Wilschke**, Weyer Str. 17
 „ **Martha Wenzel**, Griebenowstr. 23
 den Tod gefunden.
 Mit wärmster Teilnahme bedauern wir ge-
 meinsam mit den Hinterbliebenen das schreckliche
 Schicksal der auf so traurige Weise aus dem
 Leben Geschiedenen.
 Die Inhaber der Firma
D. Arndt.
 Berlin, C 2, 14188
 Neue Friedrichstr. 79a.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 18. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
Sinfonie-Konzert.
Königl. Schauspielhaus. Ge-
schlossen.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Neues Schauspielhaus. Die Jung-
frau von Orléans.
Anfang 8 Uhr.
Kammertheater. Der Graf
von Gleichen.
Belling. Einmal Menschen.
Perliner. Die tolle Jungfrau.
Neues. Der Stier von Olvera.
Romische Oper. Die Söhne.
Residenz. Noblesse oblige.
Reines. Die verfluchte Frauen-
stimmer. Erster Akt.
Thalia. Doppelschloß.
Schiller u. Wagner-Theater.)
Die Kreuzschreiber.
Sch. Charlottenburg. Sodoms
Ende.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Revolutionshochzeit.
Berliner Volkoper. La Traviata.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Zulien. Der Hüttendelver.
Wesien. Die schönste Frau.
Modernes. Die Witze der Frauen.
Trianon. Pariser Witwen.
Neues Operetten. Der Graf von
Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrn-
hügel.
Herrenfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Deschleper.
Reiz. Die Anna-Lise.
Hoffes Caprice. Der schwarze
Schimmel. — Volle Pension.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metro. Hurra — Wir leben
noch!
Kassio. Der schneidige Rudolf.
Apoll. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichsdalen. Berliner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Sandfouci. Au bar's geschwappt.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Hrania. Tanzrevue im 49.
Der Vierwaldstätter See und der
Gothard.
Sternwarte. Revue. 57-63.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 42/49.
Heute abend 8 Uhr:
**Der Vierwaldstätter See und
der Gothard.**
Lustspielhaus.
Heute abend 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schwank in 5 Akten von Dancemont
und Weber.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Hüttendelver.
Mittwoch: Der Führer im Kloster.
Donnerstag: Keen.
Freitag: Die schöne Ungarin.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die
Schwanenprinzessin. 8 Uhr: Keen.
Sonntag nachm. 8 Uhr: Die Brü-
der von St. Bernhard. 8 Uhr: Der
Hüttendelver.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 123.
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Die Anna-Lise
Historisches Lustspiel in 4 Akten von
Hermann Herl.
Mittwoch und Donnerstag: Das
neue Gebot.
Freitag: Othello.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Ideal.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sauerstoffdie mit Gelang in 3 Akten
von H. Angenrader. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Drama in 5 Akten v. H. Sudermann.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern
v. A. Freund. Musik v. H. Döcker.
In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Die Jungfrauen
von Saïs.**
Die 3 mystischen
Schatten
und die großen Attraktionen
des Oktober-Programms.

Passage-Panoptikum.
Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebt!
**Buddhas dunkles
Geheimnis.**
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 20. Oktober 1910:
Sie weiß etwas!
Schwank in 4 Akten v. Rudolf Knefel.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

LICHTSPIELE
Mozart-Saal, Nollendorf-Platz.
Vollständig
neuer Spielplan.
Dauervorstellung von 6-11 Uhr abends, Sonntags ab 3 Uhr.
Eintritt jederzeit.
PROGRAMM UND GARDEROBE FREI

**Herrnfeld
Theater**
Son-
11
**Stürmisches Leben über
Eine verlorene Nacht**
Ein hübscher Trauerspiel in 3 Akten
von Anton und Donald Herford.
Hierzu: **Der Derby-Sieger.**
Komödie von H. Reibrecht.
Anf. 8 Uhr. Vorvert. 11-2 (Theater).

**Union-
Theater**
**Wedding Neu
eröffnet!**
Reinickendorferstr. 14
**Glänzender
Erfolg...**

Walhalla-Theater
Weinbergweg 10/20.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Allerwelts-Revue
in 5 Bildern von H. Reichardt, Musik
von H. Eisele. In Szene gesetzt vom
Direktor James Klein.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Zirkus A. Schumann.
Gute Dienstag, 18. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
**Die
kolossale Pantomime
Der große Coup
der
Schmuggler.**
Vorher:
**Die persische Truppe
Mirza Golem**
12 Personen
sowie die übrigen Spezialitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
Neuer buntes Teil.
Der schwarze Schimmel
Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.
Casino-Theater
Lehringer Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Die urkomische Posse
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Wimpelmann: Dir. O. Berg.
Vorher das glänzende bunte Programm.
Kur Attraktionen ersten Ranges.
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Beständige Theater.

Publmanns Theater
Schönhauser Allee 145.
Geschpiel des Folie-Idioten.
Dienstag, den 18. Oktober 1910:
Der Fall Clémenceau.
Schauspiel in 5 Akten v. H. Dumas
und H. B. Klotz.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Theater Sanssouci.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Täglich 8 1/2 Uhr.
Die Indier
des Herrn Siebahl.
Die Wallaston Comp.
Reißer-Komplimente.
8 Uhr 50: Der 12jährige
Edi Herzfeld
von der L. E. Hofner in Wien
Tanz die Posse:
Au hat's geschwappt!
Posse von Oskar Sado.
Musik von Paul Lincke.

**Karl Haverland-
Theater.** Kommandanten-
präz. 8 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Das wunderbar
Oktoberprogramm
14 und erfrischende
Spezialitäten. 14

Volks-Liederfaal
Tiergartenhofa. Bahn-Tierg.
Heute Dienst- 8 Uhr: 3. Konzert.
tag, präzis
Eintritt 75 Pf. (res. 1.25) mit
Garderobe u. sämtl. Liedertexten.
Es singen: Gina Götz, Meta Soger-
Jahn, Auguste Tatter, Karl Fischböter.
Zirkus Busch.
Dienstag, den 18. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
The Rapides
? Kita ?
Arba - Trio, musikalisch-
akrobatischer Akt.
Pri. Martha Mohrke, Schulreit.
Die berühmte Reiterfamilie
Fredraul.
Um 9 1/2 Uhr. zum 35 Male:
"VENEZIA"
Die Anfahrt zum Zirkus ist bis auf
weiteres v. d. Oranienburger Str.

Burgtheater-Kinematograph
vorn. Grotzerjan, Grub. 1. Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9333.
Lebende Photographien.
Eintritt 20 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten
nur wochentl. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.
Dienstag u. Freitag v. 4-6 1/2 Uhr
Kinder vorverkauf. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Jeden Sonntag
im Oberaal: Künstlerkonzert.
Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf.

Königstadt-Kasino.
Schönhauser Allee 145. (Ecke Nollendorfstraße).
Das grandiose Oktoberprogramm mit
Franz Kobanski.
Reu! Mr. Gifford, Sportakt. Reu!
Reu! Powell Smith und Miss Toml.
familiäre Exzentriks.
Verlorenes Glück.
Sollst du mit Gelang in 1 Akt.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Jeden Dienstag:
Hoffmanns Sänger.
Direktion: Fr. Fantor.
1412a Zum Schluß:
Am Brunnen v. d. Tore.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorgängerin gültig.
Nach der Entree: Freitanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Im Mausloch.
Musik. Humor. v. Reysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend
und Sonntag:
Großer Ball.
13255* C. NIBLE.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Einmal Menschen.
Mittwoch 8 Uhr: Wenn der junge
Wein blüht.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Die törichte Jungfrau.
Morgen: Die törichte Jungfrau.
Neues Theater.
Schauspiel Ferdinand Bonn:
Täglich:
Der Stier von Olvera.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonnt. 8 1/2 u. Die geschiedene Frau.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Gute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.
Berliner Volkoper
Abends 8 Uhr:
La Traviata.
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches
Schauspielhaus.**
Dienstag, 18. Oktober, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Mittwoch 8 1/2 Uhr: Ariadne auf Naxos.
8 Uhr: Morano Bruno.
Donnerstag: Revolutionshochzeit.
Freitag: Revolutionshochzeit.

**Apoll
Theater**
Ab 8 Uhr:
Das sensationelle Programm.
8 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
9 1/2 Uhr:
Letzte Woche: Der Schatten
Rudolf Schildkraut.
WINTERGARTEN
Saharet
in Ihren neuen Originalkreationen
The 8 Meers
komischer Drahtseil-Akt.
Reynolds and Donegan
das amerikanische Tänzerpaar
in vollend. Rollschuh-Meisterkunst
sowie d. komisch-mimisch-groteske
Oktober-Programms!
"Groß-Berlin"
Theater und Varietés-Salemb.
Gute
Dienstag: **„Enders-Bräu“**
Weißensee, König-Canalstr. 5.
8 1/2: Harmonische Sitten, Quartett.
Abends 8 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Mittwoch Neue Welt: Das ehr-
liche Berlin.

Rollschuhbahn ← **Kurfürstendamm 151.**
Vom 23.-29. Oktober Verteilung der
Camenpreise im Werte von 2000 M.
ausgestellt diese Woche in einem Fenster des „Kaufhaus des Westens“.
Verfolgen Sie die Inserate in den Tageszeitungen.

Glatt und blank
soll Sie Ihre Wäsche
mit meinem lang. be-
stimmten u. bewährten
„Prinz“ - Mittel
mangeln. Sehr pra-
u. bequem. Jede Gar-
antur! Dauerhaftig-
keit u. Billig. Ein-
mangeln v. 19 an
Gefellmangeln wie
ordnt. 27. 25. Preisliste gratis.
Rudolf Knapke, Berlin, Seydelstr. 7/8
am Spittelmarkt.
Wasch- u. Wringmaschinen sehr billig.

Ungewitter's Kautabak
garantiert rein aus Kennekytabak.
seit Jahrzehnten unbertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.
4452

1 Mark
wöchentliche
Teilzahlungen
höflich elegante
ferlige
**Herren-
Garderoben**
Ersatz für Maß.
Anfert. u. Maß
Tadellos Ausf.
Julius Fabian
Schneidermeister.
Große Frank-
furterstr. 37 II
Eingang Straus-
berger Platz.
II. Geschäfte:
Turmstr. 13
nur erste Etage,
kein Laden.

Anzüge Ulster Paletots
fertig und nach Maß, vorzügliche Qualität, kaufen Sie direkt von
der Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16/17. Außergewöhnlich
billig zum Beispiel liefern wir:
**Fertige Anzüge M. 8.25, 9.50, 12.-, 15.-, 18.-, 21.-, 24.-, 28.-, 32.-,
36.-, 44.-**
Ulster, jatsige Jahreszeit gut geeignet, elegant sitzend, dauer-
haft zum Preise von 11.50, 14.50, 17.-, 20.-, 23.-, 27.50, 31.- usw.
Paletots, Eskimo, Marengo und sonstige schwere, dauerhafte,
gute Stoffe, zum Preise von 12.50, 15.-, 18.-, 21.-, 24.-, 28.- usw.
Halsanzüge aus guten, bewährten Stoffen u. neuesten hochmod.
Mustern, von ersten Kräften gearbeitet, zum Preise von 22-45 M.
Hosen, sehr große Auswahl, aus eleganten, haltbaren Stoffen,
2.-, 3.-, 4.50, 5.75, 6.50, 8.-, 9.50 usw.
Stoffe zu Anzügen, enorm billig, pro Meter 1.40, 1.60, 2.20, 3.-,
3.50 usw.
Wir leisten auf alle von uns gekauften Sachen weitgehendste Garantie
für vorzügliche Haltbarkeit und eleganten Sitz. — Händler u. Schneider-
meister erhalten Rabatts.
Tuchgesellschaft, Kottbuser Damm 16/17.
Vorzeigern dieses Inserates 5 Prozent Rabatt.

**Schöne freundliche
Wohnungen**
2 große Zimmer, Balkon, Küche, weni-
g und Kammer, sowie Bad, sehr schön
fisiert an vermieten. 12592*
**Friedrichstraße, Marienstr. 3,
7 Wk. v. Stadtbahnhof Eldenberg.**
Pianos-Gelegenheits-
Käufe in gr. Auswahl v. 300 bis
400 M., dar. Schiedmeyer, Biese etc.
Garantia. — Pianohaus Krause,
Berlin W., Ansbacher Str. 1.

**Engelhardt
Deutsch-Pilsner**
Erstklassiges Spezial-Bräu
— Flasche 10 Pf. —
Überall käuflich

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf. Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. Maß, Anzahlung,
lang. Hypotheken, Pläne gratis.
Verkauft stündlich am Bf. Mahlsdorf
im Pavillon. 1187L*
J. Rieger, Berlin, Gantardstr. 5

**Die reellsten und billigsten
Möbel**
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zins-
vergütung erhält man in der seit 23 Jahren bestehenden Möbel-
fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichensberger
Straße 5.

**Hygienische Bedarfs-
artikel**
Progorie Zarenba,
Weinbergweg 1. dir. u. Holsten-
tor. — Billigste Bezugsquelle!
Verkauft f. gur dauernden Saubigkeit
Gummiwaren
aller Art. Anfr. orb. Gummi-
Grosso-Haus C. A. Growald,
Charlottenbg.-Bln. 37, P.-A. 2
Versand auch an Private.
Syphilis-Nachweis
In allen frisch u. veraltet, zweifelsfrei,
FBI. durch mikroskop. Untersuchung,
sowohl; beagl. Gann (bes. auf
Gonorrhoe-Fällen) u. Spontan-Konglien.
Dr. Homyer & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 150, 10. Strassen- und
Robrenstraße, I. 5724. Prof. Rüdiger
bielt. u. leitend. Großherzog von S-
Sonntags von 12-1.

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis!

Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr

Acht öffentliche Frauen-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Obiglos Festsäle**, Schwedter Straße 23/24.
- Berolina-Festsäle**, Schönhauser Allee 28.
- Borussia-Säle**, Uckerstraße 6/7.
- Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünder Str. 42
- Frankes Festsäle**, Badstraße 19.
- Bock-Brauerei** (Abteilung II), Chausseestraße 64.
- Pharus-Säle**, Müllerstraße 142.
- Stadt-Theater Moabit**, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf der Frau um Mutter- und Säuglingschutz im Spiegel der Kaiserrede. 2. Diskussion.

Referentinnen: Ottilie Baader, Regina Friedländer, Marie Greifenberg, Gertrud Hamn, Anna Matschke, Klara Weyl, Mathilde Warm, Luise Zietz. Alle proletarischen Frauen u. Mädchen sind eingeladen!

Für die Einberufer: Richard Henschel, Ufermünder Str. 17.

Öffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, in Freyers Festsälen (fr. Keller), Koppenstr. 29.

Referenten:

Robert Seidel, Dozent an der Universität und am Polytechnikum in Zürich. Adolf Hoffmann, Landtagsabgeordneter.

Thema:

Die Schule der Zukunft, eine Arbeitsschule. Das Testament Franzisko Ferrers.

Entree 10 Pf.

Diskussion.

Entree 10 Pf.

57/9*

Der Einberufer: A. Haradt, Pappel-Allee 15-17.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in „Kellers Festsälen“, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht vom Parteitag. 2. Bericht vom Internationalen Kongress. 3. Bericht von der Provinzialkonferenz. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

221/4*

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1910. 2. Aufstellung von Kandidaten zu Delegierten der Gaukonferenz am 20. November 1910. 3. Vorschläge zur Wahl des Zweigvereinsvorstandes. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Sektionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Gewerkschaftswahl. 2. Verbandsangelegenheiten.

Modelltischler.

Donnerstag, den 20. Oktober 1910,

Branchen-Versammlung

in Schmidts festhale, Gartenstr. 6.

Tages-Ordnung:

1. Bericht und Beschlussfassung über einen Tarifvertrag mit den Modelltischlermeistern. 2. Branchenangelegenheiten.

Möbel

Teilhaltung bei kleinsten Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit). E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Reklamewort, Redakteur: Carl Bernuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Freyers Festsälen, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 3. Quartal. 2. Vortrag des Genossen Davidsohn über: Deutscher Humor in der Literatur. 3. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Herrenmaßschneider!

Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Herrenmaßschneider-Versammlung

in den Armishallen, Kommandantenstraße 58-59.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeits- und Situationsbericht über die Vorgänge in der Branche. 2. Bericht über die Sitzung mit den Arbeitgebern am 11. Oktober 1910. 3. Neuwahl der Kommissionen. 163/18. Angefichts dieser wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen. Die Kommission.



In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, 661/2, jeht Oranienstr. 139, gegenüber Kommandantenstraße. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz, dicht am 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehlung viel Aerzte u. Prof. gratis u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW, Friedrichsstraße 91/9

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.

Mittwoch, 19. Oktober, 8 1/2 Uhr abds., bei B & H 111/4, Stallgerstr. 22:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das Scheitern der Einigungsverhandlungen mit dem „Bund der Naturfreunde“. 2/19 2. Berichtedens.



Arbeiter-Notiz-Kalender

Reichhaltiger Inhalt. u. a.: Alle für Arbeiter wichtigen Adressen

Porträts der im letzten Jahre neu gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten

Wie nutzen wir unsere arbeitsfreie Zeit? Von Dr. Jodet

Volksschule und höhere Schule

Vom deutschen Genossenschaftswesen

Kalendarium :: Geschichtskalender :: Portofolge :: Notizbuch

Preis in Leinen gebunden 50 Pfennig

Posto 10 Pfennig

In bestellen durch alle Buchhandlungen und Antiquariate oder vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68



„Barm zu empfehlen ist der Gebrauch v. Juckers Patent-Medizinal-Seife bei Hautreizung und Schuppungen der Haut, b. leichter Schuppenflechte, ganz besonders bei Unreinheiten derl. wenn Mitesser und deren Folgezustände.

Pickel,

Knötchen, Pusteln usw., das bekannte unschöne Gesichtsbild hervorgerufen.“ Das ist das Urteil des Dr. med. E. über Juckers Patent-Medizinal-Seife, à Stück 50 Pf. (15 %ig) und 1.50 M. (35 %ig, stärkere Form). Dazugehör. Juckers-Creme 75 Pf. und 2 M., Juckers-Juckers-Seife (mild) 50 Pf. und 1.50 M. in Berlin in Behrens Drog. (Apoth. D. Krause), Franz. Allee 120, O. Schulz, Chausseestr. 87, Hugo Schmitz, Müllerstr. 166a, Otto Binder, Brinzen-Allee 29; in Rixdorf: Droghand Vincent sowie in sämtlichen Apoth., Drog. u. Parfüm. Nichts anderes aufreden lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz!

Bruch-Pollmann

empfehl. sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orth. und Gips-Praktiken. Berlin N., jeht Lothringer Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

1910er Gänse, Enten

liefert franco, garant. leb. Vorkauf 10 weiße ganz ausgewachsene Gänse 34 M., 12 ganz ausgewachsene Enten 20 M. Schaefer, Myslowitz Schl., No. 2.



Tee-Großhandlung.

Russische und Chinesische Tees in 1/4 und 1/2 Pfd.-Packung. Prämierte Hienfong-Effenz! ff. Schokolade! ff. Kakao! „Vorwärts“-Teier erhalten 10 Proz. Rabatt! G. V. Labenski, Strelitzer Str. 39.



Wenn auch der Feind Kartätschen speit.

Ein Prozeß wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ wurde am Montag vor dem Landgericht I Berlin (Strafkammer 1 unter Vorsitz des Landgerichtsrats Groble) verhandelt.

Angelagt wurde Genosse Emil Voeste, der auf Befragen angegeben hat, daß er als Kassierer des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins die Herstellung des Liederheftes in Auftrag gegeben habe.

Die Beweisaufnahme bestand hauptsächlich in Verlesung der beiden Lieder. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann überreichte eine Anzahl Bücher, in denen sie früher veröffentlicht worden sind.

Der Staatsanwalt sah die Übertretung des Preßgesetzes und auch die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten als erwiesen an. Wenn in den Liedern der Arbeiter aufgefordert werde, sich von dem auf ihm lastenden Joch zu befreien, so könne das nur durch eine körperliche Macht und Gewalt geschehen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte zu beiden Punkten der Anklage Freisprechung. Die Angabe „Vorwärts-Druckerei“ lasse keinen Zweifel darüber, wer der Verleger sei, zumal da es sich um eine in das Handelsregister eingetragene Firma handele.

Das Urteil lautete in beiden Punkten der Anklage auf Schuldig. Das Preßgesetz sei übertreten, weil nur „Vorwärts-Druckerei, Berlin SW. 68“ angegeben worden sei, während die Firma heißt „Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.“

Auch der Aufreizungsparagraf liefert „Kartätschen“, die der Feind — die bürgerliche Klasse — speit und speit. Aber solche und ähnliche Urteile werden die Sozialdemokratie in ihrem Sturmschritt

nicht aufhalten, auch wenn das Reichsgericht das Erkenntnis bestätigen sollte. Ein Blick in das studentische Kammerbuch oder die Bibel, deren „aufreizende“ Lieder unbekannt geblieben, zeigt die Unhaltbarkeit der Anklage und des Urteils.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Westen). Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung für Frauen und Mädchen bei Rühle, Dammweg 13.

Niedorf. Heute abend 8 Uhr findet in Hoppes Festhale, Hermannstr. 49, die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Lichtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 6/8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Straßen. Am Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Steinicke, Alt-Strauß 5, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Bezirks-Wahlvereins bei J. G. Bödes, Eichhornstraße 48, statt.

Tegel. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Klippenstein, Spandauer Straße 4, die Mitgliederversammlung statt.

Treptow-Baumgartenweg. Heute abend finden zwei öffentliche Versammlungen statt. Für den Ortsklub Treptow im Lokal „Zur Stadtbahn“, Eisenstr. 115/116.

Marienthal. Am Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuß. Kurfürststraße: Mitgliederversammlung.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Schültheiß-Restaurant, Friedrichstr. 74, die Fortsetzung des Vortragskuriums des Genossen Max Grünwald über: „Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre“ statt.

Köpenick. Die für heute abend angelegte Mitgliederversammlung fällt aus, dafür findet am Donnerstagabend eine öffentliche Versammlung im Stadt-Theater statt.

Königs-Wusterhausen. Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale der Witwe Wedhorn, Altes Schützenhaus, unsere Wahlvereinsversammlung statt.

Spandau. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet heute, Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Emil Köpcke, Nischeldorfer Str. 39, statt.

Potsdam. Am Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 Uhr findet in allen Bezirken der Jahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Die Brandkatastrophe in der Neuen Friedrichstraße bei der sieben Menschen ihr Leben eingebüßt haben, wird von der Berliner Bevölkerung nach den verschiedensten Seiten erörtert.

Der Inhaber der Firma Knudt hat dem „Berliner Tageblatt“ folgende Mitteilungen über die Katastrophe gemacht:

Es ist jetzt als einwandfrei festgestellt worden, daß der Zuschneider Wiedermann den Ausbruch des Feuers zuerst bemerkt hat. Er stürzte sofort in die dritte Etage und sagte den dort beschäftigten Frauen und Mädchen, daß in der zweiten Etage ein Brand ausgebrochen sei.

Was die vorstehenden Auslassungen betrifft, so geht aus ihnen nicht klar hervor, aus welchem Anlaß das Feuer ausgebrochen ist. Soweit mir unterrichtet sind, ist an dem Unglückstage zum ersten Male ein neuer Antirazitofen in Gebrauch genommen worden.

Der erste Alarm lief genau um 3 Uhr nachmittags auf der Wache in der Reibelstraße ein. Er kam vom Melder Klosterstraße 79. Obgleich meine Leute kaum die Schlafzeit hinter sich hatten, war der Zug doch in vierzig Sekunden zur Abfahrt fertig.

Es ist heute ja leicht zu sagen, daß unter den oder jenen Umständen sich Arbeiterinnen noch hätten retten können. Aber jeder Arbeiter und jede Arbeiterin eines großen Betriebes weiß ja, wie die Verhältnisse in den Betrieben liegen.

Die ersten Nachfröste sind gekommen. Draußen im Freien gelte bereits am Ende der letzten Woche das Thermometer kurz vor Sonnenaufgang eine Temperatur hart unter dem Gefrierpunkt. Und wo der Frost nicht auskommen konnte, da spannte er eine glühende Reibdecke aus, die an nicht von der Sonne beschienenen Stellen noch während der ersten Morgenstunden zu beobachten war.

Herr v. Jagow studiert in London. Amtlich wird berichtet: „Der Polizeipräsident von Berlin Herr v. Jagow ist gestern abend in Begleitung mehrerer Herren zum Studium des englischen Verkehrsweßens nach London abgereist.“

Das Ende der Flugwoche. Das gute Wetter war diesmal den Fliegern iren geblieben und damit war dem auch für Sonntag, dem letzten Flugtag, die unentbehrliche Voraussetzung schöner Leistungen gegeben.

Das gute Wetter war diesmal den Fliegern iren geblieben und damit war dem auch für Sonntag, dem letzten Flugtag, die unentbehrliche Voraussetzung schöner Leistungen gegeben. Es wäre auch zu ärgerlich gewesen, wenn die Reichtumsfunde, die sich am Sonntag auf dem Flugfelde eingefunden hatten, enttäuscht worden wären.

In der ersten Stunde, in der noch eine frische Ostluft wehte, blieb es zwar recht still, aber kurz vor 4 Uhr begann denn der gewohnte lebhafteste Verkehr. Jeannin zwar, der ja Lindpaintner doch nicht mehr den ersten Preis entziehen konnte, andererseits aber seines Vorsprungs wegen des zweiten Preises sicher war, beteiligte sich nicht mehr an der Konkurrenz, dagegen unternahm Lindpaintner noch einmal einen schönen Flug von mehr als einer Stunde Dauer, bei dem er 660 Meter Höhe erreichte. Und da auch Wincziers, der tags zuvor nach den Aufzeichnungen des Barographen zu 1500 Meter Höhe aufgestiegen war, gleichfalls auf seinen wohlverdienten Lorbeer ausstiehe — er begnügte sich, nachdem er auf dem Luftwege in 300 Meter Höhe kurz vor 3 Uhr von Kleinbeeren herübergekommen war, mit einem hübschen Schauspiel von kurzer Dauer — füllte Alfred Frey in dankenswerter Weise die Lücke durch einen schönen Höhenflug aus, der ihn auf 890 Meter emporführte. Sollte es wahr sein, daß Frey, der schon einmal der Aviatik den Rücken kehren wollte, nunmehr wirklich dem Flugsport Valet sagen wollte, so wäre das ein bedauerlicher Verlust, gehört doch Frey jedenfalls zur ersten Klasse unserer Flieger. Besonders schöne Flüge führte auch wieder Illner mit seinem Eubeder „Lauze“ aus, indem er in 400 Meter Höhe Kreise von erstaunlich kleinem Durchmesser beschrieb. Da sich auch die Flieger zweiten Ranges lebhaft beteiligten, bot auch der Schlußtag der Flugwoche ein buntes und interessantes Schauspiel. Ueberhaupt war die ganze Veranstaltung ein großer Erfolg, der erste, den die deutsche Aviatik zu verzeichnen hatte. Öffentlich geht es nun erstlich vorwärts mit dem bei uns allzulange als Stiefkind behandelten jüngeren, aber sicherlich entwicklungsfähigeren Zweige der Luftschiffahrt!

Die Verteilung der Preise werden wir mitteilen, sobald offizielle Nachrichten darüber vorliegt.

Ueberlandflug Johannisthal—Döberitz.

Gestern nachmittag sollten sechs Flieger — Lindpaintner, Jeannin, Brunnhuber, Thelen, Rente und Illner — mit je einem Offizier als Passagier von Johannisthal nach Döberitz fliegen. Infolge des starken Ostwindes erfolgte der Abflug erst kurz vor 5 Uhr. Vom Tempelhofer Felde aus konnte man gegen 5 Uhr mit einem guten Feldstecher zuerst Illner mit seinem famoson Eubeder „Lauze“ von Brity her über Mariendorf, Steglitz, Dahlem in 5—600 Meter Höhe Döberitz zustreben sehen. Zehn Minuten später kamen zwei Farman-Apparate in Sicht, die dicht hintereinander gleichfalls in bedeutender Höhe denselben Weg nahmen. Es war ein prächtiges Bild, die schwarzen Silhouetten der Flugmaschinen in dem Abendrot dahinzuziehen zu sehen, bis sie im Westen verschwanden.

Nach Meldungen aus Döberitz waren die beiden Farman-Piloten Jeannin und Brunnhuber. Alle drei Aeroplane landeten gegen 6 Uhr glücklich in Döberitz.

Einen schaurigen Fund machte man vorgestern in einem Eisenbahnwagen der Vorortstrecke Berlin—Erfurt. In einem Abteil dritter Klasse lag die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in weißes und braunes Packpapier eingewickelt war. Nach dem Befund hat sie wahrscheinlich schon acht Tage irgendwo anders gelegen, bis die Mutter sich ihrer in dem Eisenbahnzug entledigte.

Ein tödlicher Betriebsunfall hat sich am gestrigen Montagmorgen in dem Wäcker-Verleihinstitut von Wilhelm Müller, Rappellsee 83, zugetragen. Bei dieser Firma war seit mehreren Jahren der 52-jährige Maschinist und Heizer Wilhelm Brueggen aus der Wülfertstraße 155 beschäftigt, der unter anderem auch die zum Antrieb der Betriebsanlage verwendete Dampfmaschine zu bedienen hatte. Gestern morgen kurz nach Beginn der Arbeit riß an dieser Maschine der Uebertragungsriemen. Er versuchte die Transmission zu erneuern, ohne die Maschine abgestellt zu haben. Hierbei glitt er aus, geriet mit dem Oberkörper in das große Schwungrad und wurde mehrere Male herumgeschleudert, ehe die Maschine zum Stillstand gebracht werden konnte. Der Bedauernswerte war entsetzlich zugerichtet worden. Kopf, Brust und Arme waren ihm vollständig zermalmt worden, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten war. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Die Leiche wurde polizeilich beiseitegenommen und nach dem Schauhaufe gebracht.

Zugentsehung. Amlich wird gemeldet: Am 16. d. Mts., abends 9 Uhr 33 Minuten, entgleisten vermutlich infolge verzögerter Weichenstellung auf dem Bahnhof Ahrensfelde der Rebenbahn Berlin—Briesen drei Personenwagen des Zuges 698. Die entgleisten Wagen wurden unerheblich beschädigt. Personen sind nicht verletzt. Das Hauptgleis war auf zierlich sechs Stunden gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten.

Von Kraftdroschken überfahren und getötet. Vorgestern abend kurz vor 9 Uhr wurde ein 23 Jahre altes Mädchen Roy aus der Wilsnager Straße 14 vor dem Hause Alt-Noabit 110 überfahren. Die Verunglückte wurde noch lebend nach dem Krankenhaus Noabit gebracht, starb aber dort drei Stunden nach der Aufnahme.

Gleichfalls von einer Kraftdroschke überfahren und getötet wurde in der vergangenen Nacht ein unbekannter Mann an der Ecke der Magazin- und Alexanderstraße. Nach Augenzeugen des Unfalls soll der Verunglückte ein Tobstimmer sein, der am Grünen Weg wohnte. Er ist ein mittelgroßer Mann von etwa 25 Jahren, hat schwarzes Haar und Schnurbart und trug einen grauen Jacketanzug.

Den Tod im Wasser suchte und fand am Sonntagmorgen eine unbekannte Frau, anscheinend eine Arbeiterin, die um 8 Uhr von der Torstraße in den Nordhafen sprang. Die Leiche ist noch nicht gelandet. Die Selbstmörderin ist etwa 30 Jahre alt und trug ein schwarzes Kopftuch. Näher kann sie nicht beschrieben werden.

Durch einen Sturz von der Treppe tödlich verunglückt ist in der Nacht zum Sonntag der 67 Jahre alte Handelsmann Richard Schwarz, der in einem Gasthause in der Landberger Straße wohnte. Schwarz hauferte in Schankwirtschaften mit allerhand Waren und pflegte dabei viel zu trinken. In der Nacht zum Sonntag kam er um 2 1/2 Uhr wieder betrunken nach Hause. Wauern, die in dem Gasthause aufspannten, saßen ihn noch über den Hof wankten, kimmerten sich aber nicht weiter um ihn. Gestern morgen um 6 Uhr fand ihn ein Hausdiener mit gedrohenem Schädel tot auf dem Flur liegen. Ohne daß jemand etwas gehört hatte, war er die Treppe herunter gefallen.

Eine Ehrung Francisco Ferrers veranstaltete am Sonntag die Freireligiöse Gemeinde. Genosse Robert Seidel-Zürich, ein tüchtiger Volkredner, hielt in einer von der Gemeinde nach der Brauerei Friedrichshain einberufenen öffentlichen Versammlung, einen der Bedeutung der Sache angemessenen Vortrag über: „Kirche, Schule und freie Erziehung“. In sein durchdachter Weise schilderte Redner das Abhängigkeitsverhältnis der alten Schule von der Kirche, legte dar, wie Schule und Wissenschaft von der Kirche bevormundet wird. Seidel übte scharfe Kritik an der Jugendbeziehung, wie sie heute auch in Deutschland durch die Schule geübt wird und zeichnete klar und scharf die Grundzüge einer wirklichen Erziehung. Seine Ausführungen wurden stürmisch applaudiert.

Wirkungsvoll sprach auch der zweite Referent, der Landtagsabgeordnete Genosse Adolf Hoffmann, der die Tätigkeit Francisco Ferrers, der bekanntlich für die freie Schule der Jahresfrist in den Gräben von Montjuich sein Leben lassen mußte, in das hellste Licht rückte. Seine Ausführungen bewiesen, daß die Verhältnisse in Preußen-Deutschland gerade auf dem Gebiete der freien Jugend-erziehung mit denen Spaniens sehr gut in Parallele gestellt werden können.

Mit einem Schlusssatze Waldes Manasses, mit denen jeder freilebende Arbeiter zum Austritt aus der Lantessische und zum Anschluß an die Freireligiöse Gemeinde aufgefordert wurde, schloß die Versammlung.

Am kommenden Donnerstag soll bei Kellers in der Koppenstraße eine weitere Versammlung stattfinden, in welcher Robert Seidel-Zürich und Ad. Hoffmann über die Schule der Zukunft, die freie Schule sprechen werden.

Sportpark Treptow. Seit langem war die Befehung der Rennen eine bessere als bisher, so daß man am Sonntag, den 16. Oktober, dem Großen Herbstpreis mit einiger Spannung entgegen sah, zumal Demle sich leghin in Treptow als tüchtiger Fahrer erwies. Der Verlauf des über 50 Kilometer führenden Rennens war indessen durch das Versagen der Motoren zweier Teilnehmer ein ganz interesseloses. Das Rennen wurde in leichter Weise von Scheuermann gewonnen, der dann auch noch für 40 und 50 Kilometer neue Bahnrelords aufstellen konnte. Müller (Zürich) und Demle waren an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte gehindert. Des Schweizer Motors setzte zuerst aus, als dann später Demle vom gleichen Schicksal betroffen wurde. Da für beide Fahrer kein Ersatzmotor zur Stelle, so umkreisten sie allein die Bahn und endeten weit zurück. — Die Fliegerrennen waren stark besucht und im Vordergrund erwiesen sich die Vorgaben als zu hoch. Das Prämienfahren wurde nach Kompf von Pawke gewonnen. Der Besuch war dank des herrlichen Herbsttages ein guter.

Die Ergebnisse sind:
Großer Herbstpreis. 50 Kilometer. 1000, 500 und 300 M. 1. R. Scheuermann, 41 Min. 51/2 Sek.; 2. J. Müller, 6140 M.; 3. R. Demle, weit zurück.

Vorgabefahren. 8000 Meter. 80, 20, 10 und 5 M. 1. Wabitsch, 2. Tschirpe, 3. Weiske, 4. Birsholz.
Prämienfahren. 10 Kilometer. 20, 15 und 10 M. Jede zweite Runde 8 M. 1. Pawke, 13 Min. 38 Sek., 2. Finer, 3. Fr. Steubrint.

Berliner Volks-Chor. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus als Einführungsabend zu der am Montag, den 24. d. M., stattfindenden Aufführung von Mozarts großem Chorwerk „Die heilige Elisabeth“ ein Vortrags-Abend statt. Mitwirkende: Frau Henriette Böhmner (Alt), Herr Fleck (Klavier), Herr Königl. Kammerfänger F. Kallweit (Tenor) und Herr Leo Kestenberg (Vortrag und Klavier). Eintritt 10 Pf.

Zeugen gesucht. Personen, die am 6. Oktober, Mittwoch zu Donnerstag nacht gesehen haben, wie ein Mann in Roabit, Ede Zum-Strabe an der Straßenbahnhaltestelle umgefallen ist und sich eine Gehirnerschütterung zugezogen hatte, dann mittels Droschke durch einen Schupmann dem Krankenhaus Roabit zugeführt wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Frau Rinke, Reichenberger Straße 106, abzugeben.

Der Berliner Arbeiter-Radsportverein veranstaltet am Sonntag, den 22. Oktober, zur Feier des sechsten Stiftungsfestes einen bunten Abend, an dem Margarete Wallotte als Vortragskünstlerin, Frau Jonas als Konzertfängerin und Frau Birnbaum als Violin-Virtuosin mitwirken. Rezitationen werden von Herrn v. Ferrari ausgeführt werden. Die Mitglieder werden besonders auf die Gratisverlosung eines Fahrrades aufmerksam gemacht. Das Fest findet in der Reuen Welt, Hakenstraße 108/114 statt. Eintritt 60 Pf.

Wegen eines großen und sehr gefährlichen Kellerbrandes wurde die Feuerweh nach der Holzmarktstr. 65 gerufen. Dort, auf dem Hofe der Expeditionsfirma von Jacob u. Valentin, brannten im Souterrain, das als Pferdestall eingerichtet ist, eine Menge von altem Handrat, Decken usw. unter großer Qualmentwicklung. Diese gefährdete die dort eingestelltem 70 Pferde. Die Feuerwehr machte sofort Luft und holte sämtliche Pferde mit vieler Mühe heraus. Die Flammen konnten dann schnell gelöscht werden. Am Sonntag erfolgte ein Alarm nach der „Lindengasse“. Unter den Linden 17/18. Hier war in Abwesenheit des Heizers ein Rohr am Heizkörper in der Kesselheizung geplatzt. Die Feuerwehr löschte zunächst die Kesselheizung und dichtete dann die Heizkörper ab.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine wichtige, allgemein interessierende kommunalpolitische Frage wird die Stadtverordnetenversammlung am nächsten Mittwoch beschäftigen. Im ersten Bezirk der dritten Wählerabteilung war der liberalen Fraktion angehörige Kaufmann Vogel zum Stadtverordneten für die Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Dezember 1913 gewählt. In Beginn dieses Jahres ist Herr Vogel unter Hinterlassung einer reichlichen Schuldenlast plötzlich verschwunden; über sein Vermögen wurde Konkurs eröffnet, und der Magistrat teilte der Stadtverordnetenversammlung mit, daß gemäß § 18 der Städteordnung sein Bürgerrecht und damit auch das Stadtverordnetenmandat bis zur Beendigung des Konkurses ruht. An eine Beendigung des Konkurses aber ist vorläufig nicht zu denken. Es entsteht nun die Frage, ob das Mandat nur ruht oder ob es erloschen ist und eine Ersatzwahl angeordnet werden muß. Der Magistrat hat sich für die zweite Eventualität entschieden. Unseres Erachtens mit Recht. Denn erstens ist Vogel mit seinen Steuern seit Januar im Rückstand geblieben, er hat also nach der bekannten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 12. November 1907, wonach derjenige des Bürgerrechts verlustig ist, der mit der Zahlung eines oder mehrerer im Laufe des letzten Jahres fällig gewordenen Abgabenbeiträge sich im Rückstand befindet, kein Bürgerrecht mehr. Dazu kommt zweitens, daß seine Ehefrau ihn als unbekannt verzogen polizeilich abgemeldet hat, und daß sein Wiedererscheinen in absehbarer Zeit zweifelhaft ist. Er wird steuerrückständig verfolgt und kehrt freiwillig jedenfalls nicht nach Deutschland zurück. Aus allen diesen Gründen hat der Magistrat eine Ersatzwahl angeordnet. Voraussetzlich wird die Stadtverordnetenversammlung sich der Rechtsauffassung des Magistrats anschließen.

Rebenbel bemerkt: Was hätte wohl die bürgerliche Prehmente für ein Gebel angestimmt, wenn Vogel Sozialdemokrat und nicht freisinnige Bezirksvereinsgröße wäre?

Ein schwerer Banunfall hat sich in Charlottenburg ereignet. In der Kaiserin-Augusta-Allee wird gegenwärtig ein Neubau ausgeführt, an dem auch der 45jährige Arbeiter Perschli aus der Kanalstr. 1 beschäftigt war. P., der in der Höhe der zweiten Etage beschäftigt war, trat plötzlich fehl und stürzte kopfüber in die Tiefe. Unglücksursache war er gerade aus einem aus dem Vollen herausragenden großen Nagel, der ihm tief in die linke Brustseite drang. Der Verunglückte wurde so schwer verletzt, daß er aus seiner Wohnung, wohin er zunächst geschafft worden war, alsbald nach dem Charlottenburger Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Rigdorf.

Die bevorstehenden Kämpfe zu den Stadtverordnetenwahlen beginnen bereits ihre Schaiten zu werfen. Die vereinigten kommunal- und Grundbesitzervereine haben ein Flugblatt verbreiten lassen, das an Verdrachung der Tatsachen soviel leistet, als ob es von dem Reichs-wahrheits-Verbande zusammen-geschrieben ist. Wir würden dieses Lügendebebe keiner Erwähnung tun, wenn nicht — ohne es zu wollen — der Sozialdemokratie ein ehrenvolles Zeugnis für ihre Tätigkeit im Rathaus ausgestellt würde. Alle großen und bedeutungsvollen Vorlagen und Anträge, die durch die energische Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion angelegt und beschlossen wurden, bezeichnet das Flugblatt als Taten der Vertreter der bürgerlichen Vereine.

Wie sehr die Tatsachen in dem Pamphlet auf den Kopf gestellt werden, mögen einige Beispiele zeigen. Kühn wird darin behauptet: durch ihre Tätigkeit (der Vertreter der bürgerlichen Vereine) seien soziale Institutionen u. a. der unentgeltliche Arbeitsnachweis eingerichtet. Diese Einrichtung hätte nicht

zurückgeführt werden können, wenn die Sozialdemokratie nicht dafür gestimmt hätte. War es doch gerade die „Alte bürgerliche Fraktion“, die unter Führung des Herrn Gröppler mit allen Mitteln dagegen ankämpfte, ja sogar zur Obstruktion griff, um den städtischen Arbeitsnachweis zu Fall zu bringen. Die Einrichtung der Drausebäder in den Schulen soll nach ihrer eigenen Behauptung das Werk der Vertreter der bürgerlichen Vereine sein. Die sozialdemokratische Fraktion war es, die ständig bei jedem Schulneubau einen dahingehenden Antrag stellte, der aber abgelehnt wurde. Bis jetzt ist nur das Schulbrausebad in der Schule in der Raddinstraße in Betrieb. Und dieses wurde mit nur einer Stimme Mehrheit beschlossen. Geschlossen stimmte nur die Sozialdemokratie dafür. Einer der Führer der Bürgerlichen erklärte bei der Beratung des Antrages, die Einführung der Schulbrausebäder sei „eine Prämie für die Faulheit der Mütter“. Die Säuglingsfürsorge soll angeblich auch den Vertretern des Bürgerturns zu verdanken sein. Auch hier erklärte der Sprecher des Bürgerturns, er sei gegen die Vorlage, „wer Kinder zeugt, müsse auch für deren Ernährung sorgen“. Die Bilanzleistung in diesem Rügenorgane ist jedoch die Behauptung: „Selbst belastet haben sich die bürgerlichen Kreise durch Annahme der Wertzuwachssteuer und der Erhöhung der Grundsteuer auf 6 bzw. 3 pro Tausend des gemeinen Wertes“. Dem gegenüber stellen wir nur das Abstimmungsergebnis. In namentlicher Abstimmung stimmten 23 Bürgerliche gegen die Wertzuwachssteuer, außer den Sozialdemokraten, die geschlossen dafür eintraten, stimmten nur 10 Vertreter des Bürgerturns dafür. Genau so ist es mit der Erhöhung der Grundsteuer. Die Vertreter der Grundbesitzervereine, 23 an der Zahl, stimmten gegen diese Steuer. So haben sich die bürgerlichen Kreise selbst belastet“. Die Früchte des Wahrechtsraubes sind den Wahrechtsräubern nicht verlosend. Den Wählern muß daher Sand in die Augen gestreut werden, daß sie die Wahrheit nicht erkennen. Unsere Parteigenossen werden auf die Verdrachungen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Zu einer anderen Betrachtung gibt dieses Flugblatt noch Veranlassung. Nach dem Pressegesetz müssen auf derartigen Erzeugnissen Drucker und Verleger angegeben sein. Diese Angaben fehlen jedoch. Noch haben wir nicht gehört, daß die Polizei oder gar etwa der Staatsanwalt danach geforscht hat. Bei sozialdemokratischen Druckerzeugnissen, auf denen diese Angaben fehlen, hätten die Behörden sicher ein größeres Interesse bewiesen, um zu ermitteln, wer als Drucker und Verleger in Frage kommt.

Zeugen gesucht. In der Nacht zum 1. Oktober um 1—1 1/2 Uhr wurden in der Bekerstraße zwischen Reuterplatz und Ede Bannerstraße zwei Herren von Schulheuten verfolgt. Etwas später sahen sich zwei andere Herren gleichfalls von denselben Schulheuten verfolgt; einer der Verfolgten wurde arretriert und zur Polizeiwache gebracht. Da es sich um eine wichtige Zeugenfeststellung handelt, werden die betreffenden Herren ersucht, ihre Adresse an Wieland, Rigdorf, Bekerstr. 200, gelangen zu lassen.

Wilmerdorf.

Aus Liebesgram unternahm am Sonntag die 17jährige Verkäuferin Irma E. aus der Ringbahnstraße einen Selbstmordversuch, der ihr wahrscheinlich auch das Leben kosten wird. Das junge Mädchen unterhielt seit längerer Zeit mit einem Kaufmann ein Liebesverhältnis, das in den letzten Wochen infolge Differenzen zwischen den Liebenden eine erhebliche Trübung erfahren hatte. Auch am Sonntag geriet die E. mit ihrem Bräutigam aus geringfügiger Ursache in einen Wortwechsel. Vorgestern stürzte sich das Mädchen, als es allein zu Hause war, aus einem Fenster des dritten Etage auf die Straße und erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß es in hoffnungslosem Zustande in das Groß-Lichtersfelder Kreis-Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Steglitz.

Die Ergänzungswahl zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse findet morgen, nachmittags von 5—8 Uhr, im Restaurant „Hohenzollern“, Mittelstr. 23, statt. Pflicht eines jeden Kassenmitgliedes ist es, sich an der Wahl zu beteiligen. Wahlberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Kassenmitglieder, die das 21. Jahr überschritten haben. Als Legitimation gilt die Mitgliedskarte. Wer eine solche nicht hat, lasse sich vom Arbeitgeber bescheinigen, daß er Mitglied der Kasse ist.

Grig-Buckow.

Die Generalversammlung des Wahlvereins eryte zunächst das Andenken des verstorbenen Genossen Krause in der üblichen Weise. Hierauf erstattete Genosse Rubel den Bericht vom Magdeburger Parteitag und vom Internationalen Kongress. Diskussion über den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Einstimmig erklärte sich die Generalversammlung mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Dem hierauf folgenden Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 328 auf 341 gestiegen ist. Die Einnahme betrug 536,93 M., an den Kreis abgeliefert wurden 357,90 M.; die örtlichen Ausgaben betragen 178,97 M. Ein Antrag, der Bibliothek 20 M. zu überweisen, wird einstimmig angenommen.

Vorsigwalde-Wittenau.

Auf einem kombinierten Bezirks-Bahlabend, der außerordentlich gut besucht war, erstattete die Genossin M. Arendsee-Zegel den Bericht vom Parteitag. In der Diskussion sprachen die Genossen Liebel und Gubeit ihre volle Verdrigung über den Verlauf der Tagung aus und forderten die Versammelten auf, im Sinne der gefassten Beschlüsse zu agitieren. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Haltung der Kreisdelegierten einverstanden erklärt, wurde einstimmig angenommen. Unter Vereinsangelegenheiten fand der Antrag des Kreises an die Verbandsgeneralversammlung, den monatlichen Mitgliederbeitrag für Männer auf 40 Pf., für Frauen auf 20 Pf. festzusetzen, einstimmige Zustimmung. Zum Schluß wurden die Versammelten aufgefordert, mehr wie bisher an den Bildungsbestrebungen teilzunehmen und die Jugendbewegung energischer zu fördern. Neu aufgenommen wurden zehn Mitglieder.

Bernau.

In der Wahlvereinsversammlung wurde der Bericht über den Parteitag in Magdeburg, den Genosse V. A. H. erstattete, mit Beifall entgegengenommen. In der Diskussion äußerten sich die Genossen Knöschke, Krüger und Troppend im Sinne des Referenten. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung der Delegierten des Kreises auf dem Parteitag einverstanden.

Jossen.

Die letzte Wahlvereinsversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Bericht vom Magdeburger Parteitag. Genosse Will-Charlottenburg schilderte in anschaulicher Weise die Parteitagsverhandlungen. Die Versammlung erklärte sich mit den Parteitagsbeschlüssen einverstanden. — Den Kassenbericht gab Gen. Keimling. An den Zentralvorstand wurden 88 M. abgeführt. Unter Verschiedenem wurde vom Gen. Wilmann darauf hingewiesen, daß die Lokalkommission von dem Saalbesitzer Korn (Restaurant „Hohenzollern“) in höchst unpassender Weise beschiednen worden sei. Nach längerer Debatte wurde der Vorschlag über das betreffende Lokal verhängt. Des weiteren wurde zu einem besseren Besuch des Parteilokals aufgefodert. Aufgenommen wurden 4 neue Mitglieder.

Spandan.

Die Arbeiter-Samariterkolonne Spandan veranstaltet am Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr bei Böhle, Gabelstr. 20,

einem Redungsabend. Am Rest wird einen Vortrag halten über: Blutstillung, Wundenbehandlung usw. Gäste haben freien Zutritt.

Ober-Schönweide.

Eine Petition des Bürgervereins an die Gemeindeverwaltung verlangt die Herabsetzung des Kinderspielplatzes aus dem jetzt in der Anlage begriffenen großen Schmutzplatz im neuen Ortsteil. Als Begründung wird die Verunreinigung der Anlage angeführt. Die Verwaltung war verständlich genug, dieser etwas sonderbaren Ansicht nicht beizutreten.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Durch das preussische Gesetz über die Wohnungsgeldzuschüsse erhöhen sich die Zuschüsse für Potsdam für Oberlehrer von 880 auf 920 M., für Gemeindevolllehrerinnen von 490 auf 470 M. Die entsprechende Mehrausgabe von 4496 M. wird bewilligt, dabei wird auch den einstweilig angestellten Lehrern und den unverheirateten Lehrern der Mietszuschuß von 435 auf 470 M. erhöht. — Für das Elektrizitätswerk, dem bereits 10 Vororte angeschlossen sind — Verhandlungen mit 8 Gemeinden schweben noch — soll ein elektrisches Automobil für schnelle Reparaturen am Leitungsnetz usw. zum Preise von 6000 M. angeschafft werden. — Die katholische Pfarrgemeinde hat ein Benutzungsrecht an den Saal der katholischen Schule, auch ist die Benutzung des Saales für andere als Schulzwecke von der Zustimmung des katholischen Pfarrers abhängig. Das Benutzungsrecht wird durch Zahlung von 2600 M. an die Kirchengemeinde abgelöst. — Bei Neubewilligungen für die Präparandenanstalt wird die Befristung ausgesprochen, daß die Anstalt verlegt werden solle. Dazu wird erklärt, daß an eine Verlegung nicht gedacht werde. Dem Verein „Jugendheim“, unter Leitung der Stadtmision, wird ein einmaliger Beitrag von 1150 M. (Erlaß der Umsatzsteuer) als Unterstützung gewährt. — In der nichtöffentlichen Sitzung beschäftigten sich die Stadtväter mit einem weiteren Erlaß der Umsatzsteuer.

Gerichts-Zeitung.

Eine preßgesetzliche Prinzipienfrage

Hatte gestern die achte Strafkammer des Landgerichts I zu entscheiden und zwar aus folgendem Anlaß: In einer Privatbeleidigungssache Kohnmann gegen Schumann hatte das Gericht dem Kläger Kohnmann die Befugnis zugesprochen, den Urteilstenor auf seine Kosten im „Courier“, dem Organ des Transportarbeiterverbandes veröffentlichen zu lassen. Als Kohnmann die Veröffentlichung verlangte, lehnte der Redakteur des „Courier“ dieselbe ab, weil der „Courier“ Anzeigen und Inserate gegen Bezahlung überhaupt nicht aufnimmt. Kohnmann wandte sich nun an das Amtsgericht Lichtenberg, welches das Urteil in der Privatklage gestrichelt hatte. Das Amtsgericht verfügte, der „Courier“ habe den Urteilstenor zu veröffentlichen. Eine Beschwerde gegen diese amtgerichtliche Verfügung wies das Landgericht III ab. Der Redakteur des „Courier“, dem es um eine prinzipielle Entscheidung zu tun war, lehnte auch jetzt die Veröffentlichung ab. Nun leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen zwei Personen ein, die zu verschiedenen Zeiten den „Courier“ verantwortlich gezeichnet hatten. Da bei Einleitung des Verfahrens die Staatsanwaltschaft nicht sicher war, wer von den beiden Redakteuren als der „Schuldige“ anzusehen sei, so wollte sie sich auf alle Fälle einen Schuldigen sichern, damit nicht, falls der eine freigesprochen werden sollte, für den anderen inzwischen Verjährung eingetreten wäre. Diese Suche nach dem preßgesetzlich verantwortlichen Täter ist inzwischen in dem Sinne entschieden worden, daß Bränske als Angeklagter in den Händen der Staatsanwaltschaft allein zurückblieb. Die Anklage gegen Bränske ist auf Grund des § 10 des Preßgesetzes erhoben, welcher bestimmt, daß der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, verpflichtet ist, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes anzunehmen. Nachdem das Amtsgericht Lichtenberg das Verlangen, den Urteilstenor zu veröffentlichen, an die Redaktion des „Courier“ gestellt hat, wird dies Verlangen als eine behördliche Bekanntmachung im Sinne des § 10 des Preßgesetzes angesehen.

Das Schöffengericht hat Bränske, weil er diese Bekanntmachung nicht aufnahm, zu einer Geldstrafe verurteilt. Infolge der Berufung Bränskes hatte gestern die 8. Strafkammer über die hier aufgerollte Rechtsfrage zu entscheiden.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, berief sich darauf, daß der „Courier“ nicht zu denjenigen Druckschriften gehört, welche Anzeigen aufnehmen, so daß also der § 10 in diesem Falle gar nicht angewandt werden könne. Der Verteidiger verwies auf ein rechtskräftiges Urteil des Amtsgerichts

Heidelberg — dem einzigen über diesen Fall vorliegenden Urteil — welches in dem erwähnten Sinn entschieden hat. Zum Beweise dafür, daß der „Courier“ Anzeigen überhaupt nicht aufnimmt, konnte sich der Verteidiger auf das Zeugnis Berners, des Vorsitzenden der Berliner Mitgliedschaft des Transportarbeiterverbandes beziehen. Dieser sagte aus: Der „Courier“ nahm früher Inserate auf. Aber im Jahre 1903 hat die Generalversammlung des Verbandes ausdrücklich beschlossen, daß der „Courier“ außer dem redaktionellen Lesestoff nur offizielle Mitteilungen des Vorstandes, sonst aber keinerlei Anzeigen, auch keine Inserate zu veröffentlichen hat.

Das Gericht schloß sich den vom Verteidiger vorgebrachten Gründen an. Es sprach den Angeklagten frei mit der Begründung: Als Druckschriften, welche Anzeigen aufnehmen, sind solche Druckschriften zu verstehen, zu deren Geschäftszweck es gehört, Anzeigen gegen Bezahlung aufzunehmen. Das tut aber der „Courier“ nicht, also kann § 10 des Preßgesetzes auf ihn nicht angewandt werden. Der „Courier“ ist durch Generalversammlungsbeschluss an der Aufnahme von Anzeigen gebindert. Er hat die aus diesem Beschluss folgende Praxis auch beobachtet. Es kann dahingestellt bleiben, ob die beiden Beispiele, aus denen die Staatsanwaltschaft folgert, daß der „Courier“ Anzeigen aufnehme, wirklich als Anzeigen zu betrachten sind. Die Strafkammer steht auf dem Standpunkt des Stengleinschen Kommentars zum Preßgesetz.

Streifzug.

In einer Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Schmied Vettin geführt wurde, beklagten zwei Zeugen, der Schmiedemeister Schröder und der arbeitswillige Schmiedegeselle Kampf folgendes: Der Angeklagte Vettin kam in Begleitung mehrerer Streikender auf den Hof des Schmiedemeisters Schröder. Die Streikenden suchten Kampf, der bis zu jener Zeit mitgestreift hatte, zur erneuten Teilnahme am Streik zu überreden. Kampf weigerte sich. Es wurde hin und her geredet und im Laufe der Auseinandersetzung sagte Vettin, wenn Kampf die Arbeit nicht niederlege, dann möge er sich vorsehen, daß ihm nicht die Knochen entzweigeschlagen werden. Während dieser Auseinandersetzungen erschien Meister Schröder, fragte was los sei und forderte die Streikenden auf, den Hof zu verlassen. Als sie nicht logisch gingen, ergriff der Meister eine wuchtige Stange und machte Miene, die Streikenden damit zu schlagen. Diese wichen zurück, lehrten aber nochmals um, und nun erschienen Schuppleute, welche die Meisterin telephonisch herbeigerufen hatte. Beim Erscheinen der Polizei verließen die Streikenden den Hof des Meisters Schröder.

Dieser Vorgang gab die Grundlage einer Anklage gegen Vettin. Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch, Beleidigung und aus der sicherlich nicht ernst gemeinten Redensart, der Arbeitswillige möge sich vorsehen, daß ihm nicht die Knochen entzweigeschlagen werden, hat die Anklagebehörde eine Bedrohung mit dem Verbrechen des Totschlags konstruiert und demzufolge auch wegen Rötigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung Anklage gegen Vettin erhoben. Der Angeklagte bestritt, daß sich der Vorgang so abgespielt habe, wie die beiden Zeugen angegeben hatten. Er beantragte, noch weitere Zeugen zu laden, welche dem Vorgang beigewohnt hatten und bekunden sollten, daß der Angeklagte sogleich nach der ersten Aufforderung des Schmiedemeisters den Hof verlassen habe.

Das Gericht war der Meinung, daß der Sachverhalt durch die Angaben der beiden Belastungszeugen hinreichend klar gestellt sei. Der Angeklagte wurde, wie der Amtsanwalt beantragt hatte, wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch, versuchter Rötigung, Beleidigung und Vergehen gegen § 153 zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Schwere Weltfahrmersfolgen.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II stand gestern der 20 Jahre alte Chauffeur Max Richter unter der Anklage, am 25. Juni in Steglitz die 15jährige Frida Präger auf deren ausbrüchliches und ernstes Verlangen getötet zu haben. Der Angeklagte, der schon ein Verhältnis mit einem Dienstmädchen unterhielt, das ihm ein uneheliches Kind geboren hatte, war mit der Frida Präger aus Friedenan bekannt geworden. Es hatte sich zwischen beiden ein Liebesverhältnis entsponnen. Das Mädchen soll sehr intelligent und körperlich über ihr Alter hinaus entwickelt gewesen sein. Sie war sehr sinnlich und war schon wiederholt den Verdingungen junger Männer erlegen. Sie klagte dem jetzigen Angeklagten Richter wiederholt zu Unrecht über schlechte Behandlung seitens ihrer Mutter und deren angebliche Absicht, sie in die Heilsarmee zu stecken. Richter war Besitzer einer Automobildrosche, die er für 18 000 M. gekauft

hatte, um durch deren Betrieb sich zu ernähren. Das Geschäft ging jedoch schlecht. Da er noch nicht 21 Jahre alt ist, konnte er die Führung des Autos nicht selbst übernehmen, mußte sich vielmehr zwei Fahrer halten. Dazu kam, daß das Benzin teuer wurde, ebenso der Gummi — kurz, der Angeklagte geriet in Schulden und wußte schließlich nicht mehr ein noch aus. Als er einem Freunde seine Not klagte, hörte die Frida diese Klagen und flugs stieg in ihr der Gedanke auf, daß es das Beste wäre, wenn sie beide gemeinsam aus dem Leben schieden. Diesen unreifen, kindlichen Gedanken verlor sie vor ihrem Geliebten so lange, bis dieser schließlich einwilligte. Das Mädchen kaufte sich einen Revolver und bestimmte Sonnabend, den 25. Juni, zur Ausführung des Doppelselbstmordes. In ein kleines Notizbuch trugen sie Abschiedsworte an ihre Eltern ein, ferner ihren letzten Willen, den Wunsch, daß sie gemeinschaftlich begraben werden möchten und die Bitte, ihr gemeinsames Grab mit einem Erinnerungskreuz zu schmücken. Am 25. Juni abends kamen beide in das Restaurant „Feldschlösschen“ in Steglitz und bereiteten sich dort zum Abschied vom Leben vor. Das Mädchen hatte den Angeklagten dazu verpflichtet, zunächst sie und dann sich zu erschießen und der Angeklagte hatte sich durch die eindringlichen Bitten des Mädchens dazu verstanden, ihren Willen zu entsprechen; sie hatte gedroht, daß sie anderenfalls ihn zuerst erschießen würde. Das Mädchen trank zunächst Weibkei und ging dann unter dem Vorgeben, sich etwas abkühlen zu wollen, in den Garten. Hier schloß sie sich zum Abschied und gingen dann auf Werk. Das Mädchen setzte sich, wie der Angeklagte glaubhaft erzählte, den Revolver an die linke Schläfe und forderte den Angeklagten auf, auf die von ihr bezeichnete Stelle loszuschießen. Gleich darauf trachten zwei Schüsse: Richter hatte dem Mädchen eine Kugel in die linke und sich selbst eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Die beiden schwerverwundeten jungen Leute wurden nach dem Rietzfelder Kreisrannehaus übergeführt, wo die Frida Präger nach zwei Tagen verstarb. Richter ist mit dem Leben davongelkommen, bei ihm hat jedoch die Kugel den Sehnerb des rechten Auges getroffen und der unglückselige Mensch ist auf dem rechten Auge völlig erblindet. Das Gericht glaubte dem Angeklagten, daß das sehr energische Mädchen bestimmend auf ihn eingewirkt habe. Unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage glaubte das Gericht, über das Minderstrafmaß von drei Jahren Gefängnis nicht hinauszugehen zu sollen. Dem Angeklagten wurden auch noch 2 Monate 2 Wochen der Unterjuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Antlicher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch, Zuliefer stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Wild: Zuliefer genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise unverändert. Geflügel: Zuliefer in Gänzen reichlich, sonst knapp, Geschäft schleppend, Preise schwankend. Fische: Zuliefer knapp, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zuliefer genügend, Geschäft flau, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 17. Oktober 1910, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Temperatur in °C | Stationen | Barometer-stand mm | Windrichtung | Windstärke | Temperatur in °C |
|-----------|--------------------|--------------|------------|------------------|-----------|--------------------|--------------|------------|------------------|
| Sonneberg | 771.5 | SE | 2 | Rebel | 6 | Hannover | 763.5 | SE | 2 |
| Hamburg | 769.5 | SE | 5 | Rebel | 6 | Petersburg | 771.5 | SE | 1 |
| Berlin | 770.0 | D | 2 | Reiter | 6 | Seton | 761.5 | SE | 12 |
| Frankfurt | 768.5 | SE | 1 | Reiter | 5 | Bertram | 763.5 | SE | 1 |
| München | 769.5 | SE | 1 | Rebel | 3 | Paris | 766.5 | SE | 1 |
| Wien | 770.5 | SE | 1 | Dunst | 4 | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 18. Oktober 1910.
Weltweite neblig, vorwiegend heiter und trocken, nachts kühl, am Tage mild bei schwachen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am | | Wasserstand | am | |
|-------------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| | 16.10. | 15.10. | | 16.10. | 14.10. |
| Remsl., Mühl | 115 | +6 | Saale, Großh. | 78 | -4 |
| Bregel, Jüterburg | -27 | +2 | Havel, Spandau | 75 | -5 |
| Schiffel, Tharn | 78 | 0 | Havel, Rathenow | 90 | -4 |
| Ober, Hattorf | 176 | -7 | Spree, Spremberg | 96 | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 222 | -14 | „ „ „ „ „ „ | 158 | -1 |
| „ „ „ „ „ „ | — | — | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 26 | -5 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | -4 | -2 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | -14 | -3 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 54 | -10 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | -58 | -6 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 169 | -13 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |
| „ „ „ „ „ „ | 163 | -12 | „ „ „ „ „ „ | — | 0 |

+) + bedeutet Hoch, — Fall, *) Unterpegel.

Lachmann & Scholz

Turm-Str. 76 — Otto-Str. 1 Warenhaus Turm-Str. 76 — Otto-Str. 1

Eigenes Rabatt-System!
Sie sparen Geld!
Verlangen Sie Marken!

Doppelte Rabatt-Marken*

Wir geben bis 21. Oktober

Kleiderstoffe zu ausserordentlich billigen Preisen

Blusen zu ausserordentlich billigen Preisen

Damen-Hüte zu ausserordentlich billigen Preisen

Pelzwaren zu ausserordentlich billigen Preisen

Handschuhe zu ausserordentlich billigen Preisen

Strümpfe zu ausserordentlich billigen Preisen

Filz-Schuhe sehr preiswert | Barchent-Wäsche sehr preiswert

Extra-Preise bis 21. Oktober:

Hemdenflanell bunt, gestreift 36 Pf. | Barchent-Laken mit buntem Rand . . . 1.95

- Kaiser-Anzugmehl . . . Pfund 18 Pf.
- Wetzsteinmehl 00 . . . Pfund 14 Pf.
- Java-Reis . . . Pfund 23 Pf.
- Patana-Reis . . . Pfund 18 Pf.
- Haugoon-Reis . . . Pfund 16 Pf.
- Viktorin-Erbse . . . Pfund 15 Pf.
- Geschälte Erbsen . . . Pfund 20 Pf.
- Linsen grobe . . . Pfund 18 Pf.
- Weisse Bohnen . . . Pfund 15 Pf.
- Zucker . . . Pfund 20 Pf.

*) Wenige Artikel ausgeschlossen.

